

Stand: 01.07.2025 13:38:25

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/15926

"Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 und weiterer Gesetze mit dem Ziel der Finanzierung von Bildungsausgaben (Haushaltsänderungsgesetz 2013/2014 - Bildungsfinanzierungsgesetz)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/15926 vom 13.03.2013
2. Plenarprotokoll Nr. 122 vom 20.03.2013
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/16397 des HA vom 11.04.2013
4. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/16485 des HA vom 18.04.2013
5. Beschluss des Plenums 16/16557 vom 24.04.2013
6. Beschluss des Plenums 16/16558 vom 24.04.2013
7. Plenarprotokoll Nr. 125 vom 24.04.2013
8. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 14.05.2013

Gesetzentwurf

der Staatsregierung

**zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 und weiterer Gesetze mit dem Ziel der Finanzierung von Bildungsausgaben
(Haushaltsänderungsgesetz 2013/2014 – Bildungsfinanzierungsgesetz)**

Das Haushaltsänderungsgesetz und die Haushaltspläne sind unter dem nachfolgenden Link abrufbar:

http://www1.bayern.landtag.de/ElanTextAblage_WP16/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000010000/0000010300_Anlage.pdf

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Kerstin Schreyer-Stäblein

Abg. Manfred Pointner

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Abg. Claudia Stamm

Abg. Karsten Klein

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Joachim Unterländer

Abg. Renate Ackermann

Abg. Günther Felbinger

Abg. Georg Winter

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 und weiterer Gesetze mit dem Ziel der Finanzierung von Bildungsausgaben (Haushaltsänderungsgesetz 2013/2014 - Bildungsfinanzierungsgesetz) (Drs. 16/15926)

- Erste Lesung -

Das Wort hierzu hat zunächst der Herr Staatsminister der Finanzen. Bitte schön, Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute ist schon ein besonderer Tag für die Zukunft des Freistaates Bayern,

(Beifall bei der CSU)

denn es geht bei dieser Vorlage, die wir heute einbringen, nicht um ein einfaches Finanzierungsgesetz, sondern die Struktur, die Idee, die Philosophie dahinter ist eine Weichenstellung für Bayern, ein Signal für Deutschland und ein Statement in Europa. Woanders herrscht Depression, in Bayern Optimismus für die Zukunft. Bayern wird mit dem heutigen Tag ein Stück stärker.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Um es einmal einzuordnen: Wie ist es eigentlich woanders im Vergleich? In Zypern stehen Menschen vor Bankautomaten und zittern um ihr Geld. In Spanien verlassen Tausende junger Menschen ihr Land, weil sie dort keine Zukunft mehr sehen. In Nordrhein-Westfalen erklärt das Landesverfassungsgericht den Haushalt der dortigen Landesregierung erneut für verfassungswidrig, und in Stuttgart drohen die Beamten mit einer Resolution, weil sie das Verhalten der dortigen Landesregierung für eine Unverschämtheit halten. Das sind Sorgen, meine Damen und Herren. Dagegen ist manches, was wir in Bayern diskutieren, ein Luxusproblem.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

In Deutschland und Europa, überall gibt es finanzielle Sorgen – bei uns nicht. Nun gibt es den einen oder anderen, der sagt, alles, was wir diskutieren, alle Erfolge, alle Daten, seien Einmaleffekte.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sagt der Rechnungshof, Herr Finanzminister!)

Nun, meine Damen und Herren, wir legen zum achten und neunten Mal in Folge einen ausgeglichenen allgemeinen Haushalt vor. Das ist kein Einmaleffekt. Wir tilgen Schulden in den Jahren 2012, 2013 und 2014. Dies ist kein Einmaleffekt. Wir halten die höchsten Rücklagen in Deutschland. Dies ist kein Einmaleffekt, und Bayern hat erneut die höchste Bewertung der Rating-Agenturen erhalten. Dies ist kein Einmaleffekt. Bayerische Haushaltspolitik ist kein Einmaleffekt, sondern sie ist einmalig in Deutschland.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Gibt es Belege? Schauen wir uns Zahlen an, zum Beispiel die Zinsquoten anderer Länder: Welche Zinsen zahlen eigentlich andere Länder für ihre Schulden? Schleswig-Holstein: 10,1 %, Rheinland-Pfalz: 8,1 %, Niedersachsen: 7,6 %, Nordrhein-Westfalen: 6,8 %, Hessen: 6,0 %, Baden-Württemberg: 4,8 %. 2,1 % in Bayern sind die absolute Spitze in Deutschland, und darauf dürfen wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich respektiere sehr kritische Bewertungen auch des Obersten Rechnungshofes. Das ist seine Aufgabe. Aber bei aller Beachtung der Kritik sollte man nach der Vorlage auch das Positive sehen. Der Oberste Rechnungshof schreibt dies sogar in seinen Pressemitteilungen ausdrücklich an erster Stelle. Der ORH-Präsident sagt: "Die angekündigte Tilgung von weiteren 480 Millionen Euro Staatsschulden wird von uns ausdrücklich begrüßt." Die Staatsregierung setzt damit den Weg fort, den der ORH ihr

empfohlen hat, und jetzt kommt es: Es ist ein Kurs, der Bayern deutschlandweit zu einem Vorbild für eine solide Finanzpolitik hat werden lassen. - Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sind gut, aber wir wollen noch besser werden. Dank des Fleißes der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der Unternehmungen sowie der Steuerverwaltung haben wir 2012 deutlich höhere Steuereinnahmen: weit über 800 Millionen Euro. Zusätzlich – das wird häufig unterschlagen – haben wir durch einen effizienten Haushaltsvollzug – übrigens gerade der Finanzverwaltung und des Finanzministeriums – einen Betrag von über 443 Millionen Euro zusammengebracht. Das heißt, wir haben sogar nach Abzug der Mehrzahlungen des Länderfinanzausgleiches 1,132 Milliarden Euro mehr. Jeder sagt, wir hätten irgendwelche Defizite. Dazu kann ich nur sagen: In Bayern geben wir nur das Geld aus, das wir solide erwirtschaftet haben, und nichts anderes.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zu der Debatte um die Rücklage und die Strategie übrigens ein Hinweis: Eine Rücklage ist nicht etwa ein verschlossener Tresor, ein Festgeld. Eine Rücklage ist auch nicht irgendetwas, das im Keller liegt, sondern eine Rücklage ist nichts anderes als das Girokonto des Freistaates. Alles, was wir einnehmen, kommt zunächst – wo soll es anders hin? – in die Rücklage. Deshalb haben wir aufgrund der guten Steuereinnahmen, des guten Haushaltsvollzuges und des Fleißes der Menschen im Moment eine hohe Rücklage von circa 4 Milliarden Euro.

Nun stellt sich die Frage: Was machen wir eigentlich damit? Was ist eigentlich die Anlagestrategie? Vor einem Jahr haben wir überlegt, 250 Millionen Euro zu tilgen. Darauf sagte uns der Oberste Rechnungshof: Bitte tilgt mehr, bildet dafür weniger Rücklage. Wir haben das sehr ernst genommen. Was tun wir? Wir tilgen mit dem Entwurf, den wir heute vorlegen, insgesamt 2,5 Milliarden Euro. Das sind circa 11 % der allgemeinen Haushaltsschulden der gesamten bayerischen Nachkriegsgeschichte. Wir setzen

damit den Schuldentilgungsplan nicht nur fort, wir sind sogar im Über-Soll. Würden wir aufhören, Schulden zu tilgen, dann hätten wir auf die gesamte Zeitachse, über die wir sprechen, die wir planen, schon 1,3 Milliarden Euro Zinsen gezahlt.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Meine Damen und Herren, eines kann ich Ihnen sagen: Es gibt außer der Staatsregierung niemand in Deutschland, der so ein seriöses Signal für die Finanzierung setzt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

War unsere Rücklage eigentlich immer so hoch? Wie sieht es bei anderen aus – weil darüber geredet wird? Wir hatten in Bayern in den Jahren 2003/2004 eine Rücklage von 126 Millionen Euro. Wir hatten 2005 eine Rücklage von 400 Millionen Euro, und jetzt, nach der größten Tilgung deutschland- und europaweit, werden wir zum Ende des Jahres 2014 immer noch eine Rücklage von 1,3 Milliarden Euro haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr habt die höchsten Schulden gemacht!)

Nun überlege ich mir aber: Was ist der richtige Weg? Man muss ja überlegen, was man mit Geld macht, wenn man es erarbeitet hat. Der eine Weg besteht darin, das Geld auf der Bank, auf dem Konto einfach liegen zu lassen. Das würde bedeuten, dass wir geringe Zinsen bekommen, aber hohe Zinsen für ehemalige Verbindlichkeiten zahlen müssen. Der andere Weg besteht darin, zu tilgen. Damit sparen wir uns die Zinsen für teure Kredite und haben einen besseren Finanzsaldo. Jeder Kundenberater einer Sparkasse oder Genossenschaftsbank würde uns genau diese Anlagestrategie empfehlen. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Wir tun genau das, was das Richtige ist. Es ist besser, Schulden zu tilgen, als das Geld auf dem Konto zu parken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ziehen wir doch einen Vergleich: Welche Rücklagen haben andere? Bayern hat Ende 2014 voraussichtlich 1,3 Milliarden, trotz aller Aufgaben, die sich uns noch stellen. Die

uns bekannten Zahlen zu den anderen Ländern: Nordrhein-Westfalen: nichts. Baden-Württemberg: 80 Millionen. Rheinland-Pfalz hat noch eine hohe Rücklage mit über 200 Millionen. Das ist das Geld, das für die Nürburgring-Pleite eingeplant werden muss.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Deswegen möchte ich Folgendes festhalten, wenn hier der Eindruck erweckt wird, wir seien quasi eine Bananenrepublik: Bayern hat die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung, die höchste Tilgung, die höchste Rücklage. Meine Damen und Herren, das ist solide, das ist seriös, und darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CSU - Alexander König (CSU): Und Bayern hat den besten Finanzminister!)

Hinzu kommt - das ist uns wichtig, weil die CSU-Fraktion, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses Georg Winter, Herr Kollege Klein und viele andere uns darauf hingewiesen haben -, dass wir in der jetzigen guten Zeit Verbindlichkeiten abbauen. Das nennt sich Abfinanzierung. Wir erfüllen damit Förderzusagen, die wir vielen Partnern im Land gegeben haben, etwa Schulen und Vereinen. Ihnen wollen wir helfen. Wir haben im letzten Jahr mit der Abfinanzierung begonnen, im Jahr 2012, und jetzt setzen wir sie kräftig fort. 2012 und 2013 sind es für beide Jahre zusammengenommen 225 Millionen Euro. Was verändert sich dadurch? Beispielsweise verkürzen sich für viele Vereine und Verbände in Bayern Wartezeiten, und die Planungssicherheit wird verbessert. Zum Beispiel hatten private Volksschulen vor unserer Abfinanzierung eine Wartezeit von 20 Jahren, jetzt sind es noch fünf Jahre. Private Förderschulen mussten vor unserer Abfinanzierung acht Jahre warten, nach der Abfinanzierung warten sie 2,5 Jahre.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wie sind diese Rückstände überhaupt entstanden?)

Im Sportstättenbau betrug die Wartezeit früher sechs Jahre, jetzt sind es 1,5 Jahre.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wer war denn dafür verantwortlich? Wer hat die Regierungsverantwortung getragen?)

Meine Damen und Herren, wir vertagen nichts in die Zukunft, sondern handeln nach dem Motto: Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen.

(Beifall bei der CSU)

Damit aber nicht genug. Es wäre relativ leicht, nur Schulden zu tilgen und abzufinanzieren. Vielmehr investieren wir auch. Wir haben gerade eine Debatte erlebt, in der gesagt wurde: Ihr müsst mehr für Bildung tun. Ihr müsst noch mehr tun! Jetzt machen wir das, aber das ist dem einen oder anderen auch wieder nicht recht. Wir investieren in die Zukunft der Gesellschaft. 695 Millionen Euro werden letztlich in junge Menschen investiert, und zwar über alle Bereiche. Das bringt gesellschaftliche Rendite, verbessert die Lebensqualität in Bayern und macht Bayern bildungs- und familienfreundlicher.

Wir haben die volle Kompensation der Studienbeiträge. Gerade eben haben wir es gehört. Das schafft nicht nur die höchste Qualität der Leistung, das schafft auch Planungssicherheit bei vielen, vielen Partnern. Hinzu kommen seit 2008 insgesamt 48.000 neue Studienplätze und eine Aufstockung des wissenschaftlichen Personals um weitere 400 Stellen im Doppelhaushalt 2013/2014. Im Übrigen war der Zuzug zu bayerischen Universitäten jahrelang trotz Studiengebühren ungebrochen. Wenn man alles zusammennimmt, die Kompensation der Studienbeiträge, die Investitionen in die Studienplätze, die Investitionen ins wissenschaftliche Personal, kann man sagen: Wenn es ein Land gibt, in dem im Hinblick auf die Studienbedingungen Milch und Honig fließen, dann ist es Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Und darauf wollen wir aufsetzen. Im Übrigen haben Sie, Herr Piazzolo, das Stichwort "im Namen des Volkes" angesprochen. Das Volk in Bayern besteht nicht nur aus Stu-

den, das Volk in Bayern will auch ganz bewusst einen Anwalt, der sich zwar um die Studenten kümmert, der aber auch an die anderen denkt.

(Markus Reichhart (FREIE WÄHLER): Die anderen sind 60 %!)

Mit dem Meisterbonus, den wir jetzt einführen, geben wir ein echtes Bekenntnis zum Handwerk ab. Das ist in dieser Form einzigartig in Deutschland. Mit dem Pflegebonus setzen wir ein Signal für die Pflegeberufe, also für wirklich harte Berufe. Wir geben damit ein Signal in Richtung auf die demografische Entwicklung. Auch hier wollen wir eine Antwort auf die drängenden Fragen geben. Deswegen geht es heute nicht nur um die Studiengebühren, vielmehr senden wir mit unserem Entwurf auch eine Botschaft für ganz Deutschland aus: Bayern denkt an seine Studenten, aber Bayern liegt in gleicher Weise auch die berufliche Bildung am Herzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Und wir sorgen uns auch um die ganz Kleinen und um die Familien. Der bundesweite Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ist eine wichtige soziale Errungenschaft im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Deutschland. Wir in Bayern haben von Anfang an gesagt: Wir lassen die Kommunen bei dieser gewaltigen Investitionsaufgabe nicht allein. Wir lassen niemanden allein. In den Jahren 2008 mit 2014 fördern wir Investitionen mit über 950 Millionen Euro. So viel steckt der Freistaat Bayern in den Krippenausbau; das ist eine knappe Krippenmilliarde. Andere Bundesländer können davon nur träumen. Wir verlängern jetzt das Sonderprogramm, und wir geben eine Krippenausbaugarantie ab. Allerdings müssen jetzt auch die Kommunen mitziehen. Das gilt gerade für die beiden großen Städte, in denen noch der größte Bedarf besteht. Klar ist, dass keiner mehr den Freistaat auffordern kann, mehr Unterstützung zu geben; die Verantwortung liegt jetzt bei der kommunalen Seite vor Ort. Wir wünschen, dass in Nürnberg und München endlich das Geld eingesetzt wird, damit die benötigten Krippenplätze entstehen können.

(Beifall bei der CSU)

Nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Kinderbetreuung wird verbessert. Die Sprachförderangebote werden ausgebaut, die Öffnungszeiten werden im Interesse der Familien flexibilisiert, der Anstellungsschlüssel und damit die Qualität der Betreuung wird verbessert, der Einstieg in das zweite beitragsfreie Kindergartenjahr wird an dieser Stelle ermöglicht; das ist gerade ein Anliegen der FDP, Kollege Hacker, Kollege Klein. – Wir präsentieren damit gelebte Familienpolitik, und zwar ohne Ideologie, ohne Ausgrenzung. Wir machen Betreuungsangebote wie nirgendwo sonst – gleichzeitig wird aber den Familien, die sich anders entscheiden, an dieser Stelle ein Angebot gemacht. Bayern ist ein tolles Land für Familien. Aus aktuellem Anlass will ich unserer Familienministerin Christine Haderthauer ein herzliches Dankeschön für ihre Arbeit aussprechen.

(Beifall bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Bei Ihren Solidaritätserklärungen muss ihr angst und bange um ihren Job werden! Da muss sie doch Angst um den Job haben! - Weitere Zurufe)

- Das überrascht auch den Ministerpräsidenten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Sie haben das Wort, Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Meine sehr verehrten Damen und Herren, fassen wir in aller Kürze zusammen. – Ich habe gelesen, dass gesagt wird, es sei ein Pleiterisiko, ein Blendwerk, alles sei nur noch Show. In einer Fernsehsendung gibt es am Schluss immer den Faktencheck. Dort werden Politiker mit Aussagen konfrontiert, die vielleicht nicht ganz stimmen. Ich möchte jetzt dem Parlament hier verschiedene Fragen stellen. Dann müssen auch Sie antworten, Herr Rinderspacher, ob es stimmt oder ob es nicht stimmt. Und danach können die bayerischen Bürgerinnen und Bürger beurteilen, was hier passiert.

Erstens: Bayern hat einen ausgeglichenen Haushalt,

(Volkmar Halbleib (SPD): Falsch! - Markus Rinderspacher (SPD): 10 Milliarden
Schulden wegen der Landesbank!)

andere nicht. Stimmt's oder stimmt's nicht? – Es stimmt. Andere machen Schulden,
wir tilgen am meisten. Stimmt's oder stimmt's nicht? – Es stimmt. Wir haben die
höchste Rücklage in Deutschland, andere haben keine. Stimmt's oder stimmt's nicht?

(Zurufe von der CSU: Stimmt!)

– Es stimmt. Wir haben die niedrigste Zinsquote in Deutschland (West), meine Damen
und Herren. Stimmt's oder stimmt's nicht?

(Zurufe von der CSU: Stimmt! - Markus Rinderspacher (SPD): Wer hat die höch-
sten Schulden in Bayern gemacht? Die CSU. Stimmt's oder stimmt's nicht?)

Wir haben die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung, meine Damen und Herren, stimmt's
oder stimmt's nicht?

(Zurufe von der CSU: Stimmt!)

– Es stimmt. Wir haben mit die höchste Investitionsquote in Deutschland. Stimmt's
oder stimmt's nicht?

(Zurufe von der CSU: Stimmt! - Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher
(SPD))

Wer hat den höchsten kommunalen Finanzausgleich aller Zeiten gemacht, meine
Damen und Herren? Das war Bayern. Stimmt's oder stimmt's nicht?

(Zurufe von der CSU: Stimmt! - Alexander König (CSU): Nicht so schnell, die
kommen gar nicht mit! - Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Wollen Sie mit einstimmen, Herr Präsident?

(Allgemeine Heiterkeit)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, ich habe für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Herr Staatsminister, Sie dürfen weiterreden.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Jetzt kommt gerade Stimmung auf, und schon ist der Präsident zur Stelle.

(Renate Will (FDP): Ja, eben deswegen!)

All diese Fakten bestehen jeden Check.

Abschließend ist mir noch Folgendes wichtig: Selbst wenn das nicht reichen würde, selbst wenn jeder sagen würde, das ist mir zu wenig, wir müssen mehr machen, weiß ich eine Möglichkeit, wie wir die Rücklage auf einen Schlag dramatisch erhöhen könnten.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Jetzt wird es aber ganz dramatisch!)

Ich kenne eine Möglichkeit, wie wir von 1,3 Milliarden Rücklage Ende 2014 schnell auf 9,3 Milliarden kommen könnten: Das wäre dann möglich, wenn alle mithelfen würden und die Klage gegen den Länderfinanzausgleich unterstützten.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden gemeinsam mit dem Bundesland Hessen eine Klage einreichen, weil die bayerischen Bürgerinnen und Bürger durch unseren Beitrag zum Länderfinanzausgleich von acht Milliarden Euro de facto entmündigt werden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ende Februar haben Sie doch gesagt!)

Wir würden uns wünschen, dass hier alle Bayern am gleichen Strang ziehen. In Hessen haben die GRÜNEN übrigens Mut bewiesen.

(Peter Winter (CSU): Hört, hört!)

Die hessischen GRÜNEN sagen nämlich: Auch wenn wir im Land eine andere Politik wollen, sagen wir Ja zu Hessen, sagen wir Ja zu der Klage, weil es richtig ist, dass das Land Hessen zu viel bezahlt.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Stimmt nicht!)

Und was machen unsere GRÜNEN, meine sehr verehrten Damen und Herren? Unsere GRÜNEN reichen kleinkarierte Pressemitteilungen wegen bedürftiger Witwen aus Franken ein.

(Zuruf von der CSU: Stimmt!)

Habt mal lieber den Mut gegenüber den eigenen Parteifreunden in Berlin. Da gehört er hin, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Deswegen sage ich Ihnen heute auch: Wenn man in Bayern helfen will, dann bitte mit guten Ideen und nicht mit Meckereien. Bayern ist stark, und wir wollen, dass Bayern noch stärker wird. Deshalb haben wir diesen Gesetzentwurf vorgelegt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister Dr. Söder. – Ich eröffne die Aussprache. Hierzu wurde ursprünglich eine Redezeit von 15 Minuten pro Fraktion vereinbart. Nachdem Herr Staatsminister zwei Minuten und sechs Sekunden überzogen hat, verlängert sich auch die Redezeit jeder Fraktion um diese zwei Minuten und sechs Sekunden. - Herr Kollege Halbleib, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Landtagsfraktion und die Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN könnten sich eigentlich uneingeschränkt freuen: CSU und die FDP haben trotz der hohen Töne des Finanzministers an diesem Pult eben vor meiner Rede in wesentlichen Teilen ihres Konzepts, ihres politischen Plans für die Bildungsfinanzierung eine längst überfällige Korrektur ihrer Regierungspolitik vorgenommen – und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Das ist eine Weiterentwicklung!)

Zweitens. Die SPD, die FREIEN WÄHLER und die GRÜNEN haben als maßgebliche Unterstützer, allen voran die FREIEN WÄHLER als Initiatoren, bereits vor den Landtagswahlen – darüber freuen wir uns besonders – im September wichtige politische Inhalte in der Bildungsfinanzierung durchsetzen können, und das freut uns noch mehr!

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir würden uns aber vor allem darüber freuen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FDP, wenn Ihrem Bildungsfinanzierungsgesetz ein ehrlicher und überzeugender Meinungswandel zugrunde liegen würde. Aber das ist leider nicht der Fall.

Deswegen sagen wir in dieser Deutlichkeit: Dieser Gesetzentwurf entspricht, was die Studienbeiträge, ihre Abschaffung und deren Finanzierung aus dem Haushalt des Freistaates Bayern, wie auch die anderen Verbesserungen in der Bildungsfinanzierung betrifft, und zwar aus unterschiedlichen Gründen für FDP und CSU, nicht Ihrer politischen Überzeugung, sondern ist allein die Folge eines von den Oppositionsfraktionen auf den Weg gebrachten erfolgreichen Volksbegehrens. Das ist die Wahrheit an dieser Stelle, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN - Widerspruch bei der CSU)

Sie bewegen doch schon lange keine Inhalte mehr, Sie werden allein bewegt von der Angst vor Machtverlust. Das ist die Wahrheit, die in diesem Haus auch einmal ausgesprochen werden muss.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Bravo! - Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Sie legen heute einen Gesetzentwurf vor, gegen dessen wichtigste Inhalte Sie seit viereinhalb Jahren in dieser Legislaturperiode massiv Sturm gelaufen sind, nämlich gegen den Ersatz von Studiengebühren durch reguläre Haushaltsmittel, um die Bildungsbarrieren abzubauen. Sie legen heute einen Gesetzentwurf vor mit Verbesserungen, die Sie noch vor wenigen Wochen in den Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2013/2014 abgelehnt und brachial mit Ihrer Regierungsmehrheit niedergestimmt haben. Das ist doch die Wahrheit.

Sie machen hierbei eine Kehrtwende, die nicht Ihrer politischen Überzeugung entspricht, sondern die der Angst vor dem Wähler geschuldet ist. Es freut uns, dass wir diese Fortschritte erreichen, aber wir sagen auch, was die wahren Gründe dafür sind.

(Beifall bei der SPD)

Sie machen doch nichts anderes, Herr Finanzminister, trotz Ihrer hohen Töne, als die politischen Fehler dieser Legislaturperiode bei den Studiengebühren, bei der Altenpflegeausbildung zu korrigieren. Was haben wir hierzu für Diskussionen bei den Beratungen zum Doppelhaushalt geführt? Wir haben gesagt, dass die Finanzierung bei der Altenpflegeausbildung nicht ausreicht. Es wurde alles von Ihnen niedergestimmt. Sie haben ein Problem erzeugt, und jetzt wollen Sie den Anschein erwecken, als wären Sie die Problemlöser. Sie sind die Problemerzeuger! Es hat parlamentarischen Drucks und eines Drucks aus der Bevölkerung bedurft, dass wir dieses Problem endlich lösen können. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU und der FDP)

Ich komme zum nächsten Punkt, zum Finanzierungsstau. Sie haben selbst die Zeiten genannt, wie lange die Institutionen auf die Finanzierung vom Freistaat Bayern warten mussten. Es waren lange Wartezeiten bis zur Finanzierung, die die Institutionen selbst tätigen müssen – mit sehr schwierigen Konstellationen. Wer ist denn, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FDP, für diesen Finanzierungsstau verantwortlich? – Die Oppositionsfraktionen, die Institutionen oder Sie mit Ihrem Regierungshandeln? Sie sind doch verantwortlich! Sie haben das Problem geschaffen, und es ist verdammt noch einmal Ihre Pflicht und Schuldigkeit, diese Probleme auch endlich anzugehen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CSU)

Die Menschen im Freistaat merken das auch. Sie merken, dass dieses Bildungsfinanzierungsgesetz zwar wichtige Fortschritte enthält, sie sagen aber auch, dass das nicht das Ergebnis einer sachorientierten Politik bei der CSU und der FDP ist, sondern – damit komme ich auf den Kernpunkt, der auch angesprochen werden muss – es ist eine machtpolitische Stillhalteprämie, um eine aneinander verzweifelnde Regierungskoalition von Schwarz-Gelb vor dem politischen Zusammenbruch zu retten und die Koalition über die Zeit bis zum Wahltag zu bringen. Das steckt doch hinter Ihrer Vorgehensweise. Das muss man den Menschen sagen. Sie kapieren es auch.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen verstehen auch, dass die maßgeblichen inhaltlichen und politischen Impulse für dieses Gesetz nicht von Schwarz-Gelb kommen, sondern von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Schwarz-Gelb hechelt hinterher und wird politisch gezwungen, zentrale Forderungen der drei Oppositionsfraktionen bereits heute zu erfüllen. Wir freuen uns darüber. Wir sagen aber auch, warum Ihr Meinungswandel nichts mit innerer Überzeugung zu tun hat, sondern mit dem Wahltag im September.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Schauen wir uns noch eines an: Der Finanzminister spricht in hohen Tönen von einer überzeugend gelebten Familienpolitik. Dazu schauen wir doch einmal zurück. Was haben Sie denn im Dezember bei den Beratungen zum Doppelhaushalt 2013/2014 noch beschlossen? War es gelebte, praktizierte Familienpolitik, dass Sie dringende Abfinanzierungsmaßnahmen, beispielsweise für den vereinseigenen Sportstättenbau in Höhe von 12,5 Millionen Euro abgelehnt haben? Das war das Gegenteil von gelebter Familienpolitik.

Das Gleiche gilt für die Abfinanzierung bei den privaten Schulen. Auch hierzu haben wir Anträge eingereicht, die Sie mit Ihrer Regierungsmehrheit brachial abgelehnt haben. Im Bereich der Bildung haben wir um mehr Lehrerstellen gekämpft, damit wir das machen können, was Sie jetzt nachgeschoben haben, nämlich eine individuelle Förderung an den Schulen. Das wurde von Ihnen abgelehnt. Gelebte Familienpolitik? – Wunderbar, Glückwunsch!

Berufliche Bildung: Wir haben um den Schulgeldausgleich gekämpft. Alle drei Oppositionsfractionen sind abgebürstet worden, obwohl der Notstand klar sichtbar war. – Gelebte Familienpolitik?

Das Gleiche gilt für die Verbesserung beim BayKiBiG. Hierzu haben wir auch maßgebliche Anträge eingereicht. Sie sind von Ihnen abgelehnt worden.

Ich kann nur sagen: Die Halbwertszeit Ihrer Verlässlichkeit, die Verlässlichkeit Ihrer Politik ist sehr kurz. Das alles ist erst wenige Wochen her: Am 13. Dezember 2012 haben Sie mit Ihrer Regierungskoalition all dieses abgelehnt, und am 23. Februar 2013 hat der Koalitionsausschuss die heute zu beratenden Änderungen beschlossen. Die Halbwertszeit Ihrer Politik beträgt in diesem Freistaat gerade einmal 72 Tage. Das ist Ihre Verlässlichkeit. Das zeigt, wie Sie in der Politik agieren. Das ist eine inakzeptable Vorgehensweise.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN - Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Dabei stellt sich natürlich die Frage nach der Nachhaltigkeit dieser Verbesserungen; denn so willkürlich – ich habe es geschildert –, wie die jetzt erreichten inhaltlichen Fortschritte im Entwurf des Bildungsfinanzierungsgesetzes sind, so willkürlich – das prophezeie ich Ihnen, das prophezeie ich auch den Menschen in diesem Freistaat – werden diese auch wieder gestrichen oder gegebenenfalls an anderer politischer Stelle teuer bezahlt werden, wenn CSU und FDP diesen chaotischen Regierungsstil fortsetzen können.

Deshalb die klare Botschaft: Wer in Bayern will, dass die Fortschritte in der Bildungsfinanzierung, die wir erkämpft haben, beibehalten und ausgebaut werden und nicht will, dass nach der Wahl ab dem nächsten Jahr diese Fortschritte den Streichungsorgien von CSU und FDP zum Opfer fallen, der muss bei der Landtagswahl dafür sorgen, dass diese CSU-FDP-Drehhofer-Koalition abgewählt wird und die heutigen Oppositionsfractionen eine Gestaltungsmehrheit bekommen. Das ist die Botschaft, die von diesem Tag ausgehen muss.

(Beifall bei der SPD)

Denken wir doch einmal über die hohen Töne nach, in denen der Finanzminister die Finanzpolitik gelobt hat, und vergleichen diese mit dem Gesetzentwurf und auch mit der glasklaren Analyse des Obersten Rechnungshofs. Herr Finanzminister, ich kann Ihre Ausführungen nur so verstehen, dass Sie – das wird man im Redemanuskript nachlesen können - den Präsidenten des Obersten Rechnungshof permanent kritisiert und die Analyse des Obersten Rechnungshofs infrage gestellt haben.

Machen wir doch einmal den Faktencheck. Ich stelle fest, dass bei diesem Staatshaushalt nicht die Rede von einem ausgeglichenen Haushalt sein kann, bei dem die laufenden Einnahmen die laufenden Ausgaben decken. Erster Punkt: Dieser Staats-

haushalt – das sagt der Oberste Rechnungshof ganz deutlich – hat einen negativen Finanzierungssaldo. Das ist ein Faktum, das man zur Kenntnis nehmen muss.

Wenn wir schon beim Faktencheck sind, frage ich Sie: Wer hat denn die Schulden des Freistaats Bayern in dieser Legislaturperiode auf Rekordhöhe gebracht und um 10 Milliarden Euro, um 800 Euro pro Bürger, nach oben getrieben?

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER) – Zurufe von der CSU)

- Ja, das passt Ihnen nicht. Aber der Faktencheck zeigt: Das waren Sie in Ihrer politischen Verantwortung. Es ist die CSU, die die Fehlentscheidungen bei der Landesbank zu verantworten hat. Das sind Fakten; die müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Georg Schmid (CSU): Steinbrück, Ihr Spitzenkandidat, hat es in sieben Jahren geschafft, ja, das ist schon so!)

- Ihre Erregung ist verständlich, Herr Kollege Schmid.

(Georg Schmid (CSU): Man sollte nicht so schlau daherreden, wenn man selber nichts zustande gebracht hat! - Alexander König (CSU): Das Ganze wird nicht dadurch wahrer, dass man es dreimal wiederholt!)

- Der Herr Minister hat doch den Faktencheck angeregt. Deswegen sollten Sie auch die Fakten zur Kenntnis nehmen.

(Georg Schmid (CSU): Den können wir gern machen! Schauen wir einmal Steinbrück an: 30 Milliarden in sieben Jahren!)

Sie erwähnen den Nürburgring und haben selbst ein Desaster von 10 Milliarden Euro zu verantworten. Da bleibt einem doch die Spucke weg! Sie sind verantwortlich. Sie sind die größten Schuldenmacher in der Geschichte des Freistaats Bayern und stellen sich hierhin, als wären Sie genau das Gegenteil.

(Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU): Das ist nebenbei eine Themaverfehlung, oder? - Georg Schmid (CSU): WestLB, HSH Nordbank, NRW-Schulden!
- Harald Güller (SPD): Jeder weiß, dass Georg Schmid bei dem Desaster mitgestimmt hat!)

Ich kann es aus einem gewissen politischen Mitgefühl verstehen - obwohl sich dieses Mitgefühl andererseits auch in Grenzen hält -, dass es einem Finanzminister und einer Regierungskoalition natürlich nicht passt, wenn der Oberste Rechnungshof klar ausspricht, was zu dieser Finanzierung zu sagen ist. Ich sage nur Folgendes: Die Rücklagen werden mit diesem Bildungsfinanzierungsgesetz deutlich abgeschmolzen. Ich sage: 2,5 Milliarden Euro in zwei Haushaltsjahren aus der Rücklage zu nehmen, bedeutet, dass die Rücklagen des Freistaats Bayern geplündert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich will noch etwas zur Schuldentilgung sagen. Schuldentilgung ist etwas Sinnvolles. Jedoch geht die von Ihnen ausgewiesene Schuldentilgung eindeutig und glasklar zu Lasten der wichtigen Vorsorgesysteme. Mit dieser Schuldentilgung wird kein Beitrag zur finanzpolitischen Nachhaltigkeit geleistet, weil in gleichem Umfang, wie sich der Staatshaushalt entschuldet, die Vorsorgesysteme, die wir dringend für die Zukunft brauchen, verschuldet werden. Schuldentilgung klingt gut. Aber so, wie Sie sie finanzieren, ist sie nicht nachhaltig. Ökonomisch machen Sie nichts anderes, als die Tilgung alter Schulden mit neuen Schulden zu finanzieren. Das ist keine finanzpolitische Nachhaltigkeit. Auch das ist ganz klar den Fakten zu entnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Den einzigen Strohhalm des Finanzministers bilden, was die Wiederauffüllung der Rücklagen anbetrifft, im Prinzip irreguläre Einnahmen aus dem Bereich der Landesbank. Die Mieterinnen und Mieter der GBW werden sich jetzt schon darauf einstellen können, dass sie letztendlich durch den Verkauf der Wohnungseinheiten der GBW an

den Meistbietenden für eine solche Finanzierungspolitik zahlen müssen. Auch das ist die Wahrheit.

Nicht allein wir als Opposition, als SPD-Fraktion, kritisieren das, sondern dies wird auch in der veröffentlichten Meinung ganz klar so analysiert. Ich darf Ihnen einmal zwei Zitate näherbringen, damit Sie nicht nur hören, was Halbleib und die SPD-Fraktion sagen, sondern auch die veröffentlichte Meinung hören.

Zitat "Süddeutsche Zeitung": "Mit seriöser Haushaltspolitik hat das alles längst nichts mehr zu tun; Bayerns Rechnungsprüfer entzauberten ein gutes halbes Jahr vor der Landtagswahl Schwarz-Gelb.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CSU)

Seehofers Schuldentilgungsziel entlarvten sie als einen ganz großen Bluff." – Besser könnte ich es auch nicht sagen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Die "Nürnberger Nachrichten" schreiben: "Offiziell feierten sich Seehofer und die Seinen als die finanzpolitischen Weltstrategen." – Der Herr Finanzminister hat heute noch einmal vorgeführt, wie man das macht. –

(Alexander König (CSU): Er hat es sehr nachdrücklich vorgeführt! Das müssen Sie zugeben!)

In Wahrheit – das haben sie nun schriftlich – bieten sie kaum mehr als eine propagandistische Luftnummer.

(Alexander König (CSU): Sie müssen den Bericht genau lesen! Es steht ein bisschen anders darin!)

Bayern sei wie alle anderen weit von einem ausgeglichenen Haushalt entfernt und könne nur dank immenser Rücklagen sein Gesicht einigermaßen wahren. Wenn Fi-

nanzminister Söder dafür auch noch gelobt werden wolle – hier im Plenum war sein Wunsch, gelobt zu werden, ja deutlich zu erkennen -, so sei das witzig, sagen die "Nürnberger Nachrichten". - Das stimmt. Das ist witzig und widerspricht auch völlig dem, was er hier vorgelegt hat. – Seriöse Politik gehe dann doch anders, urteilen die "Nürnberger Nachrichten". Ich kann mich dem nur anschließen. Seriöse Finanzpolitik schaut in diesem Freistaat wirklich anders aus als das, was Sie hier praktiziert haben.

(Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU): Das glaubt kein Mensch außer Ihnen!)

Sie können das Thema Landesbank nicht mehr hören. Das mag ja sein. Aber der bayerische Steuerzahler zahlt sowohl 2013 als auch 2014 jeweils 350 Millionen Euro Zinsen nur für Ihre Fehler bei der Bayerischen Landesbank. Das ist die Wahrheit und der Grund dafür, dass wir beim Haushalt große Probleme bekommen.

Ich setze noch einen drauf: Wir bekennen uns klar zur finanzpolitischen Solidität und sind auch bereit, über die Finanzierung dieses Bildungsfinanzierungsgesetzes auf Dauer zu sprechen und darüber, wie wir diese absichern können. Aber wir erwarten, dass nicht leere Versprechungen und Propaganda die Diskussion bestimmen, sondern Substanz, Ehrlichkeit und Beständigkeit.

(Franz Maget (SPD): Das wäre einmal eine gute Idee: Beständigkeit!)

Wir sagen: Sie machen mit diesem Gesetzentwurf inhaltlich richtige Politik, weil Sie – ich habe dazu viel gesagt – unsere Forderungen aufgreifen, mehr in Bildung, mehr in Betreuung und mehr in die Infrastruktur zu investieren. Aber es braucht dafür eine bessere Finanzierungsgrundlage. Allein Ihre Fehler bei der bayerischen Steuerverwaltung füllen mittlerweile beim Obersten Rechnungshof schon Bände. Sie haben bei der Personalausstattung der Steuerverwaltung viele Fehler gemacht. Bayern ist nach wie vor Schlusslicht bei der Personalausstattung. Ein radikales, konsequentes Umsteuern ist hier nötig.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie hier mit uns gehen, dann können wir das auch langfristig solide finanzieren. Ich sage Ihnen eines, Herr Finanzminister – dazu sollten Sie bei aller Weltläufigkeit auch einmal etwas sagen -: 600 Millionen Euro von den Einnahmen, über die Sie hier verfügen und die zur Gesamtfinanzierung beitragen, haben Sie allein der SPD zu verdanken, und zwar durch die Konsequenz in der Bekämpfung der Steuerhinterziehung, durch den Ankauf von Steuer-CDs und die dadurch verursachten Selbstanzeigen.

(Beifall bei der SPD)

Über dieses Geld könnten Sie ohne den von uns geleisteten Beitrag nicht verfügen. Dafür erwarte ich Dank und nicht Kritik am nordrhein-westfälischen Finanzminister.

(Harald Güller (SPD): Steuerhinterziehung ist ja für die CSU ein Kavaliersdelikt! - Alexander König (CSU): Das ist völliger Unsinn, Kollege Güller! Sie müssen sich einmal ein bisschen zusammenreißen! Das ist "Wahlkrampf", was hier geboten wird! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Abschließend stellen wir die spannende Frage: Wer zahlt letztendlich die Zeche, wenn wir nicht zu Verbesserungen im Haushalt kommen? Ich spreche die Haushaltssperren an, die auch für den Bildungsbereich schon vorgesehen sind. Das sind 600 Millionen Euro. Sie wollen um weitere 200 Millionen Euro kürzen. Wir erwarten von Ihnen eine klare Antwort auf die Frage, wer die Zeche für diesen Koalitionspoker zahlen soll. Welche Projekte und Maßnahmen fallen diesem Kompromiss zum Opfer? Schenken Sie der bayerischen Bevölkerung reinen Wein ein. Das kann man von Ihnen erwarten. Dann werden wir auch konstruktiv über dieses Gesetz beraten. Viele unserer Punkte wurden von Ihnen übernommen. Darüber freuen wir uns. Aber die Finanzierung wird uns noch beschäftigen. – Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächste hat Frau Kollegin Kerstin Schreyer-Stäblein von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich dachte, ich gehe nach der Rede des Herrn Ministers Dr. Söder ganz entspannt ans Mikrofon, wünsche frohe Ostern und denke mir, er hat alles gesagt. Aber gerade habe ich eine spannende Rede des Herrn Halbleib gehört, die mit dem, was der Minister gesagt hat, überhaupt nichts zu tun hat. Insofern fand sich sie wirklich spannend.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Herrn Halbleibs Rede hatte insofern nichts mit der Rede von Herrn Minister Dr. Söder zu tun – Herr Halbleib, hören Sie mir doch zu, dann verstehen Sie mich, und es wird vielleicht einfacher -, weil Sie auf der einen Seite dargestellt haben, dass Sie sehr viele Anträge gestellt haben. Diese Anträge seien wichtig, seien aber abgelehnt worden. Diese Anträge sind jetzt alle in dem Gesetz verwirklicht. Auf der anderen Seite sagen Sie: Finanzierbar ist das nicht. Sie müssen sich entscheiden. Entweder sind Sie mit dem Inhalt glücklich und zufrieden; dann sind wir jetzt gemeinsam der Auffassung, dass das Gesetz richtig ist, und werden geschlossen zustimmen; oder Sie sagen: Es geht nicht. Dann haben Sie durchaus das Recht, so zu argumentieren. Sie dürfen dann aber nicht sagen, Sie hätten Ihre Anträge gestellt und wollten deren Inhalte verwirklicht sehen. Sie müssen sich irgendwann entscheiden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hätten Sie meiner Rede zugehört, dann würden Sie so etwas nicht erzählen!)

- Ich habe Ihnen gut zugehört; deswegen musste ich auch nicht hineinbrüllen. Sie haben jetzt die Möglichkeit, mir zuzuhören und alle Varianten zu nützen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ein Zwischenruf ist schon noch etwas Parlamentarisches, Frau Kollegin!)

Wie Sie wissen, haben wir bewusst entschieden, dass wir nicht nur die Studiengebühren abschaffen, sondern dass wir uns auch um die anderen Fragen kümmern. Denn es geht auch um die Frage, was wir in den Bereichen der beruflichen Bildung und der Pflege unternehmen. Wir haben ein Gesamtpaket geschnürt. Ehrlich gesagt kann ich niemanden verstehen, der dieses Gesamtpaket infrage stellt, weil es wirklich sehr gut ist. Das hat nichts mit Koalitionspoker zu tun, sondern es geht darum, miteinander zu reden und eine Entwicklung voranzubringen. Das braucht nun einmal etwas Zeit. Es nützt nichts, wenn wir uns nur mit den Universitäten beschäftigen, sondern es geht auch darum, für die Meister Nachjustierungen vorzunehmen. Deswegen bin ich sehr froh, dass wir hier zu einer sehr guten Lösung gekommen sind.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Das vorliegende Bildungsfinanzierungsgesetz vergrößert die bereits vorhandene Qualität unseres Bildungssystems. Es erhöht den Faktor Gerechtigkeit sowohl bei den Studierenden als auch hinsichtlich des Meister- und Pflegebonus. Sie haben gehört und gelesen, dass dafür sehr viel Geld investiert wird. Dieses Geld wird richtig investiert.

Genauso investieren wir im Bereich der Kindergärten und der frühkindlichen Bildung, sei es beim Übergang vom Kindergarten zur Grundschule, sei es dadurch, dass wir mehr Lehrkräfte in den Grundschulen einsetzen und sie damit beauftragen, den sprachlichen Bereich zu fördern. Darin sind wir uns, denke ich, alle einig: dass der sprachliche Bereich intensiver unterstützt werden muss; denn nur dann haben die Kinder eine Chance.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Wir werden zum 1. September den sogenannten Meisterbonus einführen. Darin besteht eine logische Schlussfolgerung. Denn es gibt viele Menschen, die lebenslanges

berufliches Lernen sehr ernst nehmen und sich im Handwerk, im Mittelstand, in der Wirtschaft immer weiterbilden wollen. Dem Wunsch dieser Menschen muss ich Rechnung tragen, indem nicht ausschließlich Studenten, sondern beide Gruppen berücksichtigt werden. Das tun wir hiermit ausgesprochen gut.

Wir stellen uns der Entwicklung, über die wir in allen Ausschüssen diskutiert haben: dass wir auf einen Erziehermangel zusteuern, dass wir im Bereich der Altenpflege mit Fragestellungen zu tun haben werden, die auch eine weite Perspektive aufweisen. Wir werden hinsichtlich des Schulgeldes Unterstützung leisten, wenn eine Schule nicht selbst zusätzlich Geld erhebt. Das ist durchaus logisch. Wir müssen den Schülern die Unterstützung zuführen, und dafür sorgen wir auch.

Daneben gibt es – das wissen Sie genauso gut wie ich – die Qualitätsoffensive für die Volksschule und die Grundschule. Das ist auch richtig. Um eine Zahl zu nennen: Allein 125 Millionen Euro fließen genau in diesen Bereich. Die Sprachförderung habe ich gerade angesprochen. Wir müssen auch immer mehr Grundschullehrkräfte mit Kindergärten vernetzen. Grundschullehrer sollen in Kindergärten die Möglichkeit haben, die Kinder fit zu machen. Hier wird schon sehr viel unternommen. Wir setzen uns jetzt zusätzlich dafür ein.

Ein aus meiner Sicht ganz wichtiger Punkt betrifft die Ganztagschule. Im Bildungsausschuss haben wir oft darüber diskutiert, wie wir Ganztagschulen unterstützen sollen. Wir investieren hier Geld, um externe Fachkräfte herbeizuziehen. Eigentlich müsste da Jubel bei allen Fraktionen ausbrechen; denn genau das wollten wir: dass wir für Ganztagschulen qualitativ hochwertige Maßnahmen ergreifen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dieses Gesetz zeigt, dass wir uns weiterentwickeln. Wir haben ein gutes Bildungssystem. Wir optimieren es noch weiter. Bildungspolitik ist nie fertig. Deswegen sind wir immer bereit, hierfür weiter zu investieren. Dieses Bildungsfinanzierungsgesetz ist gerecht, es ist richtungweisend, und ich hoffe darauf, dass jeder bei der Abstimmung in

sich geht und wir alle geschlossen zustimmen; denn es stellt ein Rundumpaket dar, durch das wir im Bereich der Bildung sehr viel Gutes bewirken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielen Dank, Frau Kollegin. Der nächste Redner ist Herr Kollege Pointner für die FREIEN WÄHLER. Ihm folgt Frau Kollegin Stamm. Bitte schön, Herr Pointner.

Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das heute eingebrachte Haushaltsänderungsgesetz oder Bildungsfinanzierungsgesetz könnte uns FREIE WÄHLER, aber auch die Kollegen von den anderen Oppositionsparteien auf den ersten Blick stolz und zufrieden machen - stolz deswegen, weil diese Änderungen im Haushaltsgesetz durch unser erfolgreiches Volksbegehren – ich schließe ausdrücklich die Kollegen von den GRÜNEN und von der SPD mit ein – veranlasst wurden. Es ist schon gesagt worden: Ohne unser Volksbegehren wären die Vorschläge nicht gemacht worden, die der Bildung zugutekommen. Das muss man einfach festhalten, und das müssen Sie auch einmal zugeben.

Zufrieden sind wir, weil das Änderungsgesetz vieles enthält, was von uns FREIEN WÄHLERN gefordert und angeschoben wurde, aber bisher von den Regierungsfraktionen bei den Haushaltsberatungen oder hier im Plenum abgelehnt wurde. Ich kann mich daran erinnern, wie dies begründet wurde, zum Beispiel mit dem Argument, es gebe keine Gegenfinanzierung, oder dafür sei kein Geld da. Die einfachste Begründung lautete immer: Das braucht's nicht. So war es.

(Georg Schmid (CSU): Das haben wir nie gesagt!)

- Doch, ich kann Ihnen das Protokoll zeigen.

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Wenn Sie kein Argument mehr hatten, dann hieß es, Herr Kollege Schmid: Das braucht's nicht.

Jetzt stellen wir fest, dass die einzige Gegenfinanzierung für die von Ihnen vorgebrachten Änderungen in der Entnahme aus der Rücklage besteht. Das ist grundsätzlich nicht verwerflich. Eine Rücklage ist dafür da, dass sie verwendet wird, wenn sie gebraucht wird. Diese Rücklage gab es aber auch schon in den Zeiten, als wir unsere Anträge gestellt und unsere Forderungen erhoben haben; sie war damals teilweise größer.

Ich möchte nur einen kurzen Blick auf unsere Anträge werfen und erwähnen, wann sie gestellt wurden. Der Meisterbonus wurde am 13. Dezember 2012 von uns beantragt. Er wurde natürlich abgelehnt. Die Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Bildung wurde von uns erstmals im Mai 2010 gefordert; später wurde sie von uns bei der Änderung des BayKiBiG gefordert. Natürlich wurde die Forderung immer abgelehnt. Die Kompensation der Studiengebühren wurde von uns erstmals am 1. März 2011 gefordert und auch immer wieder abgelehnt. Die Kostenfreiheit der Altenpflegeschulen, ein Thema, das x-mal behandelt wurde, wurde von uns schon im September 2010 gefordert. Eine bessere Finanzierung der Privatschulen und Sportstätten haben wir 2011 gefordert, letztmals dann am 24. Oktober 2012 bei der Beratung über den Haushalt 2013/2014. Der Ausbau der Ganztagschulen wurde von uns erstmals im Februar 2012 gefordert. Die Forderungen wurden immer mit der Begründung, es sei kein Geld da usw., abgelehnt.

Ein Blick zurück zeigt: Die Rücklage betrug 2007 3,6 Milliarden Euro, Ende 2012 betrug sie 3,7 Milliarden Euro. Jetzt tun Sie so und handeln so, als könnten Sie das alles ohne Weiteres finanzieren, und zwar locker, und zusätzlich noch 480 Millionen Euro tilgen. Herr Finanzminister, diese Tilgung ist meines Erachtens auf jeden Fall dem Wahlkampf geschuldet. Sie nehmen sie nur deshalb vor, weil eine Milliarde besser klingt als 520 Millionen. Dafür haben Sie die 480 Millionen Euro verwendet, die in der Rücklage vorhanden waren.

Ich werfe einen Blick auf unsere Schulden. Wie schon gesagt wurde, wurde in Ihrer Regierungszeit die Verschuldung wegen der Landesbankrettung um 10 Milliarden Euro erhöht. Eine Rückführung dieser Schulden ist nicht absehbar. Dafür gibt es keinen Plan, kein Konzept. Insgesamt sind wir mit 29 Milliarden Euro verschuldet; strukturell sind es 32 Milliarden Euro. Selbst wenn man diese Zahlen außen vor lässt, insbesondere die 10 Milliarden Euro wegen der Landesbankrettung, haben sich die Finanzen des Freistaates trotz der höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten nicht nachhaltig verbessert. Darauf hat insbesondere der Rechnungshof hingewiesen. Sie haben ja nur einen kleinen Teil der Anmerkungen des Rechnungshofes genannt, den Teil, der positiv geklungen hat, aber das Negative nicht erwähnt. Darüber gibt es eine ganze Seite, die ich jetzt nicht vorlesen möchte.

Zwar tilgt die Staatsregierung 2012 bis 2014 insgesamt 2,5 Milliarden Euro, aber im gleichen Umfang verringert sich die Rücklage. 2007 betrug sie 3,6 Milliarden Euro, am Ende des Jahres 2012 betrug sie 3,7 Milliarden Euro. Sie haben gesagt, sie verringert sich auf 1,3 Milliarden Euro. Wir haben mit einer knappen Milliarde gerechnet. Das kann man jetzt dahingestellt sein lassen. Das heißt schlicht und einfach, die Schuldentilgung wird aus der Rücklage geleistet. Die Rücklage wird am Ende des Jahres 2014 entsprechend, eben um eine Milliarde weniger sein.

Eines ist mir bei Ihrer Rede, Herr Minister, eingefallen. Beim Haushalt 2009/2010 – das ist vor gut vier Jahren gewesen – haben die Rücklagen ungefähr vier Milliarden Euro betragen. Ich habe damals gesagt: Warum können wir nicht einen Teil dieser Rücklagen für die Schuldentilgung verwenden? Das Geld liegt bloß auf der Bank und bringt nichts. - Das ist von der rechten Seite des Hauses pauschal abgelehnt worden, das gehe überhaupt nicht, wir bräuchten das Geld zur Vorsorge usw. Nachträglich betrachtet war das auch richtig, weil wir die Haushalte damit teilweise haben ausgleichen können.

Jetzt sind wir aber in der gleichen Situation. Wir wissen nicht, was die nächsten Jahre bringen. Wenn Sie die Rücklage so weit zurückführen, dann bestehen keine Spielräu-

me mehr. Wir haben keine Sicherheit, dass die Konjunktur so bleibt, wie sie ist. Wir hoffen es alle. Zypern ist vielleicht nicht so das Problem, aber es könnten andere auftreten. Es könnten konjunkturelle Probleme kommen. Das ist damals auch genannt worden. Man hat nicht genau gewusst, was die Finanzkrise bringt. Wenn Probleme auftreten, haben wir keine Spielräume mehr. Dann bleibt nur ein striktes Sparprogramm. Dann muss man das, was man jetzt groß beschließt, wieder zurücknehmen oder neue Schulden machen. Aber neue Schulden aufzunehmen, ist schon allein wegen der Schuldenbremse nur im Ausnahmefall möglich. Es werden also nur Schwierigkeiten geschaffen. Wenn in der nächsten Periode eine neue Regierung kommt, dann wird sie sich mit den Problemen mehr oder weniger herumschlagen müssen.

Das Nächste sind die Pensionslasten. Diese sollen durch die Schuldentilgung und durch die Zinsen, die dadurch eingespart werden, finanziert werden. Dann stehen wir unter dem Zwang, diese Schuldentilgung laufend durchzuführen, sonst passt das nicht mehr. Das können wir natürlich auch nicht, wenn die Gelder anderweitig gebraucht werden, weil keine Rücklage da ist.

In dieser Situation ist es mehr als notwendig, dass der Staat das Geld, das ihm zu- steht, hereinholt. Der ORH hat zum x-ten Male gefordert, dass die Finanzbehörden personell endlich vernünftig ausgestattet werden, um die Gelder hereinzuholen. Es passiert aber nur stückchenweise, scheinchenweise etwas. Uns gehen jedes Jahr dreistellige Millionenbeträge, wenn ich den Länderfinanzausgleich einbeziehe, verloren.

Der Länderfinanzausgleich ist von Ihnen angesprochen worden, Herr Minister. Er wurde von Ihnen im Jahr 2001 ausgehandelt. Sie waren maßgeblich an diesem schlechten Flächenfinanzausgleich beteiligt, der Bayern so belastet, auch wenn Sie sagen, das habe sich erst im Laufe der Zeit so ergeben. Mich irritiert, dass Sie vor einigen Wochen zwar gesagt haben, dass die Klage eingereicht wird, dass sie aber immer noch nicht eingereicht ist. Woran liegt das?

(Georg Schmid (CSU): Kommt schon, keine Sorge! Kommt schneller, als Sie denken!)

Seit zwei Jahren reden wir darüber, zwei Jahre Vorbereitungszeit, und es passiert nichts. Es dauert dann jahrelang bis zum Gerichtsbeschluss, und das Gericht wird sagen: Ihr müsst neu verhandeln. 2019 läuft der Länderfinanzausgleich sowieso aus.

Ich möchte ein drittes Feld ansprechen, das sicher auch Geld bringt. Der Freistaat hat auf eine Menge Geld verzichtet, indem er der Flughafen GmbH faktisch ein zinsloses Darlehen gegeben hat. Es ist zwar Zins bezahlt worden, aber bei Weitem nicht das, was angefallen wäre, wenn es ein normales Darlehen gewesen wäre. Das geht in die Milliarden. Nachdem der Flughafen jetzt Gewinne macht und die dritte Startbahn aufgrund des Bürgerentscheids in München sowieso nicht kommt, besteht durchaus die Gelegenheit für eine Gewinnausschüttung, um wenigstens zu einem geringen Ausgleich dessen zu kommen, was die Flughafengesellschaft an Vorteil hat.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

Wir brauchen das Geld und sollten alles tun, damit es hereingeholt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Pointner. Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Claudia Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Zunächst ein ganz herzliches Dankeschön an den Finanzminister, sein Haus und Schwarz-Gelb. Sie haben sich mächtig ins Zeug gelegt, damit meine Prognose vom Dezember genau stimmt, dass wir nämlich einen Nachtragshaushalt jetzt genau zur Osterzeit bekommen.

Ein Zitat aus meiner Rede bei der Beratung der Zweiten Lesung des Haushalts vom Dezember 2012:

Wie es aussieht, gibt es im Jahr 2013, also im Wahljahr, noch einen verfrühten Nachtragshaushalt. In diesem Nachtragshaushalt werden Sie die Studiengebühren abschaffen und sie aus dem Haushalt kompensieren. Dieser verfrühte Nachtragshaushalt wird sicher im Wahljahr kommen. Dann werden ein paar Osterhasen durch die Gegend hoppeln, wie damals im Dezember die Weihnachtsmänner durch die Gegend gelaufen sind, landauf, landab mit Geschenken unterm Arm durch die Lande gezogen sind – der Hauptosterhase aus Nürnberg und ansonsten die Osterhasen aus der Gegend.

So weit ein Auszug aus der Rede im Dezember, sprich, vor drei Monaten. Ihr Doppelhaushalt hat nicht einmal drei Monate gehalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Weil Sie in diesem Wahljahr unbedingt alles dafür tun, um die Wahl zu gewinnen, versuchen Sie, einfach alle Widerstände, die in der Gegend rumliegen, vorher einzukassieren. Aber mit dem Nachtragshaushalt, den wir heute beraten – und es ist nichts anderes als ein Nachtragshaushalt –, ist das Minus noch größer geworden. Im Jahr 2013 beläuft sich das Defizit auf 1,9 Milliarden Euro. Selbst wenn man abzieht, was uns Schwarz-Gelb als "Schuldentilgung" verkauft – Schuldentilgung in ganz großen Anführungszeichen, denn es sind Kreditermächtigungen, die Sie einfach zurückgeben, nichts anderes ist es –, bleibt ein Finanzierungssaldo von 930 Millionen Euro. 2014 ist der Finanzierungssaldo gut 580 Millionen Euro.

Seit gestern haben Sie es auch noch mal ganz klar und deutlich vom Bayerischen Obersten Rechnungshof bescheinigt bekommen: Bayern gibt definitiv mehr aus, als es einnimmt. Schulden abbauen kann man mit so einer Politik nicht. Hinzu kommen noch Ihre Steuervorschläge; auch hier wieder einmal ein neues Wording. Aber neue Worte machen noch keine vernünftige Politik. Sie sprechen neuerdings statt vom "Abbau der kalten Progression" vom "Fleißbonus". Es handelt sich hier aber nicht um Fleißbild-

chen, die eine Lehrerin verteilt, sondern es geht um den Raubbau an den Einnahmen der öffentlichen Hand.

Der bayerische Finanzminister hat noch mehr solcher Ideen, um die Einnahmen des Staates zu schmälern. Allein die Vorschläge zur Einkommen- und Erbschaftsteuer würden den Freistaat Bayern jährlich eine Milliarde Euro kosten. Eine Milliarde Euro hätte Bayern jährlich weniger an Einnahmen, wenn man auf Ihre Steuervorschläge hören würde. Gegenfinanzierung? Fehlanzeige, "null Komma null" Vorschläge zur Gegenfinanzierung. Wenn alles umgesetzt würde, was ein Finanzminister Söder fordert, würde Bayern spätestens 2014 in die roten Zahlen rutschen. Zum Glück nimmt man in Berlin die CSU in Steuerfragen kein bisschen ernst. Bundespolitisch kommt die CSU in Steuerfragen nicht vor. Deshalb muss sie auch das Betreuungsgeld so wahnsinnig als ihren Erfolg verkaufen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Das sitzt tief!)

Herr Kollege Klein, wenn Sie so herzlich hinter vorgehaltener Hand lachen, dann muss ich auch lachen.

Bei Ihnen heißt es immer: Bayern ist Oase der Stabilität und Dynamik in Europa. Was für ein Quatsch! Stabilität ist das Gegenteil von Dynamik. Bayern ist also stabil und gleichzeitig das Gegenteil? Wie soll das funktionieren? Oasen können und sollten auch nicht dynamisch sein, sonst sind sie nämlich schnell ausgetrocknet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ja, und der Länderfinanzausgleich - fällt Ihnen nichts Neues ein? Es ist immer die gleiche alte Leier. Ja, der Länderfinanzausgleich ist bescheuert. Darin stimmen wir völlig überein. Wir alle hier fühlen uns als Bayern, als Bayerinnen, als Franken und Fränkinnen. Aber darum geht es nicht. Es geht um etwas ganz anderes. Bevor ich klage, verhandle ich, und bevor ich verhandle, brauche ich ein Konzept.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Mit diesem Konzept gehe ich zu meinen Verhandlungspartnern und -partnerinnen und verhandle, und das auf Augenhöhe. Das ist aber überhaupt nicht passiert. Sie haben noch nicht einmal ansatzweise mit den anderen Bundesländern verhandelt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Thomas Hacker (FDP): Zwei Jahre lang wurde verhandelt! Der Ministerpräsident verhandelt immer noch! - Unruhe bei der CSU)

Einmal mehr sage ich in diesem Hohen Haus: Unsere Aufgabe ist es, zu gestalten. Unsere Aufgabe ist es eben nicht, Gerichtsurteile auszuführen. Wir sind diejenigen, die gestalten sollten, nicht das Gericht.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU) - Gegenruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

Ganz abgesehen davon, Herr Kollege Pointner hat es gerade erwähnt: Sie kündigen diese Klage seit Jahren an, aber bisher ist sie noch nicht einmal eingereicht. Das ist also nichts anderes als Säbelrasseln.

Zurück zum Nachtragshaushalt. Nach drei Monaten müssen Sie den Haushalt wieder aufmachen, den Sie eigentlich für zwei Jahre geschnürt haben. In Bayern haben wir Doppelhaushalte. Die Begründung des Nachtragshaushaltes ist allerdings ein regelrechter Witz. Dort heißt es: "Die Bildungsfinanzierung in Bayern wird umstrukturiert. Wesentlicher Bestandteil ist der Wegfall der Studienbeitragserhebung aufgrund des Volksbegehrens ...". Das ist doch ein Witz! Aufgrund eines Volksbegehrens muss man nichts ändern. Das ist doch keine Grundlage. Außerdem hätten Sie besser auf die Opposition gehört, und das nicht erst beim letzten Doppelhaushalt, der eigentlich für zwei Jahre Gültigkeit haben sollte, dann hätten Sie diesen irregulären, verfrühten Nachtragshaushalt nämlich gar nicht erst gebraucht.

(Georg Schmid (CSU): Der Haushalt ist in Ordnung! - Thomas Hacker (FDP): Das heißt, Sie wollen den Studenten kein Geld geben!)

Den verfrühten Nachtragshaushalt hätte es nicht gebraucht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier noch eine kleine Anmerkung, denn ich nenne die Dinge immer gern beim Namen. Das ist kein Bildungsfinanzierungsgesetz, sondern das ist ein verfrühter Nachtragshaushalt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe mich gefragt, ob Sie mit dieser neuen Wortschöpfung eine Agentur beauftragt haben oder wer auf diesen kreativen Namen gekommen ist.

(Georg Schmid (CSU): Wir sind selbst so klug! Wir brauchen keine Agentur!)

Das hat auch ganz gut funktioniert, der Begriff ist landauf, landab übernommen worden. Es ist aber einfach ein Nachtragshaushalt, den wir hier beraten, nichts anderes.

(Zuruf von der CSU)

- Die Staatskanzlei ist ganz kreativ, das habe ich schon einmal gehört. Aber das ist ein irregulärer, viel zu früher und vor allem völlig unnötiger Nachtragshaushalt. Mit meiner Prophezeiung, dass der Nachtragshaushalt zu Ostern kommt, habe ich eine richtige Punktlandung hingelegt. In einem anderen Punkt habe ich mich allerdings geirrt. Ich war nämlich fest davon überzeugt, dass Sie auch noch etwas Geld in die Energiewende und in den Klimaschutz stecken würden. Da besteht nämlich auch von den Kommunen so viel Druck, dass es so nicht weitergeht. Wenn es aber so weitergeht, wie Sie das derzeit machen, dann fahren Sie die Energiewende an die Wand. Ich war mir deshalb sicher, dass Sie auch hierfür noch etwas Geld in die Hand nehmen und investieren werden. Aber: Fehlanzeige.

(Unruhe bei der CSU)

Genauso war es bei einem anderen großen Projekt, das gestartet werden muss, nämlich bei der Inklusion. Eigentlich steht aufgrund des internationalen Rechts ein Paradigmenwechsel an. Sie haben aber noch nicht einmal die Kürzungen bei der Behin-

dertenhilfe zurückgenommen. Das ist allerdings kein Wunder bei einer Sozialministerin, die Soziales so versteht, wie sie es tut. Aber dazu möchte ich gar nicht mehr sagen; denn dazu gibt es heute noch weitere Debatten in diesem Hause. Zu beiden Bereichen, also zur Energiewende und zur Inklusion, werden wir Anträge stellen. Es werden ähnliche Anträge sein wie die, die wir schon zum Stammhaushalt gestellt haben, der eigentlich zwei Jahre gelten sollte. Wir kennen nämlich den Kurs unserer Politik. Wir wissen auch, wie wir gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

Bei der Haushaltspolitik geht es eben gerade nicht darum, mit dem Füllhorn übers Land zu ziehen und einfach Wohltaten zu verteilen.

(Thomas Hacker (FDP): Deshalb tilgen wir Schulden!)

Sie machen doch nur den verzweifelten Versuch, alles zu tun, damit die CSU wieder die absolute Mehrheit in Bayern bekommt. Das alles tun Sie auf Kosten einer soliden Haushaltsführung.

(Unruhe bei der CSU und der FDP)

Genau deswegen werden wir zu diesem Nachtragshaushalt unsere Vorschläge einbringen. Wir werden die Anträge stellen, die wir immer stellen, um auch eine Gegenfinanzierung zu haben und um Umstrukturierungen vorzunehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

- Herr Kollege Schmid, darf ich jetzt reden? Sie können sich später gern zu Wort melden, wenn Sie dann noch Zeit haben.

(Georg Schmid (CSU): Das ist so ein Unsinn, das ist furchtbar, da kann ich nicht zuhören!)

- Ich würde gerne weiterreden. Vielleicht kann der Präsident auch einmal etwas sagen. Wir werden unsere Vorschläge wieder machen, wir werden unsere Anträge einbringen, die wieder nicht angenommen werden. Da, wo wir Geld einsparen, da, wo wir umstrukturieren, all das wird von Ihnen auch immer abgelehnt. Wir sagen, in der Haushaltspolitik müssen klare Prioritäten gesetzt werden. Wir werden deshalb wieder unsere Anträge im Bereich frühkindliche Bildung stellen. Denn hier zäumen Sie das Pferd wieder einmal von hinten auf: Sie reduzieren zwar die Beiträge. Erst muss aber doch ganz klar die Qualität geregelt werden. Wenn man schon eine Beitragsreduzierung oder eine Beitragsfreiheit will, dann doch nicht im letzten oder im vorletzten Jahr, sondern die muss für die Kinderkrippe sein. Die ist wirklich teuer. Da oder zumindest im ersten Kindergartenjahr brauchen die Eltern eine Entlastung. Sie haben also wieder das Pferd von hinten aufgezäumt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Kollegin, ich helfe Ihnen gerne. Ich glaube aber, Sie werden mit den Kollegen selber fertig.

Claudia Stamm (GRÜNE): Ich fände es angenehm, weil man sonst wirklich sehr laut werden muss. Ich nehme deshalb gerne die Hilfe eines Vizepräsidenten an.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Gut, wenn Sie meine Hilfe wollen, biete ich Ihnen die gerne an. Ich bitte also herzlich darum, dass Sie Frau Kollegin Stamm reden lassen. Bitte schön.

(Georg Schmid (CSU): Ich habe doch gar nichts gesagt!)

- Dann ist es ja gut. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Danke. Also, was Sie mit dem Nachtragshaushalt machen, das haben schon meine zwei Kollegen von der SPD und den FREIEN WÄHLERN aufgezeigt: Sie plündern die Rücklagen und gehen das große Problem der versteckten Verschuldung trotzdem nicht an. Dabei sind das dreistellige Milliardenbeträge in Bay-

ern. Natürlich ist es schöner und öffentlichkeitswirksamer und vor allem netter, sogenannte Schulden zu tilgen, als das schwierige Problem der verdeckten Verschuldung anzugehen. Das wäre aber echte Generationengerechtigkeit, wenn Sie da endlich einmal rangehen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit diesem Nachtragshaushalt aber wächst das Volumen des Haushalts so rasant, dass das gar nicht durchzuhalten ist. Mit dem Nachtragshaushalt steigt das Volumen gegenüber 2012 auf knapp drei Milliarden Euro. Gerade wurde vom Herrn Minister Söder das Sprichwort zitiert: Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen. Ich würde eher sagen: Was du vor der Wahl ausgeben kannst, das verschiebe nicht auf die Zeit danach. – So sollte das wohl heißen.

(Unruhe bei der CSU)

Ich habe mich schon gefragt, ob Sie Ihr Schauspiel mit dem "stimmt" und "stimmt nicht" wohl gerade in Ihrer Fraktionssitzung eingeübt haben, die Sie vor der Plenarsitzung hatten. Oder haben Sie das dort gemacht, wo es eigentlich hingehört, nämlich im Bierzelt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine nächste Prognose, und mit der liege ich sicher wieder genauso richtig,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

betrifft die Geschenke zu Ostern. Nach der Wahl wird es Grausamkeiten geben. Wenn Sie etwa vier Jahre Zeit haben, um sie wieder einzuholen und sie wieder wegzuräumen, dann werden die Grausamkeiten von Schwarz-Gelb kommen,

(Zurufe von CSU und FDP)

wenn Sie es überhaupt schaffen, wieder an die Regierung zu kommen. Ich glaube nämlich, in Bayern erkennen die Menschen langsam Ihre unsolide Haushaltsführung, wie Sie die Rücklagen plündern, und wie Sie einfach nur auf Kosten - -

(Beifall bei den GRÜNEN - Thomas Hacker (FDP): Schauen Sie doch auf Baden-Württemberg, wo neue Schulden aufgenommen werden, und zwar unter grüner Verantwortung!)

Ihre Ausgabenpolitik ohne Umstrukturierung und ohne Prioritätensetzung, diese unsolide Haushaltspolitik kann man von der Einnahmenseite her überhaupt nicht durchhalten. Eine Finanzierung ist nicht machbar, so wie Sie mit dem Geld um sich werfen. Fazit: Ihr hier vorgelegter Nachtragshaushalt, keine drei Monate, nachdem der Doppelhaushalt verabschiedet wurde, zeigt, wie Sie in Bayern Politik machen.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Sie sind getrieben von außen, getrieben von den Wahlterminen. Politik machen heißt aber gestalten, und Politik machen heißt auch gestalten wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Zum Schluss noch einmal ein herzliches Dankeschön dafür, dass Sie mit Ihrem hektischen Tun meinen Prognosen aus dem Dezember so genau entsprechen. In diesem Jahr gibt es üppige Ostergeschenke, dass ich mich fast fragen muss, ob sie vielleicht üppiger als die Weihnachtsgeschenke ausfallen. Es ist schon erstaunlich, was hier geschieht. Mit einem soliden Haushalt, mit dem Setzen von Prioritäten und mit Politikern, die den Anspruch haben, etwas zu gestalten, hat das alles allerdings nichts mehr zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Unruhe bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner ist Herr Kollege Klein, der sich schon auf den Weg macht. Dann gibt es eine kleine Änderung in der Reihenfolge. Herr Dr. Piazzolo ist dann der Nächste. Bitte schön, Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Koalition ist sich darin einig, dass die finanzpolitische Solidität des Freistaats oberste Priorität hat. Alle getroffenen Maßnahmen ordnen sich diesem Prinzip unter. Das ist das Leitprinzip dieser Koalition, und das ist auch das Leitprinzip, unter dem dieser Nachtragshaushalt auf den Weg gebracht wurde.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach allem, was ich gehört habe, möchte ich am Anfang eines ganz deutlich sagen: Als Freier Demokrat bin ich froh darüber, dass wir es in unserer Regierungszeit geschafft haben, die Tilgung der Altschulden des Freistaates Bayern auf den Weg zu bringen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da sind aber ziemlich viele neue Schulden dabei!)

Wir haben den Anstoß zu einer Schuldentilgung gegeben, die in Deutschland beispiellos ist. Richtig ist, dass wir mit diesem Nachtrag zusätzlich 480 Millionen Euro Schulden tilgen. Darüber hinaus haben wir einen Baustein zur Abfinanzierung bestehender Verpflichtungen in Höhe von 150 Millionen Euro auf den Weg gebracht.

Ich darf das zusammenfassen: 2012 wurde eine Milliarde Euro getilgt, 2013 werden wir noch eine Milliarde Euro tilgen, für 2014 ist geplant, 540 Millionen Euro zu tilgen; das macht in summa 2,54 Milliarden Euro Tilgung. Das sind über 11 % der Schulden. Das ist Spitze in Deutschland.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ein weiteres Merkmal dieses Nachtragshaushalts ist die komplette Kompensation der Studienbeiträge in Höhe von circa 219 Millionen Euro. Wir investieren 52 Millionen

Euro in die berufliche Bildung, in die frühkindliche Bildung geben wir 150 Millionen Euro und verlängern das Krippenausbauprogramm mit 274 Millionen Euro. Wir setzen damit ein klares Zeichen im Bildungsbereich. Das stand am Anfang dieser Koalition als Schwerpunkt im Koalitionsvertrag. Und damit werden wir den letzten Haushalt in dieser Legislaturperiode abschließen.

(Beifall bei der FDP)

Weil ich sehr viel dazu gelesen habe, möchte ich auf eine Tatsache hinweisen: Von den manchmal errechneten 1,5 Milliarden Euro Mehrausgaben - eigentlich sind es 1,4 Milliarden Euro, über die wir beim Doppelhaushalt reden - sind 630 Millionen Euro Tilgung und Abfinanzierung. Man kann doch an der Stelle nicht so tun, als ob wir einen Aufwuchs dauerhafter Ausgaben in Höhe von 1,5 Milliarden Euro produzierten. Das ist sachlich falsch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ganz im Gegenteil: Dieses Bildungsfinanzierungsgesetz ist solide durchfinanziert mit zusätzlichen Steuernahmen, mit Haushaltsverbesserungen aus 2012 und einer Rücklagenentnahme, die sich kein anderes Bundesland in dieser Größenordnung überhaupt leisten kann, liebe Kolleginnen und Kollegen. Hinzu kommt: Wir sparen im laufenden Haushalt weitere 200 Millionen Euro ein. In diesem Kompromiss sind 200 Millionen Euro an weiteren Einsparungen festgelegt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wo? Bitte sagen Sie, wo!)

Jeder, der die Solidität der Finanzpolitik in diesem Freistaat infrage stellt, möge mir ein Land in Deutschland oder der Welt nennen, das solider finanziert ist als dieser Freistaat unter Schwarz-Gelb.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich komme jetzt zum Thema Rücklagen. In den letzten Tagen hat dazu eine sehr breite Diskussion stattgefunden. Ich möchte festhalten: Am Ende dieses Doppelhaushaltes im Jahr 2014 wird die Rücklage – Finanzminister Söder hat von 1,3 Milliarden Euro gesprochen – vielleicht 1,5 Milliarden Euro sein. Die Rücklage besteht aus mindestens 1,3 Milliarden Euro. Der Bayerische Oberste Rechnungshof fordert, die Rücklage zur Sicherstellung einer Gegenfinanzierung in konjunkturell schwachen Zeiten zu verwenden. In dieser Legislaturperiode haben wir, CSU und FDP, die schlimmste Wirtschaftskrise aller Zeiten überbrückt. Bei einem Einbruch der Wirtschaftsleistung um über 3 % haben wir in zwei Haushaltsjahren aus der Rücklage 1,7 Milliarden Euro entnommen.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Damit haben wir diese Krise überbrückt.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt will mir jemand erklären, dass diese Rücklage nicht ausreiche, um konjunkturelle Schwächephasen auszugleichen.

(Beifall bei der FDP)

Wir erfüllen die Forderung des ORH. Es wird immer so dargestellt, als sei es schlecht, aus der Rücklage Schulden zu tilgen; denn, so die Begründung, man solle nur aus Steuermehreinnahmen tilgen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was ist denn die Rücklage? – Finanzminister Söder hat einmal darauf hingewiesen: Die Rücklage entsteht aus Steuermehreinnahmen vergangener Jahre. Dass wir im Jahr 2012 Steuermehreinnahmen in die Rücklage haben fließen lassen und 2013/14 zur Tilgung hernehmen, kann nicht kritisiert werden.

(Beifall bei der FDP)

Der Umkehrschluss wäre: Hätten wir 2012 getilgt, wäre es in Ordnung, aber weil wir es 2013 machen, ist es falsch. Diese Argumentation ist nicht belastbar und betriebswirtschaftlich übrigens völlig falsch.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme zur Ausgabenentwicklung; auch sie wird immer wieder angesprochen. Bis zum Jahr 2014 stecken in den Ausgaben 540 Millionen Euro zur Schuldentilgung. Wir haben zudem seit 2008 Ausweitungen bei den Ausgaben für den Länderfinanzausgleich in Höhe von 1,3 Milliarden Euro, und die Kommunen bekommen über eine Milliarde Euro mehr. Diese Posten treiben unsere Ausgaben hoch. Das muss man mitberücksichtigen, wenn man über dieses Thema reden will.

Wir investieren in die Bildung; auch das sind Ausgaben. Ich möchte eines festhalten: Wir finanzieren nur das, was wir uns leisten können. Deshalb gab es von 2008 bis 2013 mit dieser Staatsregierung keine Neuverschuldung,

(Beifall bei der FDP)

und auch 2014 wird es keine Neuverschuldung geben. Solider als wir kann man nicht arbeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich zitiere zur Rücklagenhöhe den Jahresbericht 2012 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs:

Nachdem die Haushaltssicherungsrücklage Ende 2010 schon 2,3 Mrd. Euro betrug, sollte sie

- aufpassen -

nicht weiter aufgestockt werden. Im Interesse einer nachhaltigen Finanzpolitik sollten primär Schulden getilgt werden.

Genau das tun wir, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Die Rücklage soll offensichtlich nicht höher als 2,3 Milliarden Euro sein. Ich zitiere jetzt den Jahresbericht 2013 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs:

Hierzu ist es allerdings erforderlich, dass während einer positiven Konjunkturphase Rücklagen in angemessener Höhe aufgebaut oder beibehalten werden.

Noch einmal: Wir haben 1,5 Milliarden Euro Rücklage. In der letzten Krise haben wir 1,7 Milliarden Euro entnommen.

In den Haushalten 2012 bis 2014 ist dies

- so der ORH -

nicht der Fall.

Ich stelle fest: Die Rücklage betrug zum 31.12.2012 drei Milliarden Euro. Laut ORH-Bericht waren 2,3 Milliarden Euro aber schon zuviel. Ich weiß nicht, woran wir uns halten sollen. Ich bin der Meinung, wir erfüllen die Prämisse, mit unserer Rücklage in konjunkturschwacher Zeit gegensteuern zu können. Die Ausstattung der Rücklage für diesen Doppelhaushalt ist auskömmlich.

Ich möchte auf einen weiteren Sachverhalt hinweisen, den wir in der Diskussion immer wieder hören: Wir tilgen jetzt 2,5 Milliarden Euro, und wir haben eine Rücklage in Höhe von circa 1,5 Milliarden Euro. Das macht in der Summe 4 Milliarden Euro. Genau mit dieser Summe an Rücklagen sind wir in diese Legislaturperiode gestartet. Sie können feststellen, dass sich die finanzpolitische Solidität des Freistaates Bayern in dieser Legislaturperiode überhaupt nicht verschlechtert hat.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Man muss einmal den Blick über den Tellerrand wagen. In dieser Diskussion wird eine Tatsache völlig ausgeblendet. Ich möchte den Präsidenten des Bayerischen Obersten

Rechnungshofs zitieren, der gestern gesagt hat -: "Wenn ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen in anderen Bundesländern spreche, wären viele froh, wenn sie einen so gut geführten Staatshaushalt hätten wie in Bayern."

(Georg Schmid (CSU): Wo er recht hat, hat er recht! - Peter Winter (CSU): Damit hat er recht!)

Wenn ich mir dazu noch den Rücklagenstand der Bundesländer anschau - aufpassen: Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, die übrigens in summa über 10 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen, wir machen keine -, dann stelle ich fest, dass diese Länder zusammen Ende 2014 über einen Rücklagenstand von maximal 1,7 Milliarden Euro verfügen werden. Wir haben allein in Bayern schon um die 1,5 Milliarden Euro. Wenn da noch einer fragt, ob wir in Bayern solide haushalten und solide finanziert sind, weiß ich nicht, in welcher Welt er lebt.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich möchte folgende Schlussfolgerung ziehen, lieber Kollege Halbleib: Mahnen: ja; auf Risiken aufmerksam machen: auch ja. Wir müssen uns aber über eines im Klaren sein: Sowohl Ihre Kritik als auch die in einigen Punkten mit Sicherheit nicht unberechtigte Kritik des Obersten Rechnungshofs zielt auf den mit Abstand Klassenbesten in dieser Republik. Man muss die Maßzahlen einer soliden Haushaltspolitik und Finanzierung einordnen. Dem nach Einwohnern größten deutschen Bundesland, Nordrhein-Westfalen, hat der dortige Verfassungsgerichtshof zum wiederholten Mal einen verfassungswidrigen Haushalt bescheinigt. Das müssen die Bürgerinnen und Bürger in Bayern einordnen, wenn über solide Haushaltspolitik und Alternativen in Bayern gesprochen wird.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wie sehen denn die Rahmendaten aus? – Die Investitionsquote in Bayern lag 2008 bei 12 %. Sie wird im Jahr 2013 bei 12,2 % liegen. Das sind 2 % über dem Durch-

schnitt der westlichen Bundesländer. Das ist doch ein starkes Zeichen dafür, was wir mit unseren Ausgaben tun. Ich verfolge die Diskussion, dass die Personalausgaben angeblich explodieren. Ich möchte aber an dieser Stelle festhalten: Die Personalquote 2008 lag bei 41,4 % und wird nach den jetzigen Beschlüssen 2013 bei 41,6 % des Haushalts liegen. Das heißt im Umkehrschluss: Der Anteil der Personalausgaben hat sich überhaupt nicht erhöht. Wer hier von explodierenden Personalausgaben spricht, muss die Zahlen in ein Verhältnis setzen und wird dann feststellen, dass sich die Lage nicht verschlechtert hat. Das heißt im Umkehrschluss nicht – darauf weise ich hier ausdrücklich hin –, dass die Personalausgaben, vor allem die Versorgungsausgaben, in Zukunft nicht eine Baustelle unserer in die Verlängerung gehenden Koalitionsregierung sein werden. Das ist keine Frage. Aber die Dramatisierung, die hier einige probieren, um daraus politisches Kapital zu schlagen, wird von den Zahlen nicht bestätigt.

Der Finanzierungssaldo wurde angesprochen. Da zeigt sich noch einmal, wie dramatisch die Sichtweise einiger in einem Ein-Perioden-System ist. Sie schauen sich immer nur ein Jahr an. Das ist eine kameralistische Sichtweise. Der Finanzierungssaldo dieser Regierungskoalition aus CSU und FDP – ohne Landesbank – ist positiv. Auch mit diesem Nachtragshaushalt ist der Koalition ein positiver Finanzierungssaldo in dieser Legislaturperiode gelungen.

Ich halte fest: Von unsolider Haushaltspolitik kann in Bayern keine Rede sein; eine solche ist auch nicht in Sicht. Wir sind Klassenbester nicht nur in der Haushaltspolitik, sondern auch wenn es um die Symmetrie der Bildungsfinanzierung geht. Dem Wegfall der Studienbeiträge auf der einen Seite stellen wir gegenüber: Einführung des Meisterbonus mit 1.000 Euro, Schulgeld für Altenpfleger und Kinderpfleger, finanzielle Schwerpunkte im frühkindlichen Bereich, unter anderem den Einstieg in das zweite, kostenfreie Kindergartenjahr. Diese Koalitionsregierung sorgt dafür, dass die Hälfte der Kindergartenleistungen kostenfrei sein wird. Das zeigt, dass wir im Bereich der Bildungsfinanzierung absolut auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei der FDP)

Uns war es wichtig, dass die Studienbeiträge in dem Nachtragshaushalt bzw. in dem Bildungsfinanzierungsgesetz voll kompensiert werden. Wir führen die Kompensation mit einem ausgeglichenen Haushalt durch; es gibt keine Neuverschuldung.

Aber schauen wir da auch einmal in andere Bundesländer. Der Ausgleich der Studienbeiträge in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg erfolgt mit einer Neuverschuldung. Das ist ja eine "prima" Leistung im Sinne der Generationengerechtigkeit. – Niedersachsen macht es besser: Da kürzt man nämlich im Sozialbereich um 20 Millionen Euro, im Wissenschaftsbereich um 16 Millionen Euro, im Bildungsbereich um fast 6 Millionen Euro. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich halte noch einmal fest: Wir machen keine neue Schulden wie Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, und wir investieren mehr als zuvor im frühkindlichen und im beruflichen Bereich sowie in der Hochschulbildung. Deshalb sind wir die klare Gegenposition und das Alternativkonzept zu Rot-Grün in allen anderen Bundesländern.

(Beifall bei der FDP)

Mir drängt sich der Eindruck auf, dass die Opposition das Haar in der Suppe sucht und der Meinung ist, dass das ein Bär sei. Das Gegenteil ist der Fall. Es gibt kein Haar in der Suppe des Bildungsfinanzierungsgesetzes. Deshalb ist es erfreulich, dass wir so stark in die Qualität gehen: 1.000 Euro Meisterbonus ab 1. September 2013, Schulgeldausgleich für private Berufsfachschulen der Altenpflege, der Sozialpädagogik und für Kinderpfleger. Wir investieren in den Übergang – das ist uns sehr wichtig – zwischen Kindergarten und Grundschule, um deren Verzahnung und die Sprachförderung aller Kinder zu verbessern. Es handelt sich dabei um ungefähr 10.000 Vorschulkinder.

Wir setzen ein klares Signal – das war der FDP-Fraktion besonders wichtig – für die Qualität der frühkindlichen Bildungseinrichtungen. Zudem werden wir – darauf habe ich schon hingewiesen – die Kindergartenleistungen zur Hälfte beitragsfrei stellen.

An dieser Stelle halte ich noch einmal fest: Dieser Nachtragshaushalt ist ein beispielloses Signal der Solidität und der soliden Haushaltsfinanzierung nach Deutschland und

Europa. Er enthält eine beispiellose Tilgung von über 11 % der Schulden, die wir übernommen haben. So etwas wird man nirgendwo finden. Wir verbessern die Qualität im frühkindlichen Bereich, in der beruflichen Bildung, und wir machen eine Vollkompensation der Studienbeiträge. Das alles ohne neue Schulden!

Sie mögen ein Haar suchen. Aber es gibt kein Haar. Das werden wir den Bürgerinnen und Bürgern draußen klarmachen.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme zum Schluss noch auf einen Punkt zu sprechen, der in den letzten Tagen immer wieder genannt wurde. Ich finde es unverantwortlich, wenn dazu von hier aus unzutreffende Behauptungen aufgestellt werden. Ich meine den Verkauf der GBW-Anteile durch die Bayerische Landesbank. Diesen Verkauf hat die FDP-Fraktion nicht zu verantworten. Der Verkauf der GBW-Anteile ist durch die EU-Kommission in einem Beihilfeverfahren festgelegt worden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist widerlegt!)

- Das ist völlig falsch, Herr Halbleib. Das steht in den Akten. Schauen Sie dort nach. Dort ist festgehalten, dass es ein diskriminierungsfreies Ausschreibungsverfahren geben wird.

(Widerspruch des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Nein, das können Sie nicht widerlegen. Ich habe den Text hier vorliegen. Es steht in diesem Text wortwörtlich so drin. Selbst wenn es zu einem Verkauf an den Meistbietenden kommt, wird der Erlös in der Landesbank nicht frei werden und nicht automatisch in den bayerischen Staatshaushalt überführt werden, weil das aufgrund bilanztechnischer Vorgänge gar nicht möglich ist. Deshalb finde ich es unsäglich, dass Sie den Leuten draußen erzählen, die Mieterinnen und Mieter der GBW müssten jetzt unsere Schulden tilgen. Das ist unredlich und sachlich falsch.

Der Hauptgrund für den Verkauf der GBW ist nicht die Rückführung der Staatsmittel, sondern die Schrumpfung der Landesbank von 400 Milliarden Euro auf 200 Milliarden Euro Bilanzsumme. Das ist die Wahrheit. Deswegen finde ich es unredlich, wenn Sie den Bürgerinnen und Bürgern etwas anderes sagen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der Kollege Halbleib wird jetzt eine Zwischenbemerkung machen.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich will jetzt nichts zu den Haaren in der Suppe sagen. Sie haben sich bei diesem Bildungsfinanzierungsgesetz und der vorausgegangenen Debatte zwischen den Koalitionären so sehr die Haare gerauft, dass nun mehr als ein Haar in der Suppe ist, dies schon durch die Besonderheit des Vorgangs. Weiter will ich das nicht aufgreifen.

Aber eines muss gesagt werden. Ich verstehe, dass Sie sich als FDP nicht in eine politische Mithaftung für die Landesbank bringen wollen. Aber Sie sollten schon zur Kenntnis nehmen, dass der meistbietende Verkauf der GBW ein Problem für die Mieterinnen und Mieter darstellt. Das haben wir hier schon diskutiert. Dazu haben wir die klare Position eingenommen, dass es eine Lösung auch dergestalt gegeben hätte, bei der die GBW nach wie vor im Eigentum des Freistaats Bayern bleibt. Dabei hätte den Mieterinnen und Mietern eine Sorge erspart werden können.

Man darf nicht den Eindruck erwecken, als habe das eine mit dem anderen nichts zu tun. Der Betrag, der jetzt als Erlös zu erwarten ist, der über dem Buchwert liegt, wird natürlich genutzt, um die Rückflüsse an den Freistaat Bayern zu finanzieren. Deswegen ist der Zusammenhang hier völlig klar. Das ist nicht demagogisch, sondern das Ergebnis liegt auf der Hand.

Zum Thema Schuldentilgung lässt sich vieles sagen. Ich habe in meiner Rede der Staatsregierung nicht vorgeworfen, dass etwas aus der Rücklage genommen wird. Es

handelt sich ja um einen technischen Vorgang. Aber ich werfe Ihnen vor, dass Sie kein Wort dazu gesagt haben, dass die Finanzierung der Schuldentilgung durch eine Zerschlagung des bewährten Versorgungssystems geschieht. Bis 2017 werden Sie 3,3 Milliarden Euro aus dem System herausnehmen. Wer es ökonomisch betrachtet, weiß natürlich, dass Sie dadurch zwar den Staatshaushalt entschulden, aber die Versorgungssysteme mit Schulden belasten. Das ist, ökonomisch betrachtet, ein Umschichten von der linken in die rechte Tasche. Das sollten Sie ehrlicherweise zugeben.

Herr Kollege Klein, eine Antwort habe ich bei Ihnen vermisst. Zusammen mit dem jetzt eingebrachten Bildungsfinanzierungsgesetz müssen Sie insgesamt 764 Millionen Euro in dem Doppelhaushalt einsparen. Sie haben gesagt, über die Sperren hinaus wollen Sie 200 Millionen Euro einsparen. Ich bitte Sie, hier im Landtag zu sagen, wo Sie dieses Geld einsparen und welche Maßnahmen im Freistaat Bayern, welche Institutionen und welche Bevölkerungsteile hiervon negativ betroffen sein werden. Dies zu sagen, gehört mit zur haushaltspolitischen Ehrlichkeit. Jedoch habe ich dazu von Ihnen kein einziges Wort gehört.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte, Herr Klein, zur Beantwortung.

Karsten Klein (FDP): Ich sage kurz etwas zur GBW. Ich habe überhaupt nicht bestritten, dass als Resultat des Verkaufs der Anteile ein Problem für die Mieter entstehen könnte. Ein solches Problem kann man nicht zu 100 % ausschließen. Ich halte das Problem zwar für unwahrscheinlich, aber die Problematik und die Ängste der Mieter nehmen wir ernst. Deshalb warne ich in der Diskussion davor, den Leuten falsche Tatsachen zu nennen. Noch einmal: Im Beschluss der EU-Kommission zum Beihilfeverfahren steht, dass die Landesbank die Anteile an der GBW verkaufen muss. Sie muss diese Anteile diskriminierungsfrei in ein Verfahren geben, in dem der Meistbietende den Zuschlag erhält. In diesem Beschluss steht auch, dass eine Teilnahme des Freistaats Bayern an dem Bieterverfahren ein weiteres Beihilfeverfahren nach sich ziehen kann. Diese Drohungen würden nicht in dem Beschluss stehen, wenn es keinen wich-

tigen Anhaltspunkt dafür gäbe; denn dann könnte man sich diese Äußerungen sparen. Deshalb muss man es auch den Bürgerinnen und Bürgern so sagen.

Die Rückflüsse aus der GBW, also die Erträge aus dem Verkauf der Anteile, gehen in die Landesbank. Dort muss erst einmal gesehen werden, was finanziell möglich ist, was für den Rückzahlungsplan berücksichtigt werden kann.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was über dem Buchwert liegt! - Inge Aures (SPD): Den haben Sie die ganzen Jahre hinweg heruntergefahren!)

Ausgangspunkt des Verkaufs der Anteile ist nicht der Rückzahlungsplan, sondern das Schrumpfen der Bank. Sie erzählen den Leuten draußen – so der Originalton –, wir wollten die Anteile verkaufen und die Mieter müssten für diese Zahlungen herhalten. Das ist einfach falsch.

(Inge Aures (SPD): Sie müssen es tun, weil Sie gar nicht in der Lage sind, die Bank in der Gewinnzone zu halten!)

Jetzt noch zum Versorgungssystem. Ich habe nicht mehr so viel Zeit. Sie wissen, dass wir das Konzept geändert haben. Wir haben nichts geplündert. Das war uns wichtig. Beide Systeme wurden zusammengeführt. Das Geld wurde drin gelassen. 100 Millionen werden jedes Jahr eingespart. Das ist weniger, als zuvor eingeplant.

(Volkmar Halbleib (SPD): 3,3 Milliarden weniger!)

Wir haben festgelegt, dass diese eine Milliarde, die am Ende der Schuldentilgung zur Verfügung steht, weil sie nicht mehr für Zinszahlungen benötigt wird, in die Versorgungsausgaben gegeben wird. Die 200 Millionen Euro – das haben wir schon mehrfach gesagt – werden im Haushaltsvollzug eingespart. Das ist zwischen den Koalitionspartnern festgelegt. Das werden wir im Haushaltsvollzug einsparen.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Dann sagen Sie es doch der Öffentlichkeit!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. Es geht weiter in der Aussprache. Nächster Redner ist Herr Kollege Professor Dr. Piazolo. Ihm folgt dann Herr Kollege Unterländer. Bitte schön, Herr Dr. Piazolo.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein paar Worte zum Hochschulteil, zur Kompensation der Studiengebühren. Die Kompensation konnten wir ins Volksbegehren zwar nicht hineinschreiben, wir haben sie aber selbstverständlich immer wieder gefordert. Wir haben auch ein eigenes Kompensationsgesetz vorgelegt, das aus meiner Sicht besser ist als das, was jetzt von der Regierung kommt. Gestatten Sie mir nur drei Bemerkungen. Der Staatsminister hat leider vor fünf Minuten das Haus verlassen, aber ich glaube, es wird ihm mitgeteilt.

Welches sind die Problempunkte? Das erste Problem ist, dass das jetzt vorliegende Bildungsfinanzierungsgesetz nicht nachhaltig ist. Es heißt dort nur, dass jährlich die gleiche Summe von 189 Millionen ausgegeben wird. So steht es im Entwurf. Diese Summe ist nicht steigerungsfähig. Es gibt keine automatische Steigerung. Diese ist in unserem Gesetz enthalten, deshalb ist es auch besser.

Das zweite Problem ist die Höhe der Kompensation. 189 Millionen werden nicht reichen. Deshalb haben wir einen Änderungsantrag gestellt. Nach unseren Berechnungen wären 11 Millionen mehr notwendig als diese 189 Millionen, um die Studienbeiträge voll zu kompensieren.

Der dritte Kritikpunkt ist die Zweckbindung des Gesetzes. Der Zweck des Gesetzes ist die Verbesserung der Studienbedingungen. Früher hieß es Verbesserung der Lehre. So steht es auch in unserem Gesetzentwurf. Wir wollen eine Qualitätsoffensive Lehre haben, und nicht nur die allgemeinen Studienbedingungen verbessern. Dann könnten Sie auch wieder Tischtennisplatten oder Tiefgaragenplätze finanzieren. Nein, wir wollen die Verbesserung der Lehre. Auch da ist unser Gesetzentwurf besser.

Gewünscht hätte ich mir auch, dass man nicht diejenigen Universitäten belohnt, die höhere Studiengebühren verlangt haben, indem man ihnen das Geld entsprechend zurückgibt. Wir wollen, dass man sich wirklich darüber Gedanken macht, wie man diese 189 Millionen gerecht an die Hochschulen verteilt. Das Geld einfach so zu verteilen, wie es bisher eingenommen wurde, halte ich für ungerecht. Sie trauen sich aber nicht, sich darüber Gedanken zu machen.

Die Quintessenz: Das Gesetz, das wir eingereicht haben, gibt wesentlich mehr Antworten. Es ist aus meiner Sicht besser. Darüber werden wir im Ausschuss sicher noch reden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Sie haben gerade ein Zeichen gemacht, möchten Sie noch eine Zwischenfrage stellen?

(Karsten Klein (FDP): Nein, eine Zwischenbemerkung, weil er jetzt schon fertig war!)

Dann bitte schön.

Karsten Klein (FDP): Herr Kollege, ich wollte nur etwas richtigstellen, damit wir nicht in die falsche Richtung diskutieren. Unser Ziel ist es, die Kompensation der Studienbeiträge zu dynamisieren. Wir schreiben für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 noch keine Beträge fest; denn die Kompensation soll sich an der Zahl der Studierenden orientieren und direkt an die Hochschulen gehen, damit es dort zu einem kompletten Ersatz kommt. Wir sollten uns an der Stelle nicht missverstehen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank. Bitte schön, Herr Dr. Piazolo.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): So steht es aber nicht im Gesetz. Diese Dynamisierung hat man, wenn man die Kompensation an der Zahl der Studierenden festmacht, wie es in unserem Gesetzentwurf steht. Wir haben 310 Euro pro Kopf vor-

geschlagen. Das bedeutet, wenn mehr Studierende kommen, gibt es automatisch mehr Geld. Sie müssten dagegen noch einmal entscheiden. Das ist in dem Moment ein Problem, wenn die Einnahmen im Haushalt schmaler werden. Dann wird es auch einen Kampf um das Geld geben. Wenn Sie jetzt eine ganz bestimmte Zahl, die Sie pro Studierenden zahlen, ins Gesetz hineinschreiben, wird die Kompensation automatisch dynamisiert. So brauchen Sie noch einmal eine zusätzliche Entscheidung.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Herr Piazolo. Das waren die Zwischenbemerkung und die Antwort dazu. Jetzt kommt Herr Kollege Unterländer. Der Nächste ist dann Herr Felbinger.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Konzeption, die Hochschulbildung und die frühkindliche Bildung zu verbessern, die Qualität auszubauen und schulische Akzente zu setzen - -

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Piazolo, gehen Sie bitte wieder auf Ihren Platz.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Das ist aber ein Platz der FREIEN WÄHLER!)

Uns den Rücken zuzudrehen, ist aber nicht so schön.

Joachim Unterländer (CSU): Das Konzept, das die drei wesentlichen Bildungsbereiche umfasst, sucht seinesgleichen. Dieses Konzept ist umfassend und stellt nicht nur eine Kompensation der ausfallenden Studienbeiträge dar. Dieses Konzept ist ein Fortschritt in der Bildungsqualität. Das gilt insbesondere für die frühkindliche Bildung.

Gestatten Sie mir, zwei Bereiche anzusprechen, die in der Diskussion schon eine Rolle gespielt haben, die aber von den Oppositionsfraktionen aus meiner Sicht falsch oder überhaupt nicht dargestellt worden sind. Erstens. Die Verlängerung des Sonderinvestitionsprogramms Krippenausbau bis zum 31. Dezember 2014, mit der für die Kommunen die Möglichkeit, den Krippenausbau voranzubringen, verlängert wird,

sucht ihresgleichen im gesamten Bundesgebiet. Wir kommen damit den Wünschen der Kommunen, vor allem aber den Wünschen der Eltern mit Nachdruck nach.

Der zweite Punkt sind die Abfinanzierungsmaßnahmen. Die Behindertenhilfe ist bei den Abfinanzierungsmaßnahmen selbstverständlich berücksichtigt. 10 Millionen werden im Rahmen dieses Gesamtkonzepts zusätzlich zur Stärkung des Bayerischen Landesplans für Behinderte zur Verfügung gestellt. Dies bedeutet, dass mit den zusätzlichen Mitteln mehr Mittel zur Verfügung stehen als im vergangenen Haushaltsjahr. Es gibt keine Kürzungen, sondern de facto einen Ausbau des Bayerischen Landesplans für Behinderte. Das ist ein positives Zeichen, das man an dieser Stelle eindeutig erwähnen muss.

(Beifall bei der CSU)

Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zur Verbesserung der Qualität in der frühkindlichen Bildung. Wir wissen, dass der quantitative Ausbau der Betreuungsplätze für die frühkindliche Bildung und Betreuung eine vorrangige sozial-, gesellschafts- und bildungspolitische Aufgabe ist. Diesen quantitativen Ausbaumaßnahmen müssen aber qualitative Verbesserungen immer sofort folgen. Frau Kollegin Stamm, Sie haben hier von Ostergeschenken gesprochen, obwohl es um Qualitätsverbesserungen geht, die von Ihrer Fraktion immer wieder gefordert worden sind. Das möchte ich als scheinheilig bezeichnen. Diese Argumentation ist überhaupt nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Unterländer, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Joachim Unterländer (CSU): Aber selbstverständlich.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Frau Kollegin Ackermann.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Kollege Unterländer, ich begrüße ausdrücklich, dass Sie die Qualitätsverbesserung in den Kindertagesstätten in den Vordergrund rücken. Glauben Sie aber nicht, dass der Qualität mehr gedient wäre, wenn statt einer Beitragssenkung mehr Erzieherinnen eingestellt und die Gruppen verkleinert werden könnten? Das ist keine Beitragsfreistellung, sondern eine Beitragsabsenkung. Damit ist niemandem gedient, der Qualität schon gleich gar nicht.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Herr Unterländer.

Joachim Unterländer (CSU): Liebe Frau Kollegin Ackermann, gleich werde ich auf die Maßnahmen zu sprechen kommen, die in der Konsequenz einen Personalzuwachs bedeuten. Die bewährten Vorkurse für Kinder ohne Migrationshintergrund, die ein Sprachdefizit aufweisen, werden ausgebaut. Außerdem kommt die Inhouse-Fortbildung, eine Fortentwicklung des Sprachberaterprogramms, in deren Rahmen 200 zusätzliche Lernbegleiter in den Einrichtungen für die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans sorgen. Das ist ein großer Fortschritt.

(Beifall bei der CSU)

Mit der Veränderung des sogenannten Buchungszeitfaktors für Kinder unter drei Jahren werden überall dort Verbesserungen entstehen, wo sich Kinder unter drei Jahren befinden.

(Barbara Stamm (CSU): So ist es!)

Das bedeutet, dass mehr Zeit vorhanden ist. Das ist das, was wir alle miteinander wollen: Qualität im frühkindlichen Bereich durch mehr Personal.

(Beifall bei der CSU)

Darüber hinaus haben wir einen kleinen, aber feinen Ansatz für die Verbesserung in der Tagespflege erarbeitet. Darauf hat die Behindertenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Frau Badura, immer Wert gelegt. Die Finanzierung der Integrations-

einrichtungen soll gleichgestellt werden. Die Tagespflege soll mit den Kindertageseinrichtungen gleichgestellt werden. Das ist eine qualitative Verbesserung. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Inklusion in der Tagespflege nicht in gleicher Weise wie in den Kindertageseinrichtungen gefördert und unterstützt werden sollte. Das ist ein Fortschritt im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Schließlich werden die Sprachförderung und lange Öffnungszeiten in den Kindertageseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren sowie die Inklusion unterstützt. Damit können sich die Einrichtungen stärker dem Elternwillen öffnen. Meine Damen und Herren, das ist ein Weg, den wir gemeinsam mit den Einrichtungen, mit den Erzieherinnen und mit den Trägern gehen wollen. Vor allen Dingen ist es ein starkes Signal seitens der Bayerischen Staatsregierung und der Regierungskoalition, Hochschulbildung, Schulbildung, frühkindliche Bildung und Betreuung in ihrer Wertigkeit gleichzusetzen. Das sind wir unseren Kindern schuldig. Dazu dient dieses Bildungsfinanzierungsgesetz.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner ist Herr Felbinger. Ihm folgt Herr Kollege Winter. Bitte schön, Herr Felbinger.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass ich als Bildungspolitiker zum Bildungsfinanzierungsgesetz zu Wort komme, und stelle fest, dass man sich in diesem Hohen Hause endlich auf die Bildung – so könnte man es sagen – fokussiert. Vorhin hat Herr Klein argumentiert, dass dieses Bildungsfinanzierungsgesetz unbedingt notwendig sei, um die Qualität zu heben. Dazu muss ich sagen: Vor Wochen standen Sie noch hier und haben gegen all das argumentiert. Herr Klein, das ist doch zum Haareraufen, was Sie hier machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Das ist der letzte Strohalm der FDP, um sich zu retten. Den Kollegen im Haushaltsausschuss, im Bildungsausschuss und im sozialpolitischen Ausschuss sind viele Argumente entgegengebracht worden. Unsere Anträge zur Ganztagschule, zur frühkindlichen Bildung, zur Privatschulfinanzierung, zum Sportstättenbau und zur beruflichen Bildung sind von Ihnen nicht umgesetzt worden. Vor diesem Hintergrund ist erstaunlich, welcher Meinungswandel durch Volksstimme entstehen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Herr Klein, Sie haben gesagt, dieses Bildungsfinanzierungsgesetz sei ein Signal. Ich sage: Das ist ein Alarmsignal für Sie. Ich komme zum Fazit: Entweder haben CSU und FDP ein Erkenntnisproblem oder pure Angst.

(Brigitte Meyer (FDP): Weder das eine noch das andere!)

Ich sage: Es ist Letzteres. Dieses Bildungsfinanzierungsgesetz ist nichts anderes als die Erkenntnis und das Eingeständnis, dass seit Jahren erhebliche Mängel in der Finanzierung der frühkindlichen Bildung, der beruflichen Bildung, der Privatschulfinanzierung und der Sportförderung bestehen. Wir FREIEN WÄHLER lagen und liegen mit unserer Forderung nach einer Verbesserung der Rahmenbedingungen immer genau richtig.

Herr Finanzminister Söder, Sie haben gesagt, Bayern liege die berufliche Bildung am Herzen. Dazu muss ich sagen: Das ist eine späte Erkenntnis der CSU. Die berufliche Bildung haben Sie in der Vergangenheit eher als fünftes Rad am Wagen behandelt. Ich bin mir sicher, das Bildungsfinanzierungsgesetz kann nur ein erster Schritt in der beruflichen Aus- und Weiterbildung sein. Ich bin davon überzeugt, dass wir uns künftig in weitaus höherem Maße dem Thema berufliche Bildung widmen müssen.

Ich richte gleichzeitig einen Hinweis und einen Appell an Sie: Wenn Sie schon den Meisterbonus von uns abschreiben, dann richtig.

(Lachen der Abgeordneten Brigitte Meyer (FDP))

Im vorliegenden Bildungsfinanzierungsgesetz ist ein sogenannter Meisterbonus von 1.000 Euro pro Absolvent vorgesehen. Das entspricht dem, was wir bereits im November 2012 als Weiterbildungsprämie vorgeschlagen haben. Es gab einen ganz wesentlichen Unterschied: Wir wollen die angehenden Meister, Techniker und Fachwirte dann unterstützen, wenn sie das Geld brauchen, nämlich während der Ausbildung. Ihr Meisterbonus soll erst nach Abschluss der Prüfung voll ausgezahlt werden, wenn der Meister im Berufsleben steht. Meine Damen und Herren, das nützt dem Meisterschüler nichts mehr; denn er verdient dann sein eigenes Geld. Deswegen fordere ich Sie auf: Bessern Sie besser gleich nach. Produzieren Sie keine Förderung mit Geburtsfehler. Ansonsten besteht wie im Jahr 2003 die Gefahr, dass der Bayerische Oberste Rechnungshof Ihren Meisterbonus - damals war es der Meisterpreis der Staatsregierung - erneut kassiert.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir FREIE WÄHLER halten Ihnen zugute, dass in Ihrem Bildungsfinanzierungsgesetz der Schulgeldersatz für Altenpflegeschulen, Kinderpflegeschulen und Fachakademien für Sozialpädagogik enthalten ist. Das sind ebenfalls langjährige Forderungen der FREIEN WÄHLER. Wir nehmen zur Kenntnis: Die CSU und die FDP sind durchaus lernfähig. Ich will jedoch deutlich sagen: Dieses Nachbessern erfolgt erst auf Druck der Opposition.

(Lachen bei der CSU)

Das ist einem Volksbegehren, das die FREIEN WÄHLER initiiert haben, geschuldet. So ist es doch. Trotzdem vielen Dank, weil unsere Initiative zum Erfolg geführt hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner ist Herr Winter. Bitte schön, Herr Kollege Winter.

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Verfolgung dieser Debatte ist hoch interessant, weil eigentlich alle das Gleiche wollen, jetzt aber große Bedenken vortragen. Wir wollen 900 Millionen Euro, knapp eine Milliarde Euro, zusätzlich ausgeben. Wir haben im Dezember 2012 einen guten Haushalt beschlossen. Es spricht nichts dagegen, noch besser zu werden. Es ist eine Erfahrung im Leben, dass positive Dinge meistens gerne angenommen werden. Der Kollege Halbleib hat bewiesen, dass er sie nicht annehmen möchte.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Er hat heute über die Landesbank gesprochen und damit deutlich gemacht, dass ihm die Kinder, die Studenten, die Seniorenpflege und das Handwerk nicht lieb und teuer sind. Das hat er thematisch weitgehend ausgeblendet. Wer seine Rede gehört hat, kann das bestätigen. Die Landesbank war der rote Faden seiner Rede.

Was machen wir tatsächlich mit den 900 Millionen? Und nun zu den Fragen, Herr Kollege Halbleib: Wer ist dagegen, dass wir eine weitere halbe Milliarde oder eine Milliarde Schulden tilgen? Niemand. Wer ist dagegen, dass wir 150 Millionen Euro zusätzlich in die Hand nehmen, um die Verpflichtungen gegenüber unseren Vereinen und privaten Schulen so abfinanzieren, dass wir überschaubare Wartezeiten zwischen zwei und fünf Jahren erzielen? Niemand! Alle sind dafür.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Wer wollte die Abschaffung der Studienbeiträge nicht? Wir hatten bisher noch als einziges Land die Studienbeiträge, obwohl wir den höchsten Länderfinanzausgleichsbeitrag leisten. Alle anderen Länder, die eigentlich verpflichtet wären, Beiträge zu erheben, weil sie finanziell schwach sind, haben die Beiträge abgeschafft. Da kann es doch nur logisch sein, dass das Land, das am meisten einbezahlt, von seinen Jugendlichen und Bürgern kein Studiengeld verlangt. Alle wollen den Ersatz, und dafür stehen nun die 216 Millionen Euro. Wenn wir all die Kosten zusammenzählen, wird klar, wofür wir diese knappe Milliarde ausgeben.

Und nun kommt noch etwas Zusätzliches, worüber man sicher diskutieren kann. Ich habe aber bisher noch niemanden gehört, der dagegen wäre, mehr für die frühkindliche Bildung, für die Sprachförderung oder auch für das Handwerk zu tun. Diesen 202 Millionen Euro, die wir in diese Bereiche neu hineinstecken, steht die Aussage entgegen, dass wir im Vollzug des Doppelhaushaltes, der 96 Milliarden Euro umfasst, 200 Millionen Euro einsparen wollen. Damit wird Folgendes deutlich: Die 500 Millionen wollen alle, die schnellere Abfinanzierung wollen alle, die Abschaffung der Studienbeiträge wollen ebenfalls alle. Darüber hinaus geben wir zusätzliche 202 Millionen Euro für Kinder, Handwerk, Altenpflege. Im Gegenzug dazu gibt es die schon zitierte Einsparung im Haushaltsvollzug. Das ist bei 96 Milliarden Euro vertretbar, und es ist eine ganz solide Geschichte.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Winter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Georg Winter (CSU): Ich würde gerne zu Ende reden.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte sehr.

Georg Winter (CSU): Ich komme nun zum Stichwort "Rücklage plündern". Anfang 2009 hatten wir eine hohe Rücklage und eine Wirtschaftslage mit minus 5 %, also ein Minuswachstum oder eine Rezession. Niemand von Ihnen hatte etwas dagegen, dass wir in den Jahren 2009/2010 aus der Rücklage 1,7 Milliarden Euro entnommen haben, um die Konjunktur anzuschieben, die Investitionen zu fördern und das Konjunkturpaket II zu finanzieren. Das hat gewirkt; wir sind ganz schnell aus der Talsohle herausgekommen. Dazu haben wir aus der Rücklage Geld entnommen. Wie finanzieren wir die Tilgung in den Jahren 2012/2013? Zu Beginn hatten wir eine Rücklage von 3,65 Milliarden Euro. Ich sage Ihnen: Ende 2013 – das ist meine Rechnung; das konnten Sie noch nicht lesen – werden wir 3 Milliarden Euro Rücklage haben, trotz der Tilgung in Höhe von 2 Milliarden Euro. Damit wird mehr als deutlich, dass die

Rücklagen ein Ergebnis unserer guten Haushaltspolitik sind, die eben nicht – so wie Sie es darstellen – der Entnahme geschuldet ist. Das ist die Situation.

Ein Weiteres ist festzustellen: Auch die Investitionen haben wir nach dem Wegfall der Konjunkturpakete nicht nur gehalten, sondern sogar gesteigert. Sie lagen im Schnitt der drei Jahre 2009/10/11 bei aufgerundet 5,5 Milliarden Euro einschließlich der Bundesmittel und liegen im Schnitt der beiden Jahre 2012/2013 bei 5,6 Milliarden Euro. Wir haben die Investitionen in dieser Zeit also auch ohne Konjunkturpaket II gesteigert. Die Rücklage wird trotz Tilgung um 2 Milliarden Euro nahezu vollständig gehalten. Wenn es eine Entnahme gab, hat sie dazu gedient, die Konjunktur in den Jahren 2009/2010 anzuschieben. Das, was wir als zusätzliche Leistung bringen, ist solide finanziert und auch von allen gewollt. Es ist nur sonderbar, dass alle dafür sind, sogar ein Volksbegehren zur Abschaffung der Studiengebühren initiieren und jetzt plötzlich fragen, ob der Haushalt die Kompensation verkraftet. Das ist doch ein Widerspruch in sich. Wir danken den Steuerzahlern, dass wir Gelegenheit haben, eine so gute, solide Haushaltspolitik zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Winter, bleiben Sie bitte am Redepult. Es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt vom Kollegen Halbleib. Bitte sehr, Herr Kollege Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kollege Winter, ich bin verwundert, dass Sie diese Aussage als Vorsitzender des Haushaltsausschusses machen, während der stellvertretende Vorsitzende in dieser Plenardebatte zum Ausdruck bringt, dass wir diese ganzen zentralen Politikfelder, die wir seit Jahr und Tag in diesem Hohen Hause immer wieder thematisieren, schon bei der Beratung des Doppelhaushaltes eingebracht haben, wo sie samt und sonders von der Regierungsfraktion abgelehnt wurden. Darüber kann der stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses nur seine Verwunderung zum Ausdruck bringen. Ich glaube, das gehört auch dazu.

Wir machen deutlich, dass wir die Ziele unterstützen. Das habe ich auch in meinem Redebeitrag gesagt. Ich habe auch gesagt, dass wir sie dauerhaft finanzieren und ausbauen wollen. Deswegen muss man der Ehrlichkeit halber dazusagen – das müssten Sie auch machen -, dass dazu beispielsweise Vorstellungen über große Steuer-senkungen, wie sie auch von Ihrer Partei, aber insbesondere von der FDP vertreten werden, nicht passen. Es sind sozialdemokratische Ziele, zu denen wir uns bekennen, und dazu gehört natürlich auch eine vernünftige Einnahmepolitik. Das ist das kleine Einmaleins eines jeden Haushälters.

(Zuruf von der CSU)

Herr Kollege Winter, ich möchte Sie noch fragen, woher die Zuflüsse für die Rücklage kommen. Sie kommen hauptsächlich aus der Landesbank. Das habe ich bereits bei der Beratung des Doppelhaushaltes dargelegt. Sie sind vor allem deshalb möglich, weil wir zur Stabilisierung der Landesbank die größte Schuldenaufnahme hatten. Diese Rückflüsse wären ohne das Landesbank-Desaster nicht möglich und würden auch nicht kommen. Mit einem Desaster und dessen Folgen die Solidität zu begründen, ist weit hergeholt.

Ich fasse zusammen: Wir unterstützen die Ziele. Wir hätten erwartet, dass das alles bereits im Doppelhaushalt umgesetzt worden wäre. Leider sind wir durch Ihr Votum daran gehindert worden. Wir tragen Sorge für eine langfristige Finanzierung. Wir haben dazu auch die finanzpolitischen Grundlagen, bezweifeln aber, dass Sie sie haben.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank. Bitte sehr, Herr Winter.

Georg Winter (CSU): Herr Kollege Halbleib, es lässt sich im Protokoll nachlesen, dass Sie über die Landesbank geredet haben. Das steht Ihnen auch zu.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich darf das dann auch so zitieren. Das waren die Zwischenrufe, wie es tatsächlich war. Sie sagen ja selber, dass diese Bank Gott sei Dank in den Jahren 2013/2014 mehr Einnahmen generiert, als Ausgaben dafür erforderlich sind. Das ist positiv, und das ist auch in Ordnung.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich sage von meiner Seite auch: Das mit der Bank war ein Fehler. Eine Partei, die 50 Jahre das Sagen hat, kann in dieser langen Zeit auch einmal einen Fehler machen.

(Inge Aures (SPD): Ja, das war euer Fehler!)

- Ja, das war ein Fehler, aber es gibt auch Erfreuliches. Das Erfreuliche ist, Frau Kollegin Aures, dass mehr reingeht als raus. Das ist das Positive.

Man kann uns in der Tat vorwerfen - jetzt komme ich auf den ersten Teil Ihres Statements, Kollege Halbleib -, dass wir sehr vorsichtig planen. Das zeigt sich im Bericht des Rechnungshofes, dem Sie entnehmen können, dass wir beim Ist immer besser sind als im Plan. Das ist positiv, und damit sind wir beim Thema Rücklage.

Natürlich könnte man, wenn man sehr optimistisch plant, in den Haushalt gleich hineinschreiben, dass wir nicht nur Ausgaben finanzieren, sondern auch die halbe Milliarde oder die Milliarde tilgen. Dann würde das Geld nicht erst in die Rücklage fließen und dann direkt damit die Tilgung getätigt. Nun, wie gesagt, man kann uns vorwerfen, dass wir immer sehr vorsichtig kalkuliert haben.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Herr Kollege Halbleib, wenn Sie nun von Wahlprogrammen oder Steuergeschenken sprechen, wissen Sie doch auch, da Sie mich kennen, dass ich mich mit dem Ist beschäftige und nicht so sehr mit Plänen, Ankündigungen oder Programmen. Ich bin immer am Ist orientiert. Und das Ist sagt uns: Wir haben Rücklagen gebraucht, als die Konjunktur 2009 runterging.

Das Schlimme ist ja, dass wir es in Deutschland zunächst kaum geschafft haben, Rücklagen anzulegen. Wir haben immer gewusst, wenn wir in der Talsohle sind, geben wir mehr aus, und wenn wir oben sind, vergessen wir, erneut Rücklagen zu bilden.

Wir in Bayern sind da eine Ausnahme. Wir haben rechtzeitig Rücklagen gebildet und konnten dann, als wir sie brauchten, auf diese Rücklagen zurückgreifen und die Konjunktur anschieben. In den darauffolgenden Jahren sind wir dann dafür belohnt worden, weil es wirtschaftlich gut lief und läuft. Das ist so ziemlich das Wesentliche, und das wollte ich deutlich machen. Die Rücklage war wichtig für die Konjunktur, aber die Rücklage ist kein wesentlicher Teil der Schuldentilgung.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Winter, ich weiß schon, dass das ein komplexes Thema ist und man schwierige Fragen auch ausreichend beantworten muss. Aber ich bin trotzdem gehalten, auf die Zeit zu achten. Dies tun wir auch jetzt bei der nächsten Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Ackermann.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Kollege Winter, es freut uns außerordentlich, dass die Regierungskoalition jetzt Verbesserungen im frühkindlichen Bereich in Angriff nimmt, ebenso wie bei den Altenpflegeschulen und beim Thema Inklusion. Wir hatten zum Doppelhaushalt zu all diesen Punkten Änderungsanträge gestellt, die ebenfalls die Verbesserung im Blick hatten, aber allesamt abgelehnt wurden. Warum kommen Sie jetzt auf die Idee, Verbesserungen einzubringen? Warum jetzt, warum nicht im Doppelhaushalt, und was ist in der Zwischenzeit mit der Regierungskoalition passiert, dass man nun plötzlich umdenkt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Frau Kollegin Ackermann. – Bitte schön, Herr Winter.

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, ich soll es kurz machen. Frau Kollegin Ackermann, was passiert ist, stand in der Zeitung.

(Beifall bei der CSU)

Aber zur Antwort auf Ihre Frage: Wenn man uns etwas vorwerfen kann, dann das, dass wir nicht so optimistisch und offensiv sind, sondern etwas mehr das Prinzip Vorsicht walten lassen: Erst wenn wir sehen, es gibt Mehreinnahmen, wir haben noch Luft, geben wir Geld aus und nicht schon vorher. Das ist der Grund, warum wir nicht so früh dran sind wie Sie, sondern etwas vorsichtiger; aber es hat sich für Bayern bewährt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Winter. – Nun liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Nach § 148 unserer Geschäftsordnung ist der Gesetzentwurf dem federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zu überweisen.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre
2013/2014

Berichterstatter: **Hans Herold**
Mitberichterstatter: **Volkmar Halbleib**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

Einzelplan 05 – Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Bei Kap. 05 04 (Allgemeine Bewilligungen – Unterricht und Erziehung - ohne Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz) wird

- a) bei Tit. 681 08 (Prämie für die berufliche Weiterbildung zum Meister und gleichgestellten Abschlüssen) folgender Haushaltsvermerk ausgebracht:
„Aus dem Ansatz können Zuschüsse zu den Kosten der Abschlussgebühren für die Ausbildung von Gebärdensprachdolmetschern bezahlt werden.“
- b) folgender neuer Tit. 684 19 (Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Fachschulen für Heilerziehungspflege und Heilerziehungspflegehilfe) ausgebracht und
für das Jahr 2013 mit 2.620.000,-- €
für das Jahr 2014 mit 7.200.000,-- €
dotiert.

Die Titel 684 16 – 684 19 sind gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.

Einzelplan 10 – Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

1. Bei Kap 10 07 (Allgemeine Bewilligungen – Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe) wird
bei Tit. 633 89 (Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände –BayKiBiG-) folgender Haushaltsvermerk ausgebracht:
„Aus dem Haushaltsansatz kann in den Jahren 2013 und 2014 bei integrativen Einrichtungen mit überörtlicher Bedeutung zur Deckung einer Finanzierungslücke bei den Betriebskosten im Bewilligungszeitraum eine zusätzliche staatliche Leistung in Höhe von bis zu 40 % der Finanzierungslücke, höchstens 10.000,-- € pro Einrichtung erbracht werden. Voraussetzung ist, dass die Einrichtung zumindest einen durchschnittlichen Anstellungsschlüssel von 1:10,0 einhält und die betroffene Kommune die Finanzierungslücke mindestens in gleicher Höhe der zusätzlichen staatlichen Leistung mitfinanziert.“
2. Bei Kap. 10 53 (Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern) wird ein neuer Titel 684 02 (Deutschkurse für Asylbewerber und sonstige Ausländer) mit folgendem Haushaltsvermerk ausgebracht:

„Verstärkungsfähig zu Lasten aller innerhalb des Kap. 10 53 gegenseitig deckungsfähigen Ausgabeansätze bis zu 1.500,0 Tsd. € in 2013 und bis zu 3.000,0 Tsd. € in 2014. Aus dem Ansatz können alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Durchführung der Deutschkurse finanziert werden.“

Einzelplan 13 – Allgemeine Finanzverwaltung

1. Bei Kap. 13 06 (Kapital und Schulden) wird der Ansatz bei Tit. 351 01 (Entnahme aus der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage) in 2013

von	1.529.853.800,-- €
um	2.620.000,-- €
auf	1.532.473.800,-- €

 in 2014

von	867.485.900,-- €
um	7.200.000,-- €
auf	874.685.900,-- €

 angehoben.
2. Bei Kap. 13 33 (Sonderprogramm zur schnelleren Abfinanzierung im Bereich der staatlichen Förderung von Baumaßnahmen von Kommunen oder Dritten) wird der Ansatz
 - a) bei Tit. 883 65 (Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen im Sportstättenbau) gestrichen und
 - b) bei Tit. 893 65 (Zuschüsse an Sonstige für Investitionen im Sportstättenbau) mit 20.000.000,-- € dotiert.

Die Erläuterungen zu Kap. 13 33 TG 65 (Sportstättenbau) werden wie folgt ergänzt:

„Mit den zusätzlichen Mitteln in 2013 sollen ausschließlich Vorhaben gefördert werden, für die bis 31.12.2012 bereits Förderzusagen existierten und die zu diesem Zeitpunkt bereits fertig gestellt bzw. im Bau befindlich waren.“

Die Erläuterungen sind insoweit verbindlich.“

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014; hier: Schulgeldausgleich Heilerziehungspflege (Kap. 05 04 neuer Tit.) Drs. 16/16151
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014; hier: Schulgeldausgleich für private Fachschulen für Heilerziehungspflege (Kap. 05 04 neuer Tit.) Drs. 16/16190
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014; hier: Sportstättenbau (Kap. 13 33 Tit. 883 65 und 893 65) Drs. 16/16155

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014; hier: Mittel für Ganztagschulen (Kap. 05 04 TG 69) Drs. 16/16150
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014; hier: Bessere Qualität für Ganztagschulen (Kap. 05 04 TG 69) Drs. 16/16229

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014;
hier: Erhöhung der Zuschüsse für die Sportfachverbände
(Kap. 05 04 Tit. 684 91)
Drs. 16/16188
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014;
hier: Förderung vereinseigener Sportstättenbau und Sonderinvestitionsprogramm vereinseigener Sportstättenbau
(Kap. 05 04 Tit. 893 91 und Kap. 13 33 TG 65 Tit. 893 65)
Drs. 16/16189
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014;
hier: Unterrichtsversorgung plus - Lehrerinnen- und Lehrerreserve aufbauen
(Kap. 05 12, Kap. 05 13 und Kap. 05 18 jeweils neuer Tit.)
Drs. 16/16230
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014;
hier: Zusätzliche Stellen für Berufsschullehrerinnen und -lehrer
(Kap. 05 15 Tit. 422 01)
Drs. 16/16231
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014;
hier: Offensive für Inklusion - Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern an Regelschulen
(Kap. 05 21 Tit. 422 01)
Drs. 16/16232
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014;
hier: Bildungsqualität und Inklusion vor Beitragsfreiheit I
Weiterentwicklung der interdisziplinären Frühförderstellen
(Kap. 10 05 Tit. 78 bis 79)
Drs. 16/16233
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014;
hier: Bildungsqualität und Inklusion vor Beitragsfreiheit II
Förderung heilpädagogischer Fachdienste zur Beratung des Personals in Kindertageseinrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 684 04)
Drs. 16/16234
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014;
hier: Bildungsqualität und Inklusion vor Beitragsfreiheit III
Landeserziehungsgeld umschichten
(Kap. 10 07 Tit. 681 80)
Drs. 16/16235
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Tanja Schweiger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014;
hier: Qualitätsverbesserung in Kindertageseinrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 16/16153
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Naaß u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (BayKiBiG)
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 16/16191

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014;
hier: Bildungsqualität und Inklusion vor Beitragsfreiheit IV
Frühkindliche Bildung verbessern
(Kap. 10 07 TG 88 bis 91 Tit. 633 89)
Drs. 16/16236
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Tanja Schweiger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014;
hier: Einführung einer staatlichen Sockelfinanzierung für Kindertageseinrichtungen
(Kap. 10 07 TG 88 - 91 neuer Tit.)
Drs. 16/16154
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014;
hier: Bildungsqualität und Inklusion vor Beitragsfreiheit V
Kindertagesstätten zu inklusiven Einrichtungen weiterentwickeln
(Kap. 10 07 TG 88 bis 91 Tit. 684 90)
Drs. 16/16237
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014;
hier: Bildungsqualität und Inklusion vor Beitragsfreiheit VI
(Kap. 10 07 Tit. 633 91)
Drs. 16/16238
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014;
hier: Keine weiteren Zuschüsse an die Forschungstiftung
(Kap. 13 03 Tit. 894 07)
Drs. 16/16239
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014;
hier: Pensionsfonds aufstocken - versteckte Verschuldung abbauen
(Kap. 13 20 Tit. 919 61 und Kap. 13 06 Tit. 325 51)
Drs. 16/16240
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014;
hier: Offensive für Studierendenwerke für mehr Wohnraum
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
Drs. 16/16241
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014;
hier: Langfristiges Ausbauprogramm für die bayerischen Hochschulen
(Kap. 15 06 TG 86)
Drs. 16/16242
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014;
hier: Kompensation der Studienbeiträge
(Kap. 15 06 TG 96)
Drs. 16/16180
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014;
hier: Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention - inklusive Studienbedingungen an allen Hochschulen verwirklichen
(Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 16/16243

Folgender Antrag wurde für positiv erledigt erklärt:

Der Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014;

hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich bei privaten Fachschulen für Heilerziehungspflege und Heilerziehungspflegehilfe

(Kap. 05 04 neuer Tit.)

Drs. 16/16228

wird für erledigt erklärt.

II. Bericht:

1. Der Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2013/2014 und die Änderungsanträge wurden dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gem. § 148 Satz 3 GeschO nicht.

2. Der federführende Ausschuss hat den Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2013/2014 und die Änderungsanträge in seiner 209. Sitzung am 10. April 2013 und in seiner 210. Sitzung am 11. April 2013 beraten.

Hinsichtlich des Entwurfs des Nachtragshaushaltsplans 2013/2014 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Enthaltung

FDP: Zustimmung

mit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Georg Winter

Vorsitzender

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 16/15926, 16/16485

zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 und weiterer Gesetze mit dem Ziel der Finanzierung von Bildungsausgaben
(Haushaltsänderungsgesetz 2013/2014 - Bildungsfinanzierungsgesetz)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 16/16181, 16/16485

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsänderungsgesetz 2013/2014 - Bildungsfinanzierungsgesetz
(Drs. 16/15926)

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD

Drs. 16/16192, 16/16485

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsänderungsgesetz 2013/2014 - Bildungsfinanzierungsgesetz
(Drs. 16/15926)
hier: Planungssicherheit für die Hochschulen (Änderung Art. 5a Abs. 3 neu BayHSchG)

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Winter, Renate Dodell, Oliver Jörg u.a. CSU, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß und Fraktion (FDP)

Drs. 16/16193, 16/16485

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsänderungsgesetz 2013/2014 - Bildungsfinanzierungsgesetz
(Drs. 16/15926)

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 16/16244, 16/16485

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsänderungsgesetz 2013/2014 - Bildungsfinanzierungsgesetz
(Drs. 16/15926)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. § 1 Nr. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Buchst. a wird die Zahl „47 697 863 300“ durch die Zahl „47 700 483 300“ ersetzt.
 - b) In Buchst. b wird die Zahl „49 225 952 500“ durch die Zahl „49 233 152 500“ ersetzt.

2. „§ 2
(Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes)

a) Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender Art. 5a eingefügt:

„Art. 5a Verbesserung der Studienbedingungen“

b) Art. 101 erhält folgende Fassung:

„Art. 101 Übergangsvorschrift betreffend Studienbeiträge“

b) In Nr. 2 erhält Art. 5a Abs. 5 folgende Fassung:

„¹Die Hochschulen berichten dem Staatsministerium einmal jährlich spätestens zum 1. März über die Verwendung der Mittel im vorangegangenen Studienjahr. ²Das Staatsministerium unterrichtet den Bayerischen Landtag regelmäßig zum 1. Juli eines Jahres, erstmals zum 1. Juli 2014 über die Verwendung der Mittel.“

c) In Nr. 5 werden in Art. 101 die Worte „Verwendung der“ gestrichen.“

Berichterstatter zu 1, 4: **Hans Herold**
 Berichterstatter zu 2: **Markus Reichhart**
 Berichterstatter zu 3: **Volkmar Halbleib**
 Berichterstatterin zu 5: **Claudia Stamm**
 Mitberichterstatter zu 1, 4: **Volkmar Halbleib**
 Mitberichterstatter zu 2, 3, 5: **Hans Herold**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/16181, Drs. 16/16192, Drs. 16/16193 und Drs. 16/16244 wurden dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/16181, Drs. 16/16192, Drs. 16/16193 und Drs. 16/16244 in seiner 209. Sitzung am 10. April 2013 und in seiner 210. Sitzung am 11. April 2013 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Enthaltung

FDP: Zustimmung

mit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/16193 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/16244 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Zustimmung

FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/16181 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/16192 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Zustimmung

FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/16181, Drs. 16/16192, Drs. 16/16193 und Drs. 16/16244 in seiner 97. Sitzung am 18. April 2013 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Enthaltung

FDP: Zustimmung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/16193 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/16244 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Zustimmung

FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/16181 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/16192 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Zustimmung

FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Georg Winter

Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014

Dem Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/16397) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Nachtragshaushaltsplans für die Haushaltsjahre 2013/2014 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 16/15926, 16/16485

Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 und weiterer Gesetze mit dem Ziel der Finanzierung von Bildungsausgaben (Haushaltsänderungsgesetz 2013/2014 – Bildungsfinanzierungsgesetz)

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

630-2-19-F, 2210-1-1-WFK, 2210-8-2-WFK

Gesetz
zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014
und weiterer Gesetze mit dem Ziel der Finanzierung von
Bildungsausgaben
(Haushaltsänderungsgesetz 2013/2014 –
Bildungsfinanzierungsgesetz)

Vom 2013

§ 1
Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014

Das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014 – HG 2013/2014) vom 18. Dezember 2012 (GVBl S. 686, BayRS 630-2-19-F) wird wie folgt geändert:

1. Art. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Für das Haushaltsjahr 2013 wird die Zahl „47 376 313 300“ durch die Zahl „47 700 483 300“ ersetzt.
 - b) Für das Haushaltsjahr 2014 wird die Zahl „48 965 561 500“ durch die Zahl „49 233 152 500“ ersetzt.
 - c) Gleichzeitig wird der Haushaltsplan nach Maßgabe des diesem Gesetz als **Anlage** beigefügten Nachtragsplans geändert.
2. In Art. 2 Abs. 3 Satz 3 Nr. 1 wird die Zahl „520 000 000“ durch die Zahl „1 000 000 000“ ersetzt.
3. Art. 6 Abs. 7 erhält folgende Fassung:

„(7) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird zur Schaffung von Planstellen und Stellen für Arbeitnehmer aus Zuwendungen Dritter und bis zu 50 v.H. der bei Kapitel 15 06 Titelgruppe 96 veranschlagten Mittel ermächtigt. ²Die Stellen aus Zuwendungen Dritter dürfen nur so lange in Anspruch genommen werden, als die Personalaufwendungen, im Fall von Planstellen grundsätzlich mit Versorgungszuschlag, von dritter Seite erstattet werden und die Anschlussfinanzierung gesichert ist. ³Gesetzliche und arbeitsvertraglich vereinbarte Beihilfeleistungen für Beamte und Arbeitnehmer auf nach Satz 1 geschaffenen Planstellen bzw. Stellen können abweichend von Satz 2 auch zulasten der Beihilfeansätze bei Kapitel 15 02 Titelgruppe 61 bis 65 gewährt werden, wenn die betreffenden Dienststellen im Gegenzug einen Beitrag in Höhe des Durchschnittsbetrags der jährlichen Beihilfe- und Verwaltungsaufwendungen pro Beihilfeanspruch an den Staatshaushalt abführen; das Staatsministerium der Finanzen teilt den betroffenen Dienststellen die nach den Aufwendungen des Vorjahres zu bestimmenden Beträge mit. ⁴Auf diesen Stellen geführtes Lehrpersonal hat grundsätzlich die volle Lehrverpflichtung zu erbringen.“

§ 2 Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes

Das Bayerische Hochschulgesetz (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 245, BayRS 2210-1-1-WFK), zuletzt geändert durch Gesetz vom XX. XXXX 2013 (GVBl S. XXX), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender Art. 5a eingefügt:

„Art. 5a Verbesserung der Studienbedingungen“

b) Art. 101 erhält folgende Fassung:

„Art. 101 Übergangsvorschrift betreffend Studienbeiträge“

2. Es wird folgender Art. 5a eingefügt:

„Art. 5a Verbesserung der Studienbedingungen

(1) ¹Zur Verbesserung der Studienbedingungen werden für die staatlichen Hochschulen und die in Abs. 2 genannten nichtstaatlichen Hochschulen ein Gesamtbetrag in Höhe von 30 Millionen Euro in 2013 und ein Gesamtbetrag in Höhe von 189 Millionen Euro jährlich ab 2014 bereitgestellt (Studienzuschüsse). ²In 2013 wird den Hochschulen darüber hinaus der zur Sicherung bestehender Studienbeitragsdarlehen nicht mehr erforderliche Anteil an der Ausstattung des Sicherungsfonds gemäß Art. 71 Abs. 3 Satz 1 zurückerstattet und steht ihnen als Kompensation zusätzlich zur Verfügung. ³Studienzuschüsse und zusätzliche Kompensationsmittel sind entsprechend zweckgebunden zu verwenden.

(2) Auf Antrag erhalten

1. die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt,
2. die Hochschule für Politik München sowie
3. a) die Kirchen und kirchlichen Stiftungen, die nichtstaatliche Fachhochschulen betreiben, wenn sie von Art. 84 Abs. 2 Satz 1 erfasst sind, und
b) die Hochschulen in Trägerschaft der Kirchen oder der kirchlichen juristischen Personen des öffentlichen Rechts, soweit diese staatliche Zuschüsse erhalten,

zweckgebundene Mittel zum Zweck des Ausgleichs bei Wegfall der Studienbeiträge nach Maßgabe des Staatshaushalts und der für sie geltenden Regelungen über die staatliche Finanzierung.

(3) Das Staatsministerium wird ermächtigt, das Nähere zur Durchführung dieser Bestimmung, insbesondere die Grundsätze der Verteilung der Studienzuschüsse sowie das Verfahren, die Erhebung der nötigen Daten bei den Hochschulen, den Zeitpunkt der Zuweisung und die Festsetzung der jeweils zuzuweisenden Mittel durch Verwaltungsvorschrift zu regeln.

(4) ¹Die Studierenden sind bei der Entscheidung über die Verwendung der Studienzuschüsse paritätisch zu beteiligen. ²Das Nähere hinsichtlich der studentischen Beteiligung regeln die Hochschulen durch Satzung.

(5) ¹Die Hochschulen berichten dem Staatsministerium einmal jährlich spätestens zum 1. März über die Verwendung der Mittel im vorangegangenen Studienjahr. ²Das Staatsministerium unterrichtet den Bayerischen Landtag regelmäßig zum 1. Juli eines Jahres, erstmals zum 1. Juli 2014 über die Verwendung der Mittel.“

3. Art. 71 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Die Hochschulen erheben entsprechend dem erhöhten Aufwand für das Studium in einem berufsbegleitenden Studiengang nach Art. 56 Abs. 4 Gebühren.“

bb) Satz 4 erhält folgende Fassung:

„⁴Das Staatsministerium wird ermächtigt, das Nähere durch Rechtsverordnung zu bestimmen; darin werden insbesondere Ausnahmen von der Erhebung einer Gebühr nach Satz 1 geregelt und bestimmt, in welchen Fällen besonderer Härte von der Erhebung einer Gebühr nach Satz 2 abgesehen werden kann.“

b) Es wird folgender neuer Abs. 3 eingefügt:

„(3) ¹Zur Bereitstellung sozialverträglicher Gebührendarlehen für berufsbegleitende Studiengänge und zur Sicherung bestehender Studienbeitragsdarlehen und Gebührendarlehen für berufsbegleitende Studiengänge besteht ein Sicherungsfonds als Sondervermögen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, der von der LfA Förderbank Bayern verwaltet wird. ²Das Staatsministerium kann im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen mit geeigneten Dritten Kooperationsverträge über die Bereitstellung von Darlehen und die Inanspruchnahme des Sicherungsfonds schließen. ³Die Hochschulen unterstützen die Bereitstellung sozialverträglicher Gebührendarlehen für berufsbegleitende Studiengänge. ⁴Sie sind verpflichtet, einen festzusetzenden Vomhundertsatz ihrer Einnahmen aus der Erhebung der Gebühren in einem berufsbegleitenden Studiengang an den Sicherungsfonds abzuführen; eine ausreichende Ausstattung des Sicherungsfonds muss gewährleistet bleiben. ⁵Das Nähere, insbesondere die Höhe des Vomhundertsatzes nach Satz 4, die Inanspruchnahme des Sicherungsfonds, die Darlehensberechtigung, die Mindestdarlehenshöhe, die Darlehensbedingungen und die Rückzahlungsmodalitäten, wird durch Rechtsverordnung geregelt.“

c) Die bisherigen Abs. 3 und 4 werden Abs. 4 und 5.

4. Art. 80 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) Das Wort „Studienbeiträge“ wird durch die Worte „Gebühren für berufsbegleitende Studiengänge“ ersetzt.

b) Die Worte „Abs. 1 bis 6“ werden durch die Worte „Abs. 2 Sätze 2 und 3 sowie der auf Grund von Abs. 2 Satz 4 erlassenen Rechtsverordnung“ ersetzt.

c) Die Worte „Abs. 7“ werden durch die Worte „Abs. 3“ ersetzt.

5. Art. 101 erhält folgende Fassung:

„Art. 101
Übergangsvorschrift betreffend Studienbeiträge

Für die Studienbeiträge, die für den Zeitraum bis einschließlich Sommersemester 2013 eingenommen wurden, gelten die vor Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes vom 1. Oktober 2013 bestehenden Bestimmungen weiter.“

6. In Art. 106 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „Abs. 7 Satz 6 und Abs. 8 Satz 4“ durch die Worte „Abs. 2 Satz 4 und Abs. 3 Satz 5“ ersetzt.

§ 3**Änderung des Bayerischen Hochschulzulassungsgesetzes**

Art. 4 Abs. 3 des Gesetzes über die Hochschulzulassung in Bayern (Bayerisches Hochschulzulassungsgesetz – BayHZG) vom 9. Mai 2007 (GVBI S. 320, BayRS 2210-8-2-WFK), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 20 des Gesetzes vom 8. April 2013 (GVBI S. 174), erhält folgende Fassung:

„(3) Bei der Feststellung der Aufnahmekapazität bleibt die Personalausstattung unberücksichtigt, die aus

1. Mitteln von Bund-Länder-Programmen für Verbesserungen der Qualität in der Lehre,
2. staatlichen Mitteln, die ausdrücklich der Verbesserung der Studienbedingungen gewidmet sind, oder
3. Studienbeiträgen

finanziert wird.“

§ 4**Inkrafttreten**

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2013 in Kraft.

(2) Abweichend von Abs. 1 treten § 1 Nr. 3 und §§ 2 und 3 am 2. Oktober 2013 in Kraft.

Nachtragshaushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2013 und 2014

G e s a m t p l a n

- | | |
|-----------|---|
| Teil I: | Haushaltsübersicht
einschließlich Übersicht über die Ver-
pflichtungsermächtigungen |
| Teil II: | Finanzierungsübersicht |
| Teil III: | Kreditfinanzierungsplan |

Nachtragshaushalt 2013
Gesamtplan

Einzelplan	Bezeichnung	Einnahmen		
		Bisheriger Betrag 2013 Tsd. €	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €
1	2	3	4	5
01	Landtag	463,2	-	463,2
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	506,0	-	506,0
03	Staatsministerium des Innern	857.236,6	-	857.236,6
04	Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	906.494,2	-	906.494,2
05	Staatsministerium für Unterricht und Kultus	69.041,9	-	69.041,9
06	Staatsministerium der Finanzen	455.580,8	-	455.580,8
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	1.284.087,0	-	1.284.087,0
08	Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	401.466,1	-	401.466,1
10	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	1.030.198,6	-	1.030.198,6
11	Bayerischer Oberster Rechnungshof	19,8	-	19,8
12	Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit	114.895,7	-	114.895,7
13	Allgemeine Finanzverwaltung	40.479.684,0	+354.170,0	40.833.854,0
15	Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	1.776.639,4	-30.000,0	1.746.639,4
	Summe	47.376.313,3	+324.170,0	47.700.483,3

Teil I: Haushaltsübersicht 2013

Ausgaben			Überschuss (+), Zuschuss (-) Tsd. €	Verpflichtungsermächtigungen			Einzel- plan
Bisheriger Betrag 2013 Tsd. €	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €		Bisheriger Betrag 2013 Tsd. €	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	
6	7	8	9	10	11	12	13
115.151,2	-	115.151,2	-114.688,0	1.771,0	-	1.771,0	01
85.728,8	-	85.728,8	-85.222,8	8.845,2	-	8.845,2	02
5.174.557,2	+300,0	5.174.857,2	-4.317.620,6	650.469,1	-	650.469,1	03
2.017.486,1	-	2.017.486,1	-1.110.991,9	203.211,1	-	203.211,1	04
10.578.550,8	+20.570,0	10.599.120,8	-10.530.078,9	49.588,9	-	49.588,9	05
1.950.754,1	-	1.950.754,1	-1.495.173,3	110.813,8	-	110.813,8	06
1.953.906,5	+7.700,0	1.961.606,5	-677.519,5	6.535.458,0	-	6.535.458,0	07
1.273.699,0	+950,0	1.274.649,0	-873.182,9	249.514,8	-	249.514,8	08
3.668.083,5	+144.650,0	3.812.733,5	-2.782.534,9	135.181,3	+147.000,0	282.181,3	10
33.341,8	-	33.341,8	-33.322,0	-	-	-	11
806.198,2	-	806.198,2	-691.302,5	112.876,4	-	112.876,4	12
13.721.941,5	+150.000,0	13.871.941,5	+26.961.912,5	350.466,4	-	350.466,4	13
5.996.914,6	-	5.996.914,6	-4.250.275,2	496.310,0	-	496.310,0	15
47.376.313,3	+324.170,0	47.700.483,3	-	8.904.506,0	+147.000,0	9.051.506,0	

**Nachtragshaushalt 2013
Gesamtplan**
Teil II: Finanzierungsübersicht für das Haushaltsjahr 2013
A. Ermittlung des Finanzierungssaldos

	Bisheriger Betrag 2013 Tsd. €	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €
1. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus Überschüssen).....	46.327.300,2	-30.000,0	46.297.300,2
2. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines Fehlbetrags)	46.905.504,6	+324.170,0	47.229.674,6
3. Finanzierungssaldo (Nr. 1 abzüglich Nr. 2)	-578.204,4	-354.170,0	-932.374,4

B. Deckung des Finanzierungssaldos

1. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt			
1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt			
1.1.1 im allgemeinen Haushalt	2.339.906,9	-480.000,0	1.859.906,9
1.1.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	357.000,0	-	357.000,0
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)			
1.2.1 im allgemeinen Haushalt	2.859.906,9	-	2.859.906,9
1.2.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	357.000,0	-	357.000,0
1.3 Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)	-520.000,0	-480.000,0	-1.000.000,0
2. Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren			
2.1 Einnahmen aus Überschüssen	-	-	-
2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	-	-	-
3. Rücklagenbewegung			
3.1 Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	1.569.013,1	+834.170,0	2.403.183,1
3.2 Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	470.808,7	-	470.808,7
3.3 Saldo (Nr. 3.1 abzüglich Nr. 3.2)	1.098.204,4	+834.170,0	1.932.374,4
4. Deckung insgesamt (Nr. 1.3 und Nr. 3.3)	578.204,4	+354.170,0	932.374,4

Teil III: Kreditfinanzierungsplan für das Haushaltsjahr 2013
1. Kredite am Kreditmarkt

1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt			
1.1.1 im allgemeinen Haushalt	2.339.906,9	-480.000,0	1.859.906,9
1.1.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	357.000,0	-	357.000,0
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)			
1.2.1 im allgemeinen Haushalt	2.859.906,9	-	2.859.906,9
1.2.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	357.000,0	-	357.000,0
1.3 Saldo (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)	-520.000,0	-480.000,0	-1.000.000,0

2. Kredite im öffentlichen Bereich

2.1 Einnahmen aus zweckbestimmten Krediten von Gebietskörperschaften u. Ä.	150,0	-	150,0
2.2 Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften u. Ä.	65.000,0	-	65.000,0
2.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 2.1 abzüglich Nr. 2.2)	-64.850,0	-	-64.850,0

3. Kreditaufnahmen insgesamt

3.1 Bruttokreditaufnahme (Nr. 1.1 und Nr. 2.1)	2.697.056,9	-480.000,0	2.217.056,9
3.2 Ausgaben zur Schuldentilgung (Nr. 1.2 und Nr. 2.2)	3.281.906,9	-	3.281.906,9
3.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 1.3 und Nr. 2.3)	-584.850,0	-480.000,0	-1.064.850,0

Nachtragshaushalt 2014
Gesamtplan

Einzelplan	Bezeichnung	Einnahmen		
		Bisheriger Betrag 2014 Tsd. €	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5
01	Landtag	483,2	-	483,2
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	506,0	-	506,0
03	Staatsministerium des Innern	836.891,8	-	836.891,8
04	Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	926.074,2	-	926.074,2
05	Staatsministerium für Unterricht und Kultus	73.712,3	-	73.712,3
06	Staatsministerium der Finanzen	441.514,8	-	441.514,8
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	1.301.768,5	-	1.301.768,5
08	Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	401.316,1	-	401.316,1
10	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	1.078.584,9	-	1.078.584,9
11	Bayerischer Oberster Rechnungshof	19,8	-	19,8
12	Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit	114.795,7	-	114.795,7
13	Allgemeine Finanzverwaltung	42.035.603,0	+427.150,0	42.462.753,0
15	Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	1.754.291,2	-159.559,0	1.594.732,2
	Summe	48.965.561,5	+267.591,0	49.233.152,5

Teil I: Haushaltsübersicht 2014

Ausgaben			Überschuss (+), Zuschuss (-) Tsd. €	Verpflichtungsermächtigungen			Einzel- plan
Bisheriger Betrag 2014 Tsd. €	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €		Bisheriger Betrag 2014 Tsd. €	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €	
6	7	8	9	10	11	12	13
121.057,2	-	121.057,2	-120.574,0	-	-	-	01
88.339,6	-	88.339,6	-87.833,6	8.845,2	-	8.845,2	02
5.237.335,9	+400,0	5.237.735,9	-4.400.844,1	565.001,1	-	565.001,1	03
2.049.996,8	-	2.049.996,8	-1.123.922,6	162.060,0	-	162.060,0	04
10.856.513,6	+59.660,0	10.916.173,6	-10.842.461,3	52.688,9	-	52.688,9	05
1.996.543,1	-	1.996.543,1	-1.555.028,3	68.742,6	-	68.742,6	06
1.976.380,7	+19.000,0	1.995.380,7	-693.612,2	4.726.454,0	-	4.726.454,0	07
1.283.570,9	+950,0	1.284.520,9	-883.204,8	253.265,0	-	253.265,0	08
3.681.787,8	+158.140,0	3.839.927,8	-2.761.342,9	115.762,8	-	115.762,8	10
33.695,7	-	33.695,7	-33.675,9	-	-	-	11
819.875,3	-	819.875,3	-705.079,6	109.596,5	-	109.596,5	12
14.674.746,7	-	14.674.746,7	+27.788.006,3	304.066,4	-	304.066,4	13
6.145.718,2	+29.441,0	6.175.159,2	-4.580.427,0	485.920,0	-	485.920,0	15
48.965.561,5	+267.591,0	49.233.152,5	-	6.852.402,5	-	6.852.402,5	

Nachtragshaushalt 2014
Gesamtplan
Teil II: Finanzierungsübersicht für das Haushaltsjahr 2014

	Bisheriger Betrag 2014 Tsd. €	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
A. Ermittlung des Finanzierungssaldos			
1. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus Überschüssen).....	48.133.479,7	-159.559,0	47.973.920,7
2. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines Fehlbetrags).....	48.296.876,3	+267.591,0	48.564.467,3
3. Finanzierungssaldo (Nr. 1 abzüglich Nr. 2).....	-163.396,6	-427.150,0	-590.546,6
B. Deckung des Finanzierungssaldos			
1. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt			
1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt			
1.1.1 im allgemeinen Haushalt	2.356.956,6	-	2.356.956,6
1.1.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	97.000,0	-	97.000,0
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)			
1.2.1 im allgemeinen Haushalt	2.896.956,6	-	2.896.956,6
1.2.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	97.000,0	-	97.000,0
1.3 Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2).....	-540.000,0	-	-540.000,0
2. Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren			
2.1 Einnahmen aus Überschüssen	-	-	-
2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	-	-	-
3. Rücklagenbewegung			
3.1 Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	1.372.081,8	+427.150,0	1.799.231,8
3.2 Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	668.685,2	-	668.685,2
3.3 Saldo (Nr. 3.1 abzüglich Nr. 3.2)	703.396,6	+427.150,0	1.130.546,6
4. Deckung insgesamt (Nr. 1.3 und Nr. 3.3)	163.396,6	+427.150,0	590.546,6
Teil III: Kreditfinanzierungsplan für das Haushaltsjahr 2014			
1. Kredite am Kreditmarkt			
1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt			
1.1.1 im allgemeinen Haushalt	2.356.956,6	-	2.356.956,6
1.1.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	97.000,0	-	97.000,0
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)			
1.2.1 im allgemeinen Haushalt	2.896.956,6	-	2.896.956,6
1.2.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	97.000,0	-	97.000,0
1.3 Saldo (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)	-540.000,0	-	-540.000,0
2. Kredite im öffentlichen Bereich			
2.1 Einnahmen aus zweckbestimmten Krediten von Gebietskörperschaften u. Ä.....	150,0	-	150,0
2.2 Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften u. Ä.....	63.000,0	-	63.000,0
2.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 2.1 abzüglich Nr. 2.2)	-62.850,0	-	-62.850,0
3. Kreditaufnahmen insgesamt			
3.1 Bruttokreditaufnahme (Nr. 1.1 und Nr. 2.1).....	2.454.106,6	-	2.454.106,6
3.2 Ausgaben zur Schuldentilgung (Nr. 1.2 und Nr. 2.2)	3.056.956,6	-	3.056.956,6
3.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 1.3 und Nr. 2.3)	-602.850,0	-	-602.850,0

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Alexander König

Abg. Ulrike Gote

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Hans Herold

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Abg. Susann Biedefeld

Abg. Manfred Pointner

Abg. Claudia Stamm

Abg. Dietrich Freiherr von Gumpenberg

Abg. Karsten Klein

Abg. Christa Naaß

Abg. Reinhold Strobl

Staatsminister Dr. Markus Söder

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Abg. Dr. Annette Bulfon

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 und weiterer Gesetze mit dem Ziel der Finanzierung von Bildungsausgaben (Haushaltsänderungsgesetz 2013/2014 - Bildungsfinanzierungsgesetz) (Drs. 16/15926)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/16188 mit 16/16191),

von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/16150, 16/16151, 16/16153, 16/16154, 16/16155 und 16/16180) sowie

von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/16228 mit 16/16243)

und

**Änderungsanträge zum Haushaltsänderungsgesetz 2013/2014 -
Bildungsfinanzierungsgesetz**

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) (Drs. 16/16181),

der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u. a. (SPD)

hier: Planungssicherheit für die Hochschulen (Änderung Art. 5 a Abs. 3 neu BayHSchG) (Drs. 16/16192),

der Abgeordneten

Georg Winter, Renate Dodell, Oliver Jörg u. a. (CSU),

Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß und Fraktion (FDP) (Drs. 16/16193) sowie

der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drs. 16/16244)

und

nach **Abschluss der Ausschussberatungen** eingegangene **Änderungsanträge** der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zum **Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsänderungsgesetz 2013/2014 - Bildungsfinanzierungsgesetz (Drs. 16/15926)** (Drs. 16/16534),

der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Christa Naaß u. a. (SPD)

zum **Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014**

hier: mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern (Kap. 06 05 Tit. 422 01) (Drs. 16/16535),

der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Dr. Paul Wengert u. a. (SPD)

Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014

hier: Bessere Personalausstattung führt zu Steuermehreinnahmen im Staatshaushalt (Kap. 13 01) (Drs. 16/16536) sowie

der Abgeordneten

Georg Schmid, Renate Dodell, Karl Freller u. a. und Fraktion (CSU),

Thomas Hacker, Prof. Dr. Georg Barfuß, Dr. Annette Bulfon u. a. und Fraktion (FDP)

zum **Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsänderungsgesetz 2013/2014 - Bildungsfinanzierungsgesetz (Drs. 16/15926)**

hier: Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes (Drs. 16/16537)

Herr Kollege Rinderspacher hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Sie haben das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion stellt hiermit nach § 64 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag den Antrag, den Änderungsantrag der CSU-Fraktion zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsänderungs-

gesetz 2013/2014 – Bildungsfinanzierungsgesetz – betreffend die Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes vom 23. April auf Drs. 16/16537 heute nicht zur Beratung und nicht zur Abstimmung zuzulassen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich begründe diesen Antrag wie folgt: Nach § 54 Absatz 4 Satz 2 der Geschäftsordnung dürfen Änderungsanträge bei Gesetzesvorlagen, die eine Änderung bestehender Gesetze zum Inhalt haben, nur zu solchen Einzelschriften gestellt werden, die bereits in den Ausschüssen behandelt worden sind. Diese Vorschrift ist einschlägig und hier anzuwenden; das ist nachgerade der klassische Fall.

§ 54 Absatz 4 Satz 2 verfolgt den Zweck, den Gesetzgeber vor Überraschungseffekten und Überrumpelungen zu schützen. Das parlamentarische Verfahren der Behandlung von Gesetzesvorlagen nach der Ersten Lesung in den vorberatenden Ausschüssen und im endberatenden Ausschuss soll, wie in der Verfassung und in der Geschäftsordnung vorgesehen, eingehalten werden. Nur in den Ausschüssen ist eine vertiefte und sorgfältige Behandlung von Gesetzesvorlagen und eine Abwägung der Argumente, die für oder gegen die Gesetzesvorlage sprechen, möglich. Deshalb ist diese Vorschrift auf den vorliegenden Fall anzuwenden.

Dies war in den letzten Jahrzehnten im Bayerischen Landtag immer der Fall. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Plenarrede des stellvertretenden Vorsitzenden des Geschäftsordnungsausschusses Dr. Richard Hundhammer von der CSU vom 25. September 1974: Abänderungsanträge zu Gesetzesvorlagen, die eine Änderung bestehender Gesetze zum Inhalt haben, dürfen künftig nur zu solchen Vorschriften gestellt werden, die bereits in den Ausschüssen behandelt worden sind.

Ich stelle fest: Die in dem CSU-Änderungsantrag beantragten Änderungen des Bayerischen Abgeordnetengesetzes und des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes aus dem Jahr 2000 wurden weder im federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in der Sitzung am 11. April noch bei der Endbera-

tung im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz in der Sitzung am 18. April 2013 behandelt.

Meine Damen und Herren, § 54 Absatz 4 Satz 2 der Geschäftsordnung steht der heutigen Beratung der Änderungen des Bayerischen Abgeordnetengesetzes und dem Änderungsantrag zum Entwurf des Bildungsfinanzierungsgesetzes der Staatsregierung entgegen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die CSU ein für sie, und zwar ausschließlich für sie problematisches Thema, nämlich die Beschäftigung von Familienangehörigen, nachgerade im Hauruck-Verfahren beenden will, und dies in parlamentarisch unangemessener und inadäquater Form. Meine Damen und Herren, das schlechte Gewissen muss innerhalb der CSU sehr groß sein.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir beantragen, diesen Änderungsantrag heute nicht aufzurufen bzw. nicht zuzulassen. In diesem Sinne plädieren wir dafür, über diesen Änderungsantrag in einem geordneten Verfahren, wie dies im Bayerischen Landtag üblich ist, zu beraten, nämlich hier in Erster Lesung, in den Ausschüssen und am Ende wieder hier in Zweiter Lesung.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Rinderspacher. Zur Gegenrede hat Herr Kollege Alexander König das Wort.

(Zuruf von der SPD: Er ist selbst betroffen!)

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir widersprechen diesem Geschäftsordnungsantrag, weil der von Ihnen angeführte § 54 Absatz 4 Satz 2 der Geschäftsordnung nicht einschlägig ist. Wir legen § 54 Absatz 4 Satz 2 anders aus.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich möchte Sie des Weiteren darauf hinweisen, dass es entgegen der Äußerungen des Herrn Kollegen Rinderspacher schon häufig üblich war, am Ende der Beratung von Gesetzentwürfen eine Debatte anzufügen und eine neue Materie zu regeln.

(Widerspruch bei der SPD)

Sinn und Zweck des § 54 Absatz 4 Satz 2 ist es – das Wort haben Sie richtig ausgesprochen, Herr Kollege Rinderspacher –, vor Überraschungen zu schützen. Aber hier liegt keineswegs eine Überraschung vor.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Inhalt des Haushaltsgesetzes ist vom Änderungsantrag nicht tangiert. Im Übrigen wird in dem Änderungsantrag eine Gesetzesmaterie völlig neu geregelt, von der Sie über Parteigrenzen hinweg behaupten, dass Sie diese angeblich unverzüglich und schnellstmöglich regeln wollen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Kollege Rinderspacher, das ist unglaublich. Es ist geradezu eine Unverfrorenheit, wie Sie eine Bestimmung der Geschäftsordnung missbräuchlich benutzen wollen, die vorher bei anderen Vorhaben nie in Rede gestellt wurde, um zu verhindern, dass das, was Sie angeblich Ihren eigenen Dringlichkeitsanträgen zufolge dringend regeln wollen, geregelt wird. Dieses Vorgehen ist an Scheinheiligkeit und Hinterfotzigkeit nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die SPD-Fraktion ist mit der Materie vertraut. Sie hat einen Dringlichkeitsantrag zu der Materie gestellt und darin steht ausdrücklich, es werde gewünscht, dass diese Dinge unverzüglich einer anderen Regelung zugeführt werden. Das haben auch die GRÜNEN zum Ausdruck gebracht. Sogar die FREIEN WÄHLER, die zu meiner Überraschung in Bezug auf den Themenkreis völlig weggetaucht waren, was bei mir Fragen

aufkommen lässt, haben einen Dringlichkeitsantrag gestellt, weil sie diese Materie geregelt haben wollen.

Wir wollen die Materie geregelt haben. Wir haben einen umfassenden Gesetzgebungsvorschlag eingereicht und würden Ihnen dringend empfehlen, sich damit anzufreunden, auch wenn dieser weitergehende Gesetzgebungsvorschlag möglicherweise Fälle behandelt, die es schon gegeben hat oder vielleicht sogar noch geben wird, und zwar nicht in unseren Reihen, sondern in Ihren Reihen. Ich kann Ihnen das im Einzelnen gerne erläutern. Das werden wir dann bei der eigentlichen Beratung des Gesetzgebungsgegenstandes machen. Im Moment kann ich Ihnen nur sagen: Wir legen die von Ihnen angeführte Bestimmung der Geschäftsordnung anders als Sie und richtig aus. Wir legen sie so aus, wie sie bisher immer ausgelegt worden ist. Ich verweise ausdrücklich darauf, dass es sich um keinen neuen Vorgang handelt, sondern dass es bisher Usus war, solche Gesetzgebungsverfahren mit weiteren Regelungen zu bepacken, die dringend erforderlich sind. Für uns ist es dringend erforderlich. Wir wollen die Materie regeln und wir werden sie heute auch regeln.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen Antrag zur Geschäftsordnung und wir haben eine Gegenrede, wie es sich bei einem solchen Antrag gehört. In diesem Fall geht es meines Erachtens um die Auslegung der Geschäftsordnung, die offensichtlich strittig ist. Deswegen bin ich gehalten, das Plenum darüber abstimmen zu lassen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ich streite nicht mit Ihnen, wann Sie was gesehen haben, sondern ich halte mich an die Geschäftsordnung. Ich lasse deswegen darüber abstimmen, ob dieser Antrag angenommen wird oder nicht. Wer dem Antrag des Kollegen Rinderspacher zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzei-

chen. – Das sind die Abgeordneten der CSU und der FDP. Ich stelle fest, dass dies die Mehrheit ist. Damit ist dieser Geschäftsordnungsantrag abgelehnt.

Ein weiterer Geschäftsordnungsantrag kommt von der Frau Kollegin Gote. Sie haben das Wort.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle den Antrag, die Sitzung zu unterbrechen und den Ältestenrat unverzüglich einzuberufen, um zu klären, ob das Vorgehen, diesen Änderungsantrag auf die Tagesordnung zu setzen, geschäftsordnungskonform ist. Darüber hinaus möchte ich zur Begründung dieses Antrags darauf verweisen, dass wir über den Dringlichkeitsantrag, den wir heute eingereicht haben, und einen ähnlichen, den die SPD zu dieser Materie eingereicht hat, heute aufgrund der Geschäftsordnung nicht beschließen können, weil sich der Ältestenrat damit befassen muss, da dies den Landtag betrifft.

Dies ist auch bei dem Änderungsantrag der Fall. Auch dies ist für mich ein weiterer Grund, weshalb wir nicht zu einer sofortigen Abstimmung kommen können. Um dies richtig ausdiskutieren und das Vorgehen geschäftsordnungskonform festzumachen, beantrage ich die Unterbrechung der Sitzung und die Einberufung des Ältestenrats.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Der Antrag auf Einberufung des Ältestenrats ist geschäftsmäßig korrekt gestellt. Ich rufe deshalb den Ältestenrat zur sofortigen Sitzung ein. Der Raum ist der Pressekonferenzraum PKA 211.

Ich unterbreche damit die Sitzung und bitte um Geduld, bis der Ältestenrat die Sache erledigt hat.

(Unterbrechung von 13.18 bis 15.16 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. Ich darf mich bei den Kolleginnen und Kollegen, die nicht dem Ältes-

tenrat angehören, sehr herzlich für Ihre Geduld bedanken. Wenn sich die Geduld gelohnt hat, wenn eine Präsidentin nach schwierigsten Verhandlungen und erhitzten Debatten zu Beginn der Plenarsitzung sagen kann, dass wir uns im Ältestenrat darauf geeinigt haben, wie wir weiter vorgehen wollen, ist das schön. Ich darf Ihnen das jetzt bekannt geben. Ich bitte Sie, zuzuhören, damit alle wissen, worum es geht.

Vonseiten der Fraktionen wurde im Ältestenrat übereinstimmend vereinbart, dass der Änderungsantrag auf Drucksache 16/16537 von den Antragstellern zurückgezogen wird – das ist der Antrag der CSU und der FDP, – und heute noch ein entsprechender Gesetzentwurf in Erster Lesung beraten wird. Der Änderungsantrag wird also zurückgezogen, und die CSU reicht einen Gesetzentwurf ein, der in Erster Lesung beraten wird. Ein weiterer Gesetzentwurf der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN wird ebenfalls noch zur Ersten Lesung eingereicht.

Beide Gesetzentwürfe sollen nach der Aussprache, die noch heute stattfindet, – wir haben uns auf fünf Minuten geeinigt – zusammen mit den zu diesem Thema eingereichten Plenardringlichkeitsanträgen an den Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz überwiesen werden. Das heißt, dass wir zu den heute eingebrachten Dringlichkeitsanträgen keine Aussprache mehr haben, sondern diese beiden Anträge im Zusammenhang mit der Ersten Lesung in die Ausschüsse verweisen. Dort nimmt das Ganze seinen Gang, also Beratung im Verfassungsausschuss und dann die Zweite Lesung in der Plenarsitzung. Wir haben uns auch darauf verständigt, dass alle gemeinsam dazu beitragen werden, dass dieser Gesetzentwurf in der Plenarsitzung am 16. Mai 2013 verabschiedet wird. Vielen Dank, das war die Information aus dem Ältestenrat.

Wir fahren mit der Beratung von Tagesordnungspunkt 1 fort. Nächster Redner ist Kollege Herold für die CSU-Fraktion.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hoffe, es besteht noch genügend Inte-

resse an dem wichtigen Thema des Bildungsfinanzierungsgesetzes. Wir haben dieses Gesetz letzte Woche im Haushaltsausschuss sehr intensiv beraten. Dabei habe ich deutlich darauf hingewiesen: Bayern steht für solide Finanzen – Stichwort "Schuldenabbau" -, Bayern steht für starke Bildung – Stichwort "Beste Bildungsergebnisse" -, Bayern steht für Generationengerechtigkeit und natürlich auch für Zukunftskraft. Für all diese wichtigen Zukunftsthemen steht das Bildungsfinanzierungsgesetz. Dabei ist es mir sehr wichtig, darauf hinzuweisen, dass neben der Zukunftsfähigkeit unserer Staatsfinanzen – Stichworte "junge Generation" und "weiterer Schuldenabbau" - gerade dieses Gesetz sowohl die akademische als auch die berufliche sowie die frühkindliche Bildung stärkt.

Für uns, die CSU-Fraktion, und auch für mich war es ganz wichtig, dass wir dann, wenn wir die Studienbeiträge abschaffen, verstärkt in die berufliche Bildung investieren. Mit diesem Gesetz, liebe Kolleginnen und Kollegen, tun wir dies sehr stark. Mit diesem Gesetz nehmen wir auch eine weitere deutliche Verbesserung des Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule vor. Aus dem Haushalt des Familienministeriums und dem des Sozialministeriums werden weitere 4,5 Millionen Euro zur Finanzierung von Deutschkursen für Asylbewerber und sonstige ausländische Mitbürger verwendet. Deswegen gleich zu Beginn die, wie ich denke, wichtige Botschaft: Das Bildungsfinanzierungsgesetz bringt einen weiteren Qualitätsschub für die Bildung in Bayern. Das sieht man auch sehr deutlich an den Zahlen. Wir nehmen insgesamt weitere 695 Millionen Euro für den Bereich Bildung in die Hand. Ich möchte im Folgenden auf die wichtigen Punkte eingehen.

Als Erstes nenne ich die akademische Bildung oder die Kompensation der Studienbeiträge. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Studienbeiträge haben zu einer Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre in Bayern geführt. Die wegfallenden Einnahmen der Hochschulen aus den Studienbeiträgen in Höhe von jährlich circa 219 Millionen Euro werden ab 1. Oktober 2013, das heißt ab Beginn des Wintersemester 2013/2014, vollständig – ich betone ausdrücklich: vollständig – aus dem

Staatshaushalt kompensiert. Wichtig ist der Hinweis, dass der Ersatz der Studienbeiträge gesetzlich verankert wird und die paritätische studentische Beteiligung an der Vergabe der Mittel weiterhin erhalten bleibt.

Als Zweites will ich einen wichtigen Hinweis in Bezug auf die berufliche Bildung und in Bezug auf den sogenannten Pflegebonus und den Meisterbonus geben. Das Paket der beruflichen Bildung, liebe Kolleginnen und Kollegen, umfasst insgesamt 52 Millionen Euro. Das heißt konkret, dass wir ab 1. September 2013 den Pflegebonus und den Meisterbonus einführen. Wir werden einen staatlichen Zuschuss, einen sogenannten Schulgeldausgleich für die Mangelberufe, für private Schulträger im Bereich der Altenpflege, der Kinderpflege und der Erzieherausbildung, aber auch die Heilerzieher in der Höhe von jährlich circa 23 Millionen Euro gewähren. Für uns in der Fraktion war auch die Einführung des Meisterbonus ganz wichtig. Für die erfolgreiche Absolvierung der beruflichen Weiterbildung zum Meister und für gleichgestellte Abschlüsse werden 1.000 Euro - das sind insgesamt 29 Millionen Euro im Jahr - bezahlt werden. Wir werden hier auch die Gebärdendolmetscher mit aufnehmen.

Der dritte wichtige Punkt ist für uns und auch für mich die frühkindliche Bildung. Dafür werden wir insgesamt noch einmal 250 Millionen Euro in die Hand nehmen, und zwar 125 Millionen Euro für die sogenannte Qualitätsoffensive in der Vorschule und in der Grundschule. Auch hier gibt es eine Aufteilung; vom Arbeits- und Sozialministerium kommen insgesamt 77,3 Millionen Euro, insbesondere für den Ausbau der Sprachförderangebote, für die Förderung flexibler Öffnungszeiten und natürlich insbesondere auch für die Verbesserung des Zeitbudgets von Fachkräften. Vom Kultusministerium kommen 47,7 Millionen Euro unter anderem für weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Deutschkenntnisse und der Qualität in der gebundenen Ganztagschule sowie für eine weitere Intensivierung der Kooperation von Grundschulen und Kindertageseinrichtungen. Das ist, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, eine ganz wichtige Botschaft in Bezug auf die wichtige frühkindliche Bildung.

(Beifall bei der CSU)

Das Gesetz sieht eine weitere Entlastung der Eltern von den Kindergartengebühren in Höhe von 25 Millionen Euro ab dem Jahr 2014 vor. Ab dem 1. September 2014 ist im zweiten Kindergartenjahr eine Entlastung von weiteren 50 Euro pro Monat vorgesehen und bereits im Stammhaushalt des Doppelhaushalts 2013/2014 sind eine Beitragsentlastung der Eltern im Vorschuljahr in Höhe von rund 93 Millionen Euro im Jahr 2013 und weiteren 135 Millionen Euro – ich wiederhole: 135 Millionen Euro – im Jahr 2014 vorgesehen. Das bedeutet konkret eine weitere Entlastung der Eltern ab dem 1. September 2013. Das ist, meine Damen und Herren, eine ganz wichtige und eine sehr, sehr gute Familienpolitik der Staatsregierung.

Als vierten Punkt möchte ich den Krippenausbau ansprechen; für uns ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer wieder ein wichtiges Anliegen. Wir haben hier aufgrund einer erhöhten Ausbaudynamik im Jahr 2013 und für die Verlängerung des Sonderinvestitionsprogramms zum Krippenausbau bis Ende 2014 einen weiteren Bewilligungsrahmen von 274 Millionen Euro vorgesehen. Man sollte auch einmal sagen, dass sich seit 2008, also seit Beginn dieser Legislaturperiode – auf diese Aussage sollten Sie achten -, die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren um 44.000 auf knapp 100.000 erhöht und damit mehr als verdoppelt hat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dafür haben wir bereits eine Milliarde Euro Fördergelder zusätzlich investiert. Ich sage hier ganz selbstbewusst: Kein Bundesland in Deutschland tut für den Krippenausbau so viel wie der Freistaat Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Weil Sie so lang geschlafen haben!)

Ich will auch darauf hinweisen, dass die kommunalen Spitzenverbände – das kann man nachlesen - die weiterhin hohe staatliche Förderung des Krippenausbaus sehr begrüßen. Sie wissen alle, dass wir eine Verlängerung bis zum Jahr 2014 vorgenommen haben, was eine gute und wichtige Entscheidung für unsere Familien bedeutet.

Ich weiß, es gibt hier in der Opposition andere Vorstellungen. Zum Beispiel haben wir in der letzten Woche einen Antrag der GRÜNEN abgelehnt, der die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes zum Inhalt hatte. Ich sage ganz deutlich: Mit uns wird das nicht geschehen. Gerade Familien mit geringem Einkommen profitieren von dem Landeserziehungsgeld.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein fünfter Punkt ist bei diesem Gesetz ganz wichtig, nämlich geordnete Finanzen und eine weitere Schuldentilgung im Jahr 2013. Der Freistaat Bayern ist hinsichtlich seiner Finanzsituation führend. Hier gilt ein ganz besonderes Dankeschön unserem Finanzminister Dr. Markus Söder für die hervorragende Arbeit, die in diesem Bereich geleistet wird.

(Beifall bei der CSU)

Im Doppelhaushalt 2013/2014 ist bislang ein weiterer Schuldenabbau in Höhe von 520 Millionen Euro im Jahr 2013 und weiteren 540 Millionen Euro im Jahr 2014 vorgesehen. Mit diesem Gesetz soll die Schuldentilgung im Jahr 2013 um weitere 480 Millionen Euro auf nunmehr eine Milliarde Euro aufgestockt werden. Damit können wir in den Jahren 2012 bis 2014 insgesamt 2,54 Milliarden Euro alte Schulden abbauen. Damit sind wir in Deutschland führend. Das ist eine großartige Leistung in der Finanzpolitik.

(Beifall bei der CSU)

Wir wissen, dass andere Länder einen anderen Weg gehen. In Nordrhein-Westfalen wird im Jahr 2013 eine Neuverschuldung vorgenommen. Auch in Baden-Württemberg ist eine Neuverschuldung vorgesehen.

Ich komme zum nächsten Punkt, der gerade für uns Kommunalpolitiker sehr wichtig ist, dem Abfinanzierungsprogramm. Mit einem Gesamtpaket in Höhe von 150 Millionen Euro soll im Jahr 2013 die Abfinanzierung bei der staatlichen Förderung von Baumaßnahmen beschleunigt und die Abfinanzierungszeit verkürzt werden. Auch das ist

eine klare Botschaft, und ich sage ganz bewusst: Diese Zeit soll deutlich verkürzt werden.

Für den Bau privater Förderschulen sind beispielsweise 25 Millionen Euro vorgesehen. Mit diesem Programm werden wir ganz konkret eine Reduzierung der Wartezeit auf rund 2,5 Jahre erreichen. Für den Bau privater Volksschulen stehen 70 Millionen Euro zur Verfügung, und damit können wir die Wartezeit auf rund fünf Jahre verkürzen. Für private weiterführende Schulen werden 25 Millionen Euro zur Verfügung stehen, und damit reduziert sich die Wartezeit auf rund sieben Jahre. Ganz wichtig für die junge Generation und das Ehrenamt ist aber die Abfinanzierung des Sportstättenbaus. Dafür stehen 20 Millionen Euro zur Verfügung. Wir erreichen damit die Reduzierung der Wartezeit auf nunmehr nur noch 1,5 Jahre. Das ist eine wichtige Botschaft, gerade auch für die Vereine im ländlichen Bereich. Außerdem haben wir 10 Millionen Euro für Behinderteneinrichtungen vorgesehen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich fragen, wie das finanziert wird, dann kann ich sagen: Diese zusätzlichen Bildungsausgaben in Höhe von 695 Millionen Euro, und diesen Betrag möchte ich noch einmal hervorheben, werden ausschließlich aus Haushaltsverbesserungen des Haushaltsjahres 2012 finanziert.

(Susann Biedefeld (SPD): Aus Rücklagen!)

- Bitte passen Sie auf, das ist der nächste Punkt. Das Abfinanzierungsprogramm in Höhe von 150 Millionen Euro und die weitere Schuldentilgung, bei der wir in Deutschland einmalig sind und die im Jahr 2013 weitere 480 Millionen Euro umfassen wird, werden aus der allgemeinen Haushaltsrücklage finanziert.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Ich weiß, Herr Kollege Halbleib, das hören Sie nicht gern. Das sind aber Fakten, und die sind richtig.

(Beifall bei der CSU - Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

An dieser Stelle richte ich noch einmal ein ganz besonderes Dankeschön an die Staatsregierung und an unseren Finanzminister Dr. Markus Söder, aber auch an unsere Beamten und, das sage ich heute ganz bewusst, an die bayerischen Finanz- und Steuerbeamten. Sie sind die besten in Deutschland!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Als Nächste hat sich Frau Biedefeld für die SPD zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Susann Biedefeld (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie mit einem Lob schließen, dann fange ich mit einem Lob an. Ich lobe meinen Kollegen, den stellvertretenden Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Volkmar Halbleib und meine Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss. Ich lobe Herrn Kollegen Volkmar Halbleib aber ganz speziell, denn seine Rede aus der Ersten Lesung war hervorragend. Eigentlich müsste man jedes Wort und jeden Satz hier noch einmal vortragen.

(Beifall bei der SPD)

Es hat sich nämlich alles bestätigt. Auch wir wurden in unseren Aussagen bestätigt, und das hat sich auch während der Beratungen im Haushaltsausschuss gezeigt. Ein herzliches Dankeschön also an Volkmar Halbleib.

(Beifall der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger (SPD))

Wir behandeln jetzt den Nachtragshaushalt 2013. Für die SPD-Landtagsfraktion möchte ich gleich vorwegschicken: Wir begrüßen grundsätzlich, dass CSU und FDP endlich mehr Geld für die Bildung an den Schulen, für die frühkindliche Bildung, für Sprachkurse für Asylbewerber und Ausländer und auch für die Abfinanzierung des Sportstättenbaus ausgeben. Letzten Endes und vor allem aber geben Sie auch mehr Geld für die vielen Studierenden an den Hochschulen und an den Universitäten aus. Zumindest geben Sie sich diesen Anschein. Sie wollen mehr Geld für die Universitä-

ten parallel zur Abschaffung der Studiengebühren ausgeben, und Sie wollen auch mehr Geld für die berufliche Bildung ausgeben. Als Stichworte nenne ich den Meisterbonus und den Pflegebonus.

Wow, kann ich da nur sagen, wow. Es hat lange gedauert, es hat sehr lange gedauert, bis Sie endlich in diesem Jahr 2013, dem Wahljahr, bereit waren, einen ersten kleinen Schritt in die richtige Richtung zu gehen. Eigentlich steckt aber etwas ganz anderes dahinter: Sie haben das Wahljahr 2013 vor Augen, und da geht es bei der CSU um Machterhalt und bei der FDP ums Überleben. So richtig, wirklich aufrichtig und ehrlich überzeugt sind Sie von dem, was Sie heute hier wohl beschließen aber noch immer nicht. Ich nenne das Stichwort "Abschaffung der Studiengebühren" und schaue dabei in Richtung der FDP. Wir befinden uns im Wahljahr 2013. Und bevor Sie von der Opposition immer noch stärker in die Enge getrieben werden, und weil Sie einen anstehenden Volksentscheid gar nicht mehr anders abwenden können, bleibt Ihnen nur, rechtzeitig einzulenken, weil der Druck sehr groß ist. Weil CSU und FDP bei den anstehenden Wahlen für ihre zum Teil ignorante Politik möglicherweise abgestraft werden, versucht man nun noch ganz schnell die Notbremse zu ziehen. Sie legen dabei eine unglaubliche Wende auf das Parkett. Drehhofer und seine Frauen und Männer lassen grüßen. Wieder einmal lassen Sie grüßen, doch das ist ein sehr durchsichtiges Manöver, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD)

Wie ist es gekommen, dass wir den Doppelhaushalt für die Jahre 2013 und 2014, den wir hier erst am 13. Dezember des letzten Jahres verabschiedet haben, also vor wenigen Wochen, nun mit einem Nachtragshaushalt erneut behandeln müssen? Uns liegt hier ein neuer Nachtragshaushalt vor. Darin werden längst überfällige und wichtige Investitionen, vor allem bei der Bildung, vorgenommen. Man muss aber Fragezeichen machen. Wie wird er finanziert? – Da gehen wir nicht mit, ich verweise auf die Rede meines Kollegen Volkmar Halbleib. Sie sagen nicht in allen Bereichen die Wahrheit, Sie schenken uns nicht reinen Wein ein. Sie haben sich zu diesem Nachtragshaushalt

durchgerungen, weil Ihnen die Bürgerinnen und Bürger im Januar dieses Jahres, zum Auftakt dieses Wahljahrs, die rote Karte gezeigt und für ein Ende der ungerechten und unsozialen Studiengebühren gestimmt haben.

(Beifall bei der SPD)

Dahinter steckt die Angst, vom Platz gestellt zu werden. Sie befürchten, wie der frühere Ministerpräsident von Niedersachsen McAllister vom Platz gestellt zu werden. Auch das war ein Kollege von Ihnen, Herr Ministerpräsident, der sich stark für die Studiengebühren eingesetzt hat, für ein Abzocken der jungen Menschen und deren Eltern. Sie hatten Angst, wie McAllister vom Platz gestellt zu werden. Diese Angst war groß und hat dazu geführt, diesen Nachtragshaushalt vorzulegen. Es war nicht Ihre eigene Initiative, es war nicht Ihr eigener Antrieb, sondern es war Angst.

Kernpunkt und Auslöser ist die Abschaffung der Studiengebühren dank eines Volksbegehrens. Wir haben seit der Einführung der Studiengebühren so viele Initiativen gestartet. Dieses Thema hat sich wie ein roter Faden durch die Arbeit der SPD-Fraktion gezogen. Wir haben unzählige parlamentarische Initiativen gestartet, ich kann Sie aufgrund des knappen Zeitbudgets hier gar nicht aufführen. Wir haben unheimlich viel Kraft, Energie und Geld investiert, um endlich zu dem Beschluss zu kommen, der hier heute fallen wird. Deshalb ist heute für uns ein Feiertag, ein Festtag, aber nicht nur für uns Sozialdemokraten, die wir lange dafür gekämpft haben. Wir wollten die Studiengebühren nie haben. Das ist auch ein Feiertag und ein Festtag für ganz Bayern, und zwar vor allem für die jungen Menschen, für ihre Eltern und ihre Angehörigen, weil sie nicht mehr zur Kasse gebeten werden, wenn die jungen Menschen ein Studium absolvieren. Sie müssen keine Studiengebühren mehr bezahlen.

(Beifall bei der SPD)

Versuchen Sie heute nicht, wieder die Feuerwehr zu spielen. Sie sind nämlich nicht die Feuerwehr, Sie sind die Brandstifter. Man muss schon noch einmal daran erinnern,

wer die Studiengebühren hier überhaupt eingeführt und beschlossen hat: Das war allein die CSU. Es war allein die CSU!

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Sie haben die Studiengebühren zusammen mit der FDP bis zum letzten Tag, bis zum Geht-nicht-mehr mit allem verteidigt, was möglich war, denn Sie wollten unbedingt daran festhalten. Das war ein Kampf für mehr Bildungsgerechtigkeit in diesem Land. Am heutigen Tag kommen wir der Bildungsgerechtigkeit in diesem Land wirklich ein Stück näher.

Nachdem wir die Abschaffung der Studiengebühren nicht verhindern konnten, haben wir ihre Abschaffung mit einer 1:1-Kompensation, mit einer hundertprozentigen Kompensation, gefordert. Ich betone, dass uns das von vornherein wichtig war; dem sollten Sie nicht immer etwas entgegenstellen. Dieses Geld darf den Studierenden, den Universitäten und unseren Hochschulen für angewandte Wissenschaften nicht fehlen. Eine hundertprozentige Kompensation reicht eigentlich gar nicht aus. Wir kennen die Situation. Eigentlich müssten wir einen kräftigen Betrag drauflegen. Wir werden mit unserer hochschulpolitischen Sprecherin Isabell Zacharias und den anderen Kolleginnen und Kollegen dranbleiben, weil wir wissen: Eine hundertprozentige Kompensation reicht nicht aus.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte auch betonen, dass es sich nicht immer ganz so rosig verhält, wie Sie es immer darstellen. Ich frage mich zum Beispiel: Wie sieht es mit den Stellen aus, die durch die Studiengebühren geschaffen worden sind? Bisher hieß es, es gebe eine Förderung im Umfang von 75 %. Jetzt werden 50 % genannt. Nur bei den Stellen, die schon da waren, gebe es keine Veränderung. Was geschieht mit den neuen Stellen? Sie wollen nur 50 % der Mittel beisteuern. Wie verhält es sich? Auch hierzu gibt es noch keine klare Antwort. Wir haben im Ausschuss nachgefragt, aber auch dort keine klare Antwort erhalten. Vielleicht können Sie heute hier dazu eine Auskunft erteilen.

Wir begrüßen die Investitionen in die berufliche Bildung. Aber auch hier werden wir nachlegen müssen. Wir, die SPD, werden mit Christian Ude an der Spitze und hoffentlich mit den anderen Fraktionen in diesem Haus die Bildung in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen und die berufliche Bildung ganz anders herausstellen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich kurz erklären, warum wir diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen, bevor ich auf den Einzelplan 05 eingehe. Auf den Einzelplan 10 werden die Kollegen Reinhold Strobl und Christa Naaß eingehen. Wir werden uns bei der Abstimmung über diesen Gesetzentwurf enthalten. Zum einen haben Sie uns hierbei wirklich keinen reinen Wein eingeschenkt. Ich nenne das Stichwort Haushaltssperre. Herr Kollege Herold spricht von 625 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln. Sie wissen, dass es im Doppelhaushalt 2013/2014 eine Haushaltssperre gibt. Das sind schon einmal 600 Millionen Euro, was die Haushaltssperre betrifft. Sie wollen jetzt mit einer weiteren Haushaltssperre noch einmal 200 Millionen Euro nachlegen. Das bedeutet 800 Millionen Euro. Sie reden von plus 625 Millionen Euro. Hier stimmt irgendetwas nicht. Auch hier haben Sie keinen reinen Wein eingeschenkt. Das ist ein Grund dafür, dass wir uns enthalten werden.

Zum anderen werden wir uns auch deshalb enthalten, weil der Landtag ein Stück weit entmachtet wird. Auch bei wenigen positiven Impulsen kann es nicht angehen, dass Grundsätze der Arbeit des Bayerischen Landtags einfach missachtet werden. Der Bayerische Landtag darf nämlich bei der Verteilung der Mittel nicht mitreden und nicht mitbestimmen. Diese Mittelverteilung soll auf der Grundlage einer Verwaltungsvorschrift vonstatten gehen. Uns ist dieses Thema immens wichtig. Wir wollen Bescheid wissen, wir wollen mitreden, wir wollen mitbestimmen und wollen hier darüber beschließen, wie die Mittel eingesetzt werden. Neben anderen Gründen, die wir anführen könnten, ist das ein weiterer Grund, warum wir uns bei der Abstimmung über diesen Gesetzentwurf enthalten.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Frau Kollegin Biedefeld. Für die FREIEN WÄHLER bitte ich Herrn Pointner an das Redepult. Bitte schön.

Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Zunächst wende ich mich kurz an Sie, Herr König. Sie haben vorhin bei der Debatte über das Abgeordnetengesetz die FREIEN WÄHLER angesprochen und gefragt, warum wir uns in den letzten Tagen nicht gerührt haben. Ich denke, das, was in der Presse stand, hat schon gereicht.

(Alexander König (CSU): So kenne ich Sie gar nicht, dass Sie nichts zu sagen haben!)

- Doch, das haben Sie gesagt. Aber vielleicht ist es Ihnen nur herausgerutscht. Wir haben keine Verwandten erster Ordnung beschäftigt, und deswegen bestand für uns kein Anlass, besonders engagiert aufzutreten, anders als bei Ihnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Alexander König (CSU): Das ist schon klar, aber ich habe etwas anderes gemeint!)

- Wenn Sie etwas anderes gemeint haben, dann sagen Sie es bitte; stellen Sie nicht irgendetwas in den Raum, was zu unberechtigten Verdächtigungen führt.

(Alexander König (CSU): Wenn es so ist, ist es gut.)

- In Ordnung, dann sind wir uns einig.

Ich komme zum Bildungsfinanzierungsgesetz. Meine sehr verehrten Damen und Herren, mehr Geld für die Bildung war von Anfang an ein besonderes Anliegen der FREIEN WÄHLER, seit wir im Landtag vertreten sind. Leider wurden unsere Vorstöße in dieser Richtung in den vergangenen Jahren in der Regel zunächst abgelehnt und dann teilweise nach und nach doch von Ihnen übernommen. Ich erinnere nur beispielhaft an unsere Forderung, keine Klasse solle über 25 Schüler haben. Diese Forderung

haben wir schon vor der Wahl im Jahr 2008 im Wahlkampf immer wieder erhoben. Außerdem gibt es unsere Forderung nach mehr Geld für Kindergärten und Kinderkrippen usw. Hierbei haben die Staatsregierung und die Regierungsfractionen zwar einiges verbessert – das muss man zugeben -, aber für die Betreuung, die Bildung und die Ausbildung unserer Kinder ist bei Weitem noch nicht das Bestmögliche getan.

Wir FREIEN WÄHLER haben durch unser erfolgreiches Volksbegehren, das von den Oppositionsparteien auch unterstützt wurde, nachdem wir beim Gericht die Zulassung durchgesetzt haben, neuen Schwung in die Debatte über die Bildungsfinanzierung gebracht. Das ist positiv für unsere Kinder, für die Eltern, aber auch für unser Land Bayern. Denn, meine Damen und Herren, die Bildung unserer Kinder ist der zentrale Rohstoff, über den unsere Gesellschaft verfügt. Zwischen Bildungsinvestitionen und Wirtschaftswachstum besteht ein deutlicher Zusammenhang. Außerdem ist die Bildung der Schlüssel zur Bekämpfung gesellschaftlicher Probleme. Jetzt, kurz vor Ende dieser Legislaturperiode, finden auch unsere Forderungen bei der Staatsregierung und bei den Regierungsfractionen zum Teil Gehör. Hierzu darf ich die Fachkräftesicherung durch den Meisterbonus und die schulgeldfreie Ausbildung in sozialen Bereichen und im Pflegebereich nennen, den Ausbau von Kindertagesstätten und Ganztagschulen und natürlich auch die Kompensation der Studienbeiträge. All dies sind Forderungen, die wir schon vor dem Volksbegehren erhoben haben. Hätte die Staatsregierung diese Forderungen schon früher übernommen, wäre Bayern heute in vielen Bereichen schon viel weiter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Auch nach der Vorlage des Bildungsfinanzierungsgesetzes, das wir heute verabschieden werden, besteht weiterer Handlungsbedarf bei der Bildungsfinanzierung. Wir haben dazu Änderungsanträge eingereicht, die leider zum großen Teil von den Regierungsfractionen abgelehnt wurden. Wir wollten eine weitere Qualitätssteigerung in der frühkindlichen Bildung und einen stärkeren Ausbau der Ganztagsbetreuung. Der Ausbau der Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten ist für die Chancengerechtigkeit in Bayern

und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unerlässlich. Insbesondere den finanzschwachen Kommunen muss die Möglichkeit eröffnet werden, Ganztagsklassen einzurichten, um für die Einwohner der Gemeinde attraktiv zu bleiben. Daher müssen auch die Zuzahlungen der Städte und Gemeinden gesenkt werden.

Bei der frühkindlichen Bildung ist eine weitere Qualitätssteigerung unerlässlich. Dies geht letztlich nur über einen verbesserten Anstellungsschlüssel und mehr qualifiziertes Personal an den Kindertagesstätten. Gerade hier wird die Grundlage für den zukünftigen Bildungserfolg gelegt. Deswegen müssen gerade hierbei die Rahmenbedingungen über die Ansätze im Nachtragshaushalt hinaus weiter verbessert werden. Sie haben auch diese Anträge abgelehnt, aber wir werden nicht locker lassen, auch in Zukunft den Finger in die Wunde legen und zusätzliche Verbesserungen fordern, etwa die Einführung einer Sockelfinanzierung in den Kindertagesstätten. Wir sind zuversichtlich, dass Sie früher oder später auch diese Ideen umsetzen werden. Erfreulicherweise konnte in einer gemeinsamen Anstrengung mit den anderen Fraktionen, sozusagen in letzter Minute, für die Heilerziehungspflegeausbildung Kostenfreiheit vereinbart werden.

Uns ist klar, dass unsere zusätzlichen Forderungen Geld kosten werden. Uns ist auch bewusst, dass die zusätzlichen Ausgaben, die mit diesem Bildungsfinanzierungsgesetz verbunden sind, nur durch einen tiefen Griff in die Rücklagen des Freistaates Bayern möglich sind. Sie werden nach Aussagen des Finanzministers bis Ende 2014 auf 1,3 Milliarden Euro absinken. Herr Kollege Winter, Vorsitzender des Haushaltsausschusses, hat in der letzten Plenarsitzung gesagt, dass es 3 Milliarden Euro sein werden, hat aber nicht erläutert, woher diese genau kommen.

(Georg Winter (CSU): 2013!)

- 2013 – das ist etwas anderes. Das haben Sie aber nicht gesagt.

(Georg Winter (CSU): Doch! Ich habe Ende 2013 gesagt!)

2014 gehen sie aber auf 1 Milliarde oder 1,3 Milliarden Euro herunter.

An dieser Stelle möchte ich gleich Aussagen von Regierungsmitgliedern oder von Mitgliedern der Regierungsfractionen deutlich entgegentreten, in denen es immer heißt, die Forderungen der FREIEN WÄHLER hätten im Doppelhaushalt 2013/2014 Mehrausgaben von über 2 Milliarden Euro verursacht. Das habe ich jetzt schon mehrmals gehört. Sie rechnen hier schlicht und einfach nur die Zahlen aus den Anträgen zusammen, ohne zu berücksichtigen, welche Ausgaben Sie selbst im Doppelhaushalt und jetzt im Nachtragshaushalt vorhaben.

Ich darf Ihnen einige Beispiele nennen. Sie sagen, die Auffüllung der Versorgungsrücklage aufgrund der in den letzten Jahren nicht getätigten Zahlungen und der ausgefallenen Zahlungen in den Jahren 2013/2014 habe einen Betrag von 600 Millionen Euro erfordert. Wir haben diesen Betrag beantragt. Sie haben aber die Einzahlungen in die Rücklage, in den Pensionsfonds eingestellt und diesen Pensionsfonds mit 100 Millionen Euro geschlossen. Wenn diese 600 Millionen in die Rücklage gekommen, in den Fonds eingezahlt worden wären, wären sie, unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, einer Tilgung gleichzusetzen gewesen. Ich sage nur: Die Doppik lässt grüßen.

Außerdem haben wir im Doppelhaushalt für den Breitbandausbau 500 Millionen Euro vorgeschlagen. Auch diesen Betrag haben Sie im Haushalt 2013/2014 entweder als Haushaltsansatz oder als Verpflichtungsermächtigung enthalten. Sie haben diese Ausgaben also ebenfalls vorgesehen. Außerdem haben wir eine Kompensation der Studienbeiträge in Höhe von zirka 400 Millionen Euro vorgeschlagen, weil es zum Zeitpunkt der Aufstellung des Doppelhaushalts durchaus noch möglich gewesen wäre, die Studiengebühren für das gesamte Jahr 2013 nicht zu erheben. Dazu kommen noch mehrere 100 Millionen Euro für den Straßenbau, die im Doppelhaushalt enthalten sind, für die Abfinanzierung von Privatschulbauten, für die vereinseigenen Sportstätten, die heute auch schon genannt worden sind, sowie für die zusätzlichen Leistungen bei der Kinderbetreuung.

Unter dem Strich verbleiben wenige hundert Millionen Euro, die unsere zusätzlichen, bisher nicht erfüllten Forderungen ausmachen würden. Dies wäre ohne Weiteres finanzierbar, wenn nicht die – ich sage ausdrücklich "die" – bayerischen Finanzminister seit Jahren eine vernünftige personelle Ausstattung der Finanzbehörden verhindern würden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Denn dem Freistaat entgehen dadurch jährlich mehrere hundert Millionen Euro an Steuereinnahmen. Ich darf auf den letzten Rechnungshofbericht verweisen, in dem dies nun schon zum x-ten Mal angeprangert wird. Selbst der ehemalige Finanzminister Huber erkennt mittlerweile die Notwendigkeit, bisherige Versäumnisse aufzuholen und fordert zusätzliche Stellen für die Steuerprüfung. Ich bin zwar nicht immer mit Ihnen und mit Ihren Forderungen einverstanden, Herr Huber

(Christa Naaß (SPD): Aber er hat es doch verursacht!)

- ich bin nicht immer einverstanden, zum Beispiel bei anderen Dingen wie der dritten Startbahn oder dem Donauausbau -, aber hier haben Sie recht. Das muss man betonen. Wenn er recht hat, hat er recht. Wir brauchen diese zusätzlichen Stellen.

(Christa Naaß (SPD): Er war doch dafür verantwortlich!)

- Das sage ich ja gerade. Ich habe von "den Finanzministern", in der Mehrzahl gesprochen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das war das schlechte Gewissen! Das muss man akzeptieren!)

- Das treibt eben um, und irgendwann kommt man zur Erkenntnis.

Meine Damen und Herren, nur ein paar Zahlen. Ich will Sie nicht mit Zahlen überlasten; sie sind ja bekannt. Bei der Betriebsprüfung ist die Zahl der nichtbesetzten Stellen von 184 im Jahr 2007 auf 452 im Jahr 2012 angewachsen. In dieser Zeit ist aber die

Zahl der Betriebe erheblich gestiegen, nämlich von 2007 bis 2010 allein um 26.000. Dies führt dazu, dass Betriebe teilweise nur alle 40 Jahre geprüft werden können. Inzwischen ist zwar vom Finanzminister das eine oder andere als Verbesserung eingesetzt worden, sozusagen ein FBI oder wie man das in Bayern nennt. Dies ist aber natürlich bei Weitem nicht ausreichend. Ich habe den Eindruck, der oder die Finanzminister – wir können auch die Vorgänger mit einbeziehen – möchten auf diese Art und Weise Bayern zu einer Steueroase machen, nachdem andere Steueroasen wie zum Beispiel die Schweiz, in denen prominente Leute Geld unterbringen konnten, nach und nach ausfallen. Nachdem das Steuerrecht Bundesrecht ist und der Einfluss des bayerischen Finanzministers darauf doch sehr beschränkt ist, versucht der Finanzminister dieses Ziel durch einen besonders laxen Steuervollzug zu erreichen. Dabei gehen nicht nur dem Staat Millionen verloren, sondern dies ist auch absolut ungerecht gegenüber allen, die Monat für Monat brav ihre Lohnsteuer abführen oder am Jahresende ihre Einkommensteuererklärung abgeben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Andererseits ist dies unverantwortlich gegenüber dem Personal in der Steuerverwaltung, das – das muss ich jetzt auch betonen – großartige Arbeit leistet. Sie sind meiner Meinung nach die besten, aber eben auch die wenigsten in ganz Deutschland, verglichen mit den anderen Bundesländern. Sie sind gut. Sie haben auch gute Ergebnisse pro Kopf. Bei einer Unterbesetzung von mindestens 20 %, teilweise sogar 25 % sind sie aber daran gehindert, eine umfassende und gerechte Steuerprüfung durchzuführen. Sie bringen damit Ihr Personal in erhebliche Gewissensnöte, weil es seinen Aufgaben nicht so nachkommen kann, wie es dies gern wollte.

Ich finde es ungeheuerlich – Herr Staatsminister Söder ist noch da -, dass Sie die Berichte des Rechnungshofes und die Forderungen und Mahnungen der Opposition seit Jahren ignorieren, uns aber vorwerfen, wir würden die Finanzbehörden schlechtreden. Ganz im Gegenteil: Wir loben die Leute; denn sie machen eine hervorragende Arbeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Sie statten die Finanzbehörden personell schlecht aus und verhindern damit einen ordnungsgemäßen Steuervollzug. Dies sagt nicht nur der Rechnungshof, dies sagen nicht nur wir, sondern das sagen auch die Vertreter der Finanzgewerkschaft, egal, ob sie aktiv oder schon pensioniert sind. Vor Kurzem hat einer von ihnen im Fernsehen gesagt: Wenn jemand vor den Finanzbehörden seine Ruhe haben will, soll er nach Bayern oder Baden-Württemberg gehen.

Zum Stichwort "Steuerparadies Bayern" passt natürlich auch Ihr Konzept der regionalen Steuern, Herr Finanzminister, der sogenannte Bayerntarif, den Sie laut Presse in das Wahlprogramm schreiben wollen. Sie wollen, dass die Länder bei der Einkommen- und Umsatzsteuer Zu- oder Abschläge zu bzw. von diesen Steuern vornehmen können. In Bayern würden wir natürlich nur Abschläge vornehmen. So gut dies auf den ersten Blick auch aussieht, wissen Sie doch ganz genau, dass überhaupt keine Chance besteht, dass diese Forderungen jemals umgesetzt werden, weil weder der Bund noch die anderen Länder mitmachen würden. Wenn Sie dann noch dazusagen, dass Sie mit den geringeren Steuersätzen Unternehmen nach Bayern locken wollen, kann ich mir vorstellen, dass die Vertreter der anderen Länder davon sehr begeistert sein werden. Während wir bei uns in Europa über einzelne Steuerparadiese klagen und die Abwanderung von deutschen Betrieben oder von Betrieben, die bei uns angesiedelt sind, in diese Länder befürchten, wollen Sie das gleiche innerhalb Deutschlands einführen. Als Bayer könnte man nichts dagegen haben. Sie gaukeln den Menschen in Bayern aber was vor, was nur dann eintreten könnte – das sage ich jetzt ganz ernsthaft -, wenn Bayern aus dem Bund austreten würde. Vielleicht haben Sie das im Hinterkopf; die Tatsache, dass Sie zu bestimmten Veranstaltungen in bayerischen Schlössern einen exponierten CSU-Vertreter einladen, der die Unabhängigkeit Bayerns wünscht und forciert und darüber ein Buch geschrieben hat, legt diese Annahme nahe. – Wunderbar!

(Beifall eines Abgeordneten der CSU)

- Herr Kollege, dass Sie da noch Beifall geben?

Meine Damen und Herren, interessant ist auch, dass Sie nunmehr beim Länderfinanzausgleich eine Halbierung der Zahlungen auf 2 Milliarden Euro fordern. Ich habe nichts gegen diese Forderung. Ich frage Sie nur, warum Sie oder Ihre Vorgänger dies nicht schon früher gefordert haben. Sie haben jetzt Klage erhoben, obwohl eigentlich schon seit 2008 klar war, dass sich die Situation für Bayern verschlechtert. Wir haben schon 2008 knapp 3 Milliarden Euro in den Finanzausgleich eingezahlt, 2009 waren es 3,3 Milliarden Euro, 2010 und 2011 waren es über 3,5 Milliarden Euro. Die heutige Situation war schon 2008 erkennbar. Spätestens 2009 war die Situation mit der jetzigen vergleichbar. Dass Sie erst jetzt, 2013, einige Monate vor der Landtagswahl die Klage einreichen, ist reine Wahlkampfpolitik. Sie wollten auf jeden Fall vermeiden, dass das Gericht noch vor der Wahl feststellt, dass Ihre Vorvorgänger-Regierung unter Herrn Stoiber, den Sie ja wieder ganz groß in den Wahlkampf einbinden wollen, damals Mist gebaut hat oder, wenn ich Graf Lerchenfeld zitieren darf, einen bescheuerten Finanzausgleich ausgehandelt hat.

(Beifall eines Abgeordneten der GRÜNEN)

Nun wieder zurück zum Bildungsfinanzierungsgesetz. Dieses Gesetz enthält einige wichtige Elemente, die wir mittragen, weil auch wir sie gefordert haben. Aber es fehlen noch weitere entscheidende Schritte, vor allem auf dem Gebiet der frühkindlichen und schulischen Bildung; denn wir müssen allen Menschen in Bayern, ganz gleich, aus welcher sozialen Schicht sie kommen und wo sie wohnen, die gleichen Bildungschancen geben. Weil das Haushaltsänderungsgesetz auch positive Elemente enthält, werden wir es nicht ablehnen, sondern wir werden uns enthalten.

Heute sind von den GRÜNEN und der SPD drei Anträge nachgereicht worden. Wir werden ihnen zustimmen. Sie enthalten Dinge, die auch wir schon gefordert haben, und zwar im Doppelhaushaltsgesetz.

Ich hätte jetzt noch ein bisschen Redezeit. Aber im Hinblick auf die zwei Stunden, die wir vorhin verloren haben, schenke ich Ihnen drei Minuten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Die anderen Kolleginnen und Kollegen waren noch großzügiger.

Jetzt gebe ich bekannt, dass zu dem Änderungsantrag der GRÜNEN auf Drucksache 16/16534 namentliche Abstimmung beantragt worden ist. - Ich gebe das Wort der Abgeordneten Frau Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb, Sie haben hier aus der Tugend eine Not gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Motto für diesen Nachtragshaushalt: Aus der Tugend eine Not gemacht. Die Tugend - das sind die Studiengebühren, die Sie endlich abgeschafft haben. Herzlichen Glückwunsch! Die Not - das ist Ihr Nachtragshaushalt, ein Nachtragshaushalt, der zu diesem Zeitpunkt absolut ohne Not gepackt und geschnürt wurde. Die Not besteht, weil der Nachtragshaushalt wiederum keine Prioritäten setzt und nicht nachhaltig ist, keine Gegenfinanzierungsvorschläge bringt, sondern das Geld allein aus Steuermehreinnahmen in der sprudelnden Wirtschaft und aus Rücklagenentnahmen geholt wird. Die Not besteht auch darin, dass man ganz offensichtlich Angst vor dem Volkentscheid hatte, eventuell gleichzeitig mit der Landtagswahl. Weil Sie nasse Füße bekommen haben, haben Sie den Nachtragshaushalt so früh eingebracht.

Ich komme zu dem Nachtragshaushalt zurück. Was wir in der Opposition schon über Jahre hinweg gefordert haben, setzen Sie mit diesem Haushalt endlich um. Das ist Ihre Tugend. Aber die Not besteht darin, dass Sie es als Schwarz-Gelb nach viel Kuhhandel und vielen Schleifen in den Verhandlungsrunden endlich geschafft haben, auf

den Zug aufzuspringen. Das war eine erfolgreiche Oppositionsarbeit. Herzlichen Glückwunsch hierfür!

Aber Sie haben es erneut versäumt, einen nachhaltigen Haushalt aufzustellen, einen Haushalt, der auch trägt, wenn die Wirtschaft nicht mehr boomt und brummt, einen Haushalt, der nicht allein darauf setzt, die Rücklagen aufzubrechen, einen generationengerechten Haushalt aufzustellen.

Wieder sind Sie wichtige Aufgaben nicht angegangen. Keine Spur ist zu erkennen von Energiewende und Klimaschutz. Keine Umschichtung, kein Umdenken in der Verkehrspolitik! Inklusion ist eigentlich geltendes internationales Recht. Das haben Sie wohl immer noch nicht mitgekriegt. Sie sind mit diesem Nachtragshaushalt meilenweit von den genannten Anforderungen entfernt.

Das Einzige, was Sie mit dem Haushalt aus dem Weg räumen, sind die Studiengebühren, weil der Volksentscheid deren Abschaffung verlangt hat. Diese Situation wollten Sie eventuell im Hinblick auf die Landtagswahl haben. In dem Haushalt selbst setzen Sie keinerlei Prioritäten. Sie machen nichts anderes, als überall ein bisschen draufzusatteln.

Und bei der frühkindlichen Bildung setzen Sie wieder einmal die falschen Prioritäten. Sie machen Wahlgeschenke. Wir haben ein Wahljahr. Ganz ehrlich: Auch wir hätten gern eine kostenfreie Betreuung in der Vorschulzeit. Aber die ist momentan nicht finanzierbar, besonders dann nicht, wenn man sie nicht gegenfinanzieren kann. Was hier gemacht wird, ist nicht seriös und nicht hilfreich. Wir brauchen nämlich Qualitätsverbesserung.

Damit habe ich die Baustellen im frühkindlichen Bereich genannt. Wir müssen endlich an die Qualitätsverbesserung denken. Dazu brauchen wir einen besseren Stellenlüssel und Inklusion in der Vorschule. Diese Ziele stehen uns vor Augen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber was machen Sie? Sie reduzieren die Beiträge, dies auch noch im falschen Jahr. Wo ist es denn für die Eltern besonders teuer? In der Krippe und zumindest im ersten Kindergartenjahr. Im letzten Kindergartenjahr erreichen wir sowieso schon alle Betroffenen. Aber da hat sich wohl der kleinere Teil der Koalition durchgesetzt. Die FDP hat nicht auf die Expertin gehört, nämlich auf die Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses, die gesagt hat: Wir müssen in Qualität investieren, nicht in eine Beitragsreduzierung. - Soweit zur Ausgabenseite Ihres Nachtragshaushalts.

Jetzt zur Einnahmenseite. Schauen wir uns diese doch einmal an. Ja – der Kollege Pointner hat es schon gesagt –, Bayerns Beamte und Beamtinnen leisten zum allergrößten Teil sehr gute Arbeit, besonders diejenigen, die in der Steuerverwaltung tätig sind. Diese ist massiv unterbesetzt. 1.900 Stellen sind nicht besetzt, und 3.000 Stellen sind zu wenig ausgebracht. Die Bediensteten der Steuerverwaltung arbeiten also unter einem immensen Druck. Und es ist ihrem Engagement zu verdanken, dass sie Prüfergebnisse zustande bringen, die Sie landauf, landab als Erfolg Ihrer Politik verkaufen.

Ich sage mein ganz herzliches Dankeschön genau an diese Steuerbeamten und -beamtinnen, die darum bemüht sind, in Bayern Steuergerechtigkeit herzustellen, indem sie auch die Reichen und die Unternehmer prüfen. Aber das machen sie mit der massiven Unterbesetzung, die Sie mit Ihrer Personalpolitik zu verantworten haben. Ohne die Beamten der Steuerverwaltung, die so effizient arbeiten, würden dem Freistaat noch viel mehr Einnahmen fehlen.

Jahr für Jahr haben wir zum Stammhaushalt und zum Nachtragshaushalt die Wiederbesetzungssperre angeprangert, weil sie unsinnig ist. Sie ist per se unsinnig; denn wenn man eine Stelle nicht braucht, zieht man sie doch ein, und wenn man sie braucht, dann hat man sie gefälligst zu besetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jahr für Jahr haben wir beantragt, die Wiederbesetzungssperre aufzuheben. Sie ist keine Sparmaßnahme. Aber was haben Sie von Schwarz-Gelb gemacht? Sie haben das Anliegen der Abschaffung der Wiederbesetzungssperre mit Ihrer Mehrheit wieder einmal abgelehnt. Das war völlig unsinnig; denn bei der Steuerverwaltung bringt die Aufhebung der Wiederbesetzungssperre Geld ein.

Deswegen haben wir heute unseren Antrag zur namentlichen Abstimmung gestellt. Sie haben also die Chance, hier zu zeigen, dass auch Sie an der Steuergerechtigkeit interessiert sind und dass es Ihnen ernst damit ist, ein bisschen für die Steuergerechtigkeit in Bayern zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Abschaffung der Wiederbesetzungssperre ist zwar nicht geeignet, die eklatant unterbesetzte Steuerverwaltung ausreichend auszustatten, aber sie wäre ein erster Schritt dorthin. Sie könnten mit Ihrem Ja zur Abschaffung der Wiederbesetzungssperre etwas Abhilfe für die Beamten und Beamtinnen schaffen, die in der unterbesetzten Steuerverwaltung so gut arbeiten.

Übrigens erheben wir diese Forderung nicht erst, seit der Fall Hoeneß bekannt ist. Vielmehr habe ich hier schon in meiner ersten Rede als haushaltspolitische Sprecherin darauf verwiesen, dass Bayern wohl so etwas wie "Schweiz light" sein möchte und genau deswegen diese Unterbesetzung in der Steuerverwaltung hinnimmt.

Aber damit nicht genug. Meine Vorgängerin, Emma Kellner – ich hätte sie jetzt gern begrüßt; sie war nämlich vorhin im Landtag – hat vor 20 Jahren schon genau das Gleiche gesagt. Jetzt zitiere ich aus einer Rede, die Emma Kellner 1996 gehalten hat:

Da müsste eigentlich bei Ihnen Feuer am Dach sein, Herr Finanzminister. Hier ist unverzügliches Handeln angesagt. Die bisherigen Verbesserungen reichen längst nicht aus. Auch in Bayern fehlen Hunderte von Steuerfahnderinnen und Betriebsprüfer. Ich sage Ihnen noch eines: Hier geht es um zweierlei, zum einen um Steu-

ergerechtigkeit, zum anderen um die Verbesserung der Einnahmesituation. Gerade in Zeiten knapper Kassen

- dies ist zurzeit nicht der Fall; aber 1996 war es so –

kann es nicht angehen, dass der Staat auf Einnahmen verzichtet, die ihm rechtmäßig zustehen.

In der Zeitung lese ich, dass gegen 70.000 Bundesbürger wegen Steuerhinterziehung – Stichwort: Geldwäsche – ermittelt wird, dann komme ich zu dem Schluss, dass Sie doch aktiv werden müssen. Dann wissen Sie doch, wo das Geld zu holen wäre. Es ist doch nicht bei den Sozialhilfeempfängern oder den unteren Einkommensschichten zu holen, sondern genau dort, wo es auf Schwarzgeldkonten darauf wartet, dass es nach Luxemburg oder sonst wohin transferiert wird.

1996 traf das also genau zu. Jetzt ist es auch nach der Causa Hoeneß so.

Sie sollten also tatsächlich ein bisschen nachdenklich werden und endlich etwas dagegen tun, dass die eklatante Unterbesetzung in der Steuerverwaltung – heute führen wir auch noch im Zusammenhang mit den Dringlichkeitsanträgen dazu eine Debatte – beendet wird, statt zu sagen: Bayern macht alles richtig, in Bayern ist es am besten.

Ganz kurz zu den beiden Anträgen der SPD: Ich weiß gar nicht, ob die überhaupt aufgerufen sind.

(Zurufe von der SPD)

- Doch, okay. Wir enthalten uns bei dem Antrag, bei dem es darum geht, 1.000 neue Steuerfahnder einzustellen, weil das unserer Meinung nach jetzt nicht realistisch ist. Es ist die richtige Stoßrichtung, aber wir haben sie nicht. Das ist einfach Fakt. Es ist tatsächlich die richtige Stoßrichtung.

Dem anderen Antrag stimmen wir natürlich zu, weil er einen Weg weist, auf dem wir endlich für mehr Steuergerechtigkeit in Bayern sorgen. In der Causa Hoeneß geht es

auch nicht darum, ob ein einfacher Beamter ihn schützen wollte, sondern es geht lediglich um die Frage des Handelns der politisch Verantwortlichen, also um folgende Fragen: Zu welchem Zeitpunkt wusste der Ministerpräsident davon? Ab wann wussten der oberste Dienstherr der Finanzbeamten und die oberste Dienstherrin der Justiz davon? Ab wann wusste wer davon, und hat Hoeneß aus der Staatsregierung einen Tipp bekommen? Das sind die Fragen, die zu klären sind.

Es liegt mir wirklich fern, den Präsidenten des FC Bayern zu verunglimpfen, aber eines möchte ich doch kurz feststellen: Gerade er mit seinen dezidierten Aussagen hat es tatsächlich geschafft, dass ein Vorbild für viele Jugendliche durch sein massives Fehlverhalten zerstört wird. Das ist tatsächlich einfach traurig. Steuerbetrug ist nämlich kein Kavaliersdelikt. Steuerbetrug ist ein Vergehen an der Allgemeinheit, Steuerbetrug ist ein Diebstahl an allen, die auf eine gute Infrastruktur angewiesen sind, die darauf angewiesen sind, dass der Bus fährt, dass es ein gutes Schwimmbad gibt, dass es eine Schule im Ort gibt. Genau deswegen ist es kein Kavaliersdelikt.

Wenn es nicht so traurig wäre, würde ich mir wünschen, dass ein paar Demonstranten bei einer auswärtigen Kabinettsitzung für mehr Steuerbeamte und mehr Steuerbeamtinnen in Bayern eintreten. Dann würde der Ministerpräsident dieses Thema wahrscheinlich auch noch gleich wegräumen, wie er es eben bei den heilpädagogischen Fachkräften getan hat. Da haben wir als Opposition nämlich die ganze Zeit gesagt: Hey, Staatsregierung, das fehlt in eurem Entwurf des Nachtragshaushalts, ihr habt da einen sozialen Beruf vergessen. Das kann doch nicht sein. Wir brauchen auch dort eine kostenfreie Ausbildung, das aber haben Sie komplett vergessen. - Dann standen ein paar Demonstranten vor der schönen Residenz in Würzburg, und prompt ist eine Tischvorlage gekommen.

Ich frage mich nur, wie man auf die Zahlen in dieser Tischvorlage kam. Wir haben uns bei unserem Entwurf auf die offiziellen Zahlen des Sozialministeriums gestützt. Die lagen zwar völlig daneben, aber das scheint eine gute Sitte im Sozialministerium zu sein, wenn ich mich daran erinnere, dass gerade Frau Ministerin Haderthauer den an-

geblich 100.000. Krippenplatz ausgerechnet in ihrer Heimatstadt eröffnet hat. Die offiziellen Zahlen des Landesamtes für Statistik besagen, dass nur 60.000 Kinder in Bayern in Kitas untergebracht sind.

(Zuruf von der CSU)

- Wie gesagt, das ist die Zahl vom Landesamt für Statistik. Vielleicht haben Sie zugehört. Das sind auch Ihre Beamten und Beamtinnen. Wie gesagt, nur 60.000. Ich frage mich, woher diese Kindermehrung kommt. Ausgerechnet in Ihrer Heimatstadt entstand also dieser 100.000. Krippenplatz, den Sie da feiern durften.

Bei diesem Nachtragshaushalt – und es ist nichts anderes, da hilft auch kein poetischer Name wie etwa "Bildungsfinanzierungsänderungsgesetz" oder wie auch immer – arbeitet die Staatsregierung mit ungedeckten Wechsell. Ein Teil der Finanzierung des Nachtragshaushalts sollen nämlich 200 Millionen Euro Einsparungen sein. Die Ankündigung der Staatsregierung war ganz schön großspurig. Im Rahmen des Nachtragshaushalts 2013/2014 sollten 200 Millionen Euro im Haushaltsvollzug eingespart werden. So hieß es nach der Kabinettsitzung. Doch selbst nach den Beratungen des Haushalts ist völlig unklar gewesen, in welcher Form, wann und in welchen Aufgabebereichen gespart werden soll.

Deshalb habe ich dazu eine Mündliche Anfrage gestellt, um zu hören, woher diese 200 Millionen Euro kommen sollen. Wie immer kam aus dem Finanzministerium mit dem obersten Dienstherren Finanzminister Dr. Söder keine bzw. eine supervage Antwort. Minister Söder drückt sich eben in der Antwort nicht nur vor konkreten Angaben. Er benennt einfach lapidar eine Standardmaßnahme: Mittel zur Wahl, zur Realisierung von Einsparungen sind eben durch sparsame Mittelbewirtschaftung zu erreichen. Aber der Resteeinzug wird doch regelmäßig praktiziert und wäre auch ohne diesen Nachtragshaushalt gekommen.

Liebe Kollegen und Kolleginnen von Schwarz-Gelb, Sie arbeiten hier mit ungedeckten Wechsell. Niemand weiß, wie viel am Ende des Jahres tatsächlich übrig bleibt und eingezogen werden kann. Nachhaltigkeit in Ihrem Nachtragshaushalt – Fehlanzeige!

Im Gegensatz zu Schwarz-Gelb hätten wir mit unserem eigenen Antragspaket realistische Gegenfinanzierungsvorschläge gemacht. Wir fordern einen Verzicht auf das Landeserziehungsgeld, wir fordern einen Verzicht auf die Beitragsreduzierung bei den Kindergärten und fast keine Investitionen in den Straßenneubau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fazit hier: Mit uns gäbe es ein deutlich besseres und weniger populistisches sogenanntes Bildungsfinanzierungsgesetz.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Statt wie Schwarz-Gelb PR-wirksam die Schulden zu tilgen, wollen wir die immens hohe verdeckte Verschuldung angehen. Deshalb haben wir das beantragt, was Sie eben zur Schuldentilgung aus der Rücklage entnehmen und groß verkaufen: eine Sonderzahlung an den Pensionsfonds zu machen. Denn das wird uns in den kommenden Generationen tatsächlich auf die Füße fallen.

Das größte Haushaltsrisiko aktuell ist die Politik von Schwarz-Gelb mit diesem Nachtragshaushalt und die schwarz-gelbe Personalpolitik in Sachen Steuerverwaltung in der Politik in Berlin, siehe auch das geplante deutsch-schweizerische Steuerabkommen. Dazu kann ich nur sagen: Zum Glück konnten wir, Rot-Grün, das im Bundesrat stoppen, weil allein die Zahl der Selbstanzeigen zeigt, dass es genau richtig war, dieses deutsch-schweizerische Steuerabkommen zu stoppen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Laut "Handelsblatt" – und das "Handelsblatt" ist nicht verdächtig, irgendwie linksradikal zu sein – gab es allein seit Anfang dieses Jahres rund 3.300 Selbstanzeigen in den

großen Bundesländern. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter sprach, als das geplante Abkommen noch nicht gestoppt war, von der größten Begnadigung deutscher Straftäter, die die Geschichte je gesehen hat. Also vielen Dank, dass Rot-Grün dieses Abkommen im Bundesrat stoppen konnte!

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Die Vorschläge eines Finanzministers Söder kommen auch noch dazu. Für Bayern würde es rote Haushaltszahlen bedeuten, wenn man nämlich die Rücklagen angreifen und all diese bayernspezifischen Steuern einführen würde. Da würde man Ende 2014 auch in Bayern ganz schnell in die roten Zahlen rutschen.

2013 – es ist Wahljahr in Bayern. Das ist bei diesem Nachtragshaushalt nochmals besonders spürbar. Wie in jedem Wahljahr steigen die Investitionen ohne Ende an. Wenn ich jetzt eine Kurve zeigen würde, würde man sehen, dass es 2013 nach oben und schon 2014 mit dem Doppelhaushalt wieder ein Stück nach unten geht. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt! Es wird hier Geld ausgegeben ohne Ende. Überall im ganzen Land gibt es irgendwelche Spatenstiche, irgendwelche neuen Veranstaltungen, damit man sich gut präsentieren kann.

Die Einnahmen – siehe Unterbesetzung der Steuerverwaltung – werden sträflich vernachlässigt. Diese Politik kann auf Dauer nicht gut gehen, besonders dann nicht, wenn Finanzminister Söders Steuervorschläge vom Bayerntarif bis zur Eindampfung der Erbschaftsteuer in die Tat umgesetzt würden. Aber zum Glück finden er und seine Steuervorschläge in Berlin keinerlei Beachtung, denn dann wäre, wie gesagt, 2014 die Rücklage komplett weg. Dabei ist diese Rücklage doch für schlechte Steuerjahre gedacht, also nicht für ein Jahr, in dem es brummt wie in diesem Jahr, und eben nicht für ein gutes Jahr, auch wenn es ein Wahljahr ist.

Wie werden uns beim Nachtragshaushalt genauso wie im Ausschuss enthalten. Es ist richtig – das ist die Tugend dabei -, die Studiengebühren abzuschaffen, aber es ist eben auch sehr, sehr viel Not dabei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bleiben Sie bitte am Pult! Freiherr von Gumppenberg hat eine Zwischenbemerkung angemeldet. Bitte.

Dietrich Freiherr von Gumppenberg (FDP): Verehrte Kollegin Stamm, mir war im Endeffekt nicht ganz klar, ob das eine haushalts- oder eine bildungspolitische Rede war. Mich interessiert ein einziger Punkt - -

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Freiherr von Gumppenberg hat das Wort.

Dietrich Freiherr von Gumppenberg (FDP): In einem Punkt war Ihre Rede für mich sehr deutlich. Sie haben gesagt, man sollte, statt Straßen zu bauen, lieber andere Dinge finanzieren. Habe ich Sie richtig verstanden, dass das konkret heißt, dass man in Bayern auf den Straßenbau im Allgemeinen und im Besonderen verzichten sollte?

(Ulrike Gote (GRÜNE): Was ist "im Allgemeinen und im Besonderen"?)

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, ich hatte mir überlegt, ob ich es überhaupt noch nennen soll, weil ich bei Ihnen keinen Gähneffekt hervorrufen wollte. Das ist ganz klar unsere Forderung, und zwar schon seit Jahren. Wir sagen: Bayern ist mit Straßen und mit seinem Straßennetz gut ausgestattet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es kann sein, dass es einmal eine Umgehungsstraße braucht. Aber das muss man genau prüfen. Wir brauchen keine neuen Straßen. Wir waren aber auch so ehrlich und haben in diesem Haushalt tatsächlich nur jene Straßen zur Gegenfinanzierung genommen, die von der Planung her noch zu stoppen wären. Deswegen fällt unsere Gegenfinanzierung nicht so groß aus, wie wir es gerne hätten. Wir würden uns wünschen, dass mehr Geld in die Sanierung flösse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen habe ich hier schon öfter den Vorschlag gemacht, man sollte es bei reparierten Straßen dem Kollegen Winter oder Innenminister Herrmann überlassen, ein weiß-rotes Band pressewirksam zu zerschneiden; dann würde es mehr reparierte und weniger neue Straßen in diesem schönen Land geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Frau Kollegin. Für die FDP erteile ich Herrn Klein das Wort. Bitte sehr.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich ein Land vor, in dem sich die Bürger eine solide Finanzpolitik wünschen; stellen Sie sich ein Land vor, in dem für die Bürger gleiche Bildungschancen ausschlaggebend für soziale Gerechtigkeit sind,

(Volkmar Halbleib (SPD): Stellen Sie sich ein Land ohne FDP vor! Das ist auch nicht schlecht!)

und stellen Sie sich ein Land vor, in dem sich die Bürger eine Regierung wünschen, die nicht sich, sondern den Bürger in den Mittelpunkt stellt. - Warum soll man sich das vorstellen? Das ist Bayern seit 2008, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Kleinsche Märchenstunde! - Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Die FDP in Regierungsverantwortung hat dem Bildungsland Bayern gutgetan. Im Doppelhaushalt 2013/2014 fließen 33,9 Milliarden Euro in die Bildung. Das ist ein Plus von 3,7 Milliarden Euro gegenüber 2008. Das bedeutet konkret eine bessere individuelle Förderung, mehr Ganztagsangebote bei offenen und gebundenen Ganztagschulen, 43.500 zusätzliche Studienplätze und damit mehr Chancengerechtigkeit für die junge Generation.

Wir haben die Chancengerechtigkeit und vor allem die Generationengerechtigkeit in einem weiteren zentralen Feld der Politik stark ausgebaut: in der soliden Finanzpolitik.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Studiengebühren wolltet ihr schon immer abschaffen, oder?)

Denn diese Koalition aus CSU und FDP verantwortet keinen einzigen Cent an neuen Schulden. Das tun wir, um künftige Generationen nicht weiter zu belasten. Dies ist der erste Baustein unserer soliden Finanzpolitik.

(Beifall bei der FDP)

Der zweite Baustein unserer soliden Finanzpolitik ist die Aufnahme der Schuldenbremse in die Bayerische Verfassung, für die wir uns – und ich mich ganz persönlich – schon seit 2010 stark gemacht haben. Das ist der Beweis dafür, dass generationengerechte Finanzpolitik in Bayern dauerhaft gesichert bleibt.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

All jenen, die immer wieder fragen, ob es denn dieses politische Commitment braucht, so wie Kollege Halbleib jetzt gerade, empfehle ich einen Blick nach Nordrhein-Westfalen. Dort zeigt eine Landesregierung, wie man mit politischen Commitments und mit der Schuldenbremse umgehen kann. Dort findet die größte Unterwanderung eines breiten Konsenses auf Bundesebene statt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sagen Sie einmal, was Rüttgers angestellt hat! Ein bisschen Selbstkritik, bitte!)

Der dritte Baustein ist die Schuldentilgung als zentraler Bestandteil der Generationengerechtigkeit dieser Regierung mit dem Ziel, die Handlungsfähigkeit auch zukünftiger Generationen zu erhalten. Denn es ist nicht der am sozialsten, der heute viele große soziale Wohltaten verspricht und austeielt, sondern derjenige, der zukünftige Generationen in die Lage versetzt, den Sozialstaat zu erhalten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr macht nur Geschenke für eure Klientell!)

Deshalb ist die Schuldentilgung der richtige Weg. Die Beharrlichkeit der FDP-Fraktion und der Liberalen insgesamt hat sich als erfolgreich erwiesen. Wir haben schon im November 2011 die Schuldentilgung beschlossen und den Anstoß in die Koalition gegeben. Der Weg aus dem Schuldenstaat ist in Bayern unwiderruflich begonnen worden. Wir haben im Nachtragshaushalt 2012 eine Milliarde Euro getilgt. Im Doppelhaushalt 2013/2014 waren 1,06 Milliarden Euro geplant. Es ist – das kann man gar nicht oft genug betonen – ein zentraler Punkt des Bildungsfinanzierungsgesetzes, dass es uns gelungen ist, immer wieder darauf hinzuweisen und einzufordern, dass zusätzlich zu diesen 1,06 Milliarden Euro 480 Millionen Euro in die Schuldentilgung fließen. Damit tilgen wir im Doppelhaushalt 1,5 Milliarden Euro und in drei Jahren 2,5 Milliarden Euro.

(Beifall bei der FDP)

Das sind 2,5 Milliarden Euro für die Generationengerechtigkeit in Bayern und mehr als 10 % der Schulden, die wir von der Vorgängerregierung übernommen haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): In dieser Periode wurden 10 Milliarden aufgebaut!)

Die Tilgung der bayerischen Altschulden ist die klare politische Zielsetzung. Schon allein in diesem Punkt unterscheiden wir uns von der Opposition aus SPD, GRÜNEN und FREIEN WÄHLERN. Sie machen Schulden, wir tilgen Schulden.

(Lebhafter Beifall bei der FDP - Thomas Hacker (FDP): So ist es!)

Ein weiterer zentraler Bestandteil dieses Bildungsfinanzierungsgesetzes sind 150 Millionen Euro, die zusätzlich in die frühkindliche Bildung fließen. Wir gehen in die Chancengleichheit unabhängig von sozialer Herkunft, in den fließenden Übergang vom Kindergarten auf die Grundschule allein mit 75 Millionen Euro. Wir sorgen für ein Mehr an Betreuungsqualität, flexiblere Öffnungszeiten, wohnortnahe Förderung von Kindern mit Behinderung und für verbesserte Betreuungszeiten für Kleinkinder - allein dieser

Block macht 50 Millionen Euro aus. Und wir gehen – ja, ganz bewusst, Kollegin Stamm – einen weiteren Schritt bei der Beitragsbefreiung im Kindergarten.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Mit 50 Euro zusätzlichem Zuschuss ab dem 1. September 2014 pro Monat und Kind erreichen wir die Beitragsfreiheit der halben Zeit im Kindergarten. Das ist ein beispielloser Akt für Deutschland. Das bedeutet eine Entlastung um 1.800 Euro in der Gesamtzeit für die Eltern im Freistaat Bayern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Inge Aures (SPD): Da klatscht ja nicht einmal die FDP!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin gerne bereit und nehme diese Herausforderung von den GRÜNEN auch an, dieses Thema im Wahlkampf offen mit Ihnen auszutragen und zu sagen, dass Sie nicht bereit sind, eine familienpolitische Leistung zu erbringen und Familien um 1.800 Euro zu entlasten, Familien, die die Leistungsträger in diesem Land sind, die sich in der Startphase befinden und schon genügend finanzielle Lasten tragen. Wir entlasten sie, Sie wollen sie belasten.

(Beifall bei der FDP)

Auch setzen wir mit 62 Millionen Euro einen Schwerpunkt in der beruflichen Bildung. Das ist der Meisterbonus von 1.000 Euro; der Pflegebonus macht insgesamt 23 Millionen Euro aus, und es geht um den schon vom Kollegen Herold angesprochenen und noch im Haushaltsverfahren beschlossenen Schulgeldausgleich für die privaten Fachschulen für Heilerziehungspflege und Heilerziehungspflegehilfe in Höhe von 10 Millionen Euro. Damit setzen wir einen klaren Schwerpunkt in der beruflichen Bildung und in der frühkindlichen Bildung.

Im Bereich der frühkindlichen Bildung gehen wir noch darüber hinaus. In den Krippenausbau, bei dem wir seit 2008 einen enormen Aufholprozess gestartet haben, geben wir noch einmal 274 Millionen Euro. Wir führen das Sonderinvestitionsprogramm Krip-

penausbau über 2013 hinaus bis 2014 durch. Bayern investiert wie kein anderes Bundesland – auch das hat Kollege Herold zu Recht schon erwähnt – in den Ausbau der Krippenplätze. Wir haben die Anzahl der Krippenplätze seit 2008 von 44.000 auf 105.000 Angebote erhöht und damit mehr als verdoppelt.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann man vielleicht zu Recht sagen, dass Bayern im Jahr 2008 etwas im Hintertreffen war.

(Christa Naaß (SPD): Nur etwas?)

Aber diese Koalitionsregierung aus CSU und FDP hat nicht nur eine Aufholjagd gestartet, sondern wir haben auch alle anderen überholt. Denn nirgendwo ist der Unterschied zwischen Bedarf und Angebot so gering wie in Bayern. Auch deshalb ist dieses Bildungsfinanzierungsgesetz ein voller Erfolg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Der vierte Baustein ist die volle Kompensation der Studienbeiträge: 219 Millionen Euro in diesem Doppelhaushalt. Auch das ist keine Selbstverständlichkeit; denn erstens wollte nicht jeder die volle Kompensation für die Hochschulen insgesamt und zweitens sieht der Vorschlag der Opposition zur Kompensation vor, dass alle Universitäten keine volle Kompensation bekommen. Wir als FDP wollten von Anfang an für den Fall, dass die Studienbeiträge wegfallen, eine volle Kompensation der Studienbeiträge, und zwar so, dass sie jede Hochschule erreicht. Und das haben wir jetzt auch in Gesetzesform gegossen.

Der fünfte Baustein ist die Abfinanzierung. Verpflichtungen aus der Vergangenheit für beschlossene Baumaßnahmen in Höhe von 150 Millionen Euro werden im Privatschulbereich, im Vereinssportstättenbau oder für Einrichtungen für Menschen mit Behinderung zur Verfügung gestellt. Auch das ist ein wichtiger Baustein in diesem Bildungsfinanzierungsgesetz. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal festhalten, dass

wir mit 480 Millionen Euro Schuldentilgung und 150 Millionen Euro Abfinanzierung insgesamt 630 Millionen Euro in den Abbau alter Verpflichtungen investieren. Das ist ein großer Beitrag zur Generationengerechtigkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Natürlich darf auch ein Punkt nicht unerwähnt bleiben, der der FDP schon lange ein Anliegen gewesen ist: Aufgrund allgemeiner politischer Konstellationen ist es gelungen, in diesem Haushaltsgesetz auch noch die Deutschkurse für Asylbewerber unterzubringen. Liebe Brigitte Meyer, wir haben schon lange für dieses Ziel gekämpft, haben aber leider keine Mehrheit gefunden; jetzt ist es gelungen. Auch deshalb ist dieses Bildungsfinanzierungsgesetz ein großer Erfolg.

(Beifall bei der FDP)

Welche sind die großen Klammern um dieses Bildungsfinanzierungsgesetz? – Die solide Finanzpolitik, die ich Ihnen eben schon dargestellt habe, die Symmetrie in der Bildungsfinanzierung und die Durchlässigkeit als große gesellschaftliche Botschaft dieser Koalition. Es ist uns gelungen, gerade auch für die frühkindliche Bildung beim Thema Durchlässigkeit 150 Millionen Euro auf den Weg zu bringen. Die Durchlässigkeit in Bayern wird mit diesem Bildungsfinanzierungsgesetz stark zunehmen, weil wir den fließenden Übergang vom Kindergarten zur Grundschule und die Qualität der Betreuung verbessern, wie ich schon ausgeführt habe.

Die Durchlässigkeit in Bayern hat auch durch die flexible Grundschule zugenommen, in der das individuelle Lerntempo der Kinder berücksichtigt wird. Die ersten zwei Schuljahre können in einem Schuljahr, in zwei Schuljahren oder in drei Schuljahren durchlaufen werden. Die Durchlässigkeit in Bayern wurde auch mit der Gelenkklasse verbessert, sodass man direkt nach der fünften Klasse ohne Wiederholung in die sechste Klasse wechseln kann.

Wir haben Bayern auch mit den Kooperationsmodellen durchlässiger gemacht. Mittelschule und Realschule arbeiten zusammen. Bei erfolgreichem Erreichen des qualifizierten Abschlusses kann nach zwei zusätzlichen Jahren auch der Realschulabschluss an der Mittelschule erworben werden. - Bayern ist auch in der FOS/BOS durchlässiger geworden. Neben dem Weg über das Gymnasium kann dort die Allgemeine Hochschulreife erreicht werden.

Bayern ist durch das Meister-BAföG durchlässiger geworden. Wir geben hier 49 Millionen Euro in jedem Jahr; 22.000 junge Menschen haben im Jahr 2012 davon Gebrauch gemacht. Bayern wird jetzt durchlässiger durch den Meister-Bonus.

Bayern ist ferner durch die allgemeine Hochschulzugangsberechtigung für Meister durchlässiger geworden, die wir schon in den Jahren 2009 und 2010 nach großem Engagement von Wolfgang Heubisch, dem ich an dieser Stelle dafür noch einmal danken möchte, eingeführt haben.

Bayern ist in dieser Koalitionsregierung durchlässiger geworden. Wir sind der Meinung, dass dieser Weg im Bildungssystem richtig ist. Das findet sich nicht nur in diesem Bildungsfinanzierungsgesetz wieder, sondern in den Haushalten der letzten Jahre. Wir haben fast 6.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Auch das findet sich im Haushalt wieder, weil uns die Durchlässigkeit wichtig ist.

Wenn Sie der Meinung sind, vielleicht denke nur die FDP beim Thema Durchlässigkeit so, vielleicht sei nur die FDP der Meinung, dass die Bildungsgerechtigkeit für die soziale Gerechtigkeit in Deutschland ausschlaggebend ist, dann möchte ich Ihnen klar sagen: Es ist nicht nur die FDP. Vielmehr steht in einer Befragung der Deutschen laut einer Studie des Allensbach-Instituts an allererster Stelle der Wunsch, dass die soziale Gerechtigkeit für die Bildungschancen ausschlaggebend sein soll. Deshalb widmen wir uns diesem Thema. Wir tun dies nicht deshalb, weil wir es programmatisch für angebracht halten. Wir gießen das in Haushaltsform, weil das der Wunsch der Bevölkerung ist. Das zeigt, dass die FDP näher am Menschen ist.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Die Qualität des Bildungssystems haben verschiedenste Gutachten und Monitore gezeigt. Im Mittelstandsbarometer von 2013 von Ernst & Young zum Beispiel liegt Bayern auf Platz eins in der Beurteilung der Bildungspolitik. Übrigens lag Bayern im Vorjahr auf Platz drei. Man sieht, dass diese Koalition eine Entwicklung nach oben geschafft hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Bildungsmonitor 2012 des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Köln, im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft: Platz eins für Bayern bei Schulqualität, Förderung der beruflichen Bildung und Input-Effizienz. Bertelsmann Studie zum Schulwechsel vom Oktober 2012: Bayern top. Für alle, die das immer wieder kritisieren, sage ich: Es gibt nur in Bayern so viele Aufsteiger und mehr Aufsteiger als Absteiger. Unsere Bildungspolitik und unser Weg, Bayern durchlässiger zu machen, haben Erfolg. Das spiegelt sich in den Zahlen wider.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb gehen wir diesen Weg mit dem Bildungsfinanzierungsgesetz weiter. Wir arbeiten an der Durchlässigkeit in der beruflichen Bildung, in der frühkindlichen Bildung und in der Hochschule; denn die Durchlässigkeit des Bildungssystems sorgt für Chancengerechtigkeit beim Start ins Berufsleben und für eine qualitativ hochwertige Schulausbildung. Das ist auch ausschlaggebend bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels. Das ist wichtig für das Innovations- und Forschungsland Bayern. Es ist auch wichtig dafür, dass wir in Bayern weiterhin ein so hohes Wachstum haben, dass die Bürgerinnen und Bürger in Wohlstand leben und der Wohlstand erhalten wird, aber auch dafür, dass die Steuereinnahmen in Bayern weiter sprudeln, die wir zur Konsolidierung und zur Schaffung von Freiräumen für Investitionen in die Bildung brauchen. Deshalb ist dieses Bildungsfinanzierungsgesetz, ist dieser Nachtragshaushalt auf der Linie der Politik dieser Koalition. Das Bildungsfinanzierungsgesetz ist kein Ausrutscher

und kein Versehen. Das Bildungsfinanzierungsgesetz ist auch nicht aus der Not geboren.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Es wurde uns auch von niemandem aufgezwungen,

(Lebhafter Widerspruch von der SPD)

sondern es folgt der klaren Linie unserer Politik. Wir tilgen Schulden in Höhe von 480 Millionen Euro. Wir schaffen Durchlässigkeit bei den Schulformen, wie ich Ihnen schon dargelegt habe.

(Widerspruch von der SPD)

Wir wollen Bayern nicht nur lebenswerter machen, sondern wir wollen auch die Wettbewerbsfähigkeit Bayerns weiter stärken. Deshalb widmen wir uns der Haushaltskonsolidierung, der Durchlässigkeit und der Bildungssymmetrie in diesem Land; denn eines ist doch ebenso klar: Wenn wir an der Spitze der Bildungspyramide eine Entlastung der Studierenden an Hochschulen vornehmen, dann steht für uns Liberale im Vordergrund, dass auch bei der frühkindlichen und der beruflichen Bildung ein Finanzierungsschwerpunkt liegen muss. Deshalb wird das eine runde Sache, die mit diesem Gesetz nicht nur auf den Weg gebracht wird, sondern sie ist in der gesamten Regierungspolitik dieser Koalition begründet. Das ist ein Zwischenergebnis dieser Koalition, die im kommenden September in die Verlängerung gehen wird, und zeigt, dass wir eine klare Vorstellung davon haben, wohin wir Bayern führen wollen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

In dieser Richtung werden wir weiterarbeiten.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Klein. – Für die SPD bitte ich Frau Naaß und anschließend Herrn Strobl ans Mikrofon. Ihnen gemeinsam verbleiben neun Minuten und zweiundvierzig Sekunden Redezeit.

Christa Naaß (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Klein – wo ist er denn? -, das war gerade eine richtig schöne Märchenstunde, die Sie uns da gegeben haben.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Die Märchen kommen jetzt! Das ist die Realität in Bayern, Frau Kollegin Naaß!)

In Ihrer Märchenstunde haben Sie ausgeblendet, dass CSU und FDP diesem Land 10 Milliarden Euro Schulden aufgebürdet haben.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP))

Sie blenden das aus.

Zweitens. Als Überschrift über dieses Bildungsfinanzierungsgesetz könnte man schreiben: Wohin die Angst führt. Die Regierungsfaktionen haben Angst vor dem Votum der Bürgerinnen und Bürger, die Studiengebühren per Volksentscheid zu kippen, und Angst davor, dass diese Koalition kippt; denn das war der Antrieb für Sie, dieses Bildungsfinanzierungsgesetz überhaupt vorzulegen.

(Beifall bei der SPD)

Es war die Angst davor, dass diese Koalition flöten geht, und davor, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass mittlerweile die Opposition das Regierungshandeln bestimmt und nicht mehr Sie.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Hört! Hört!)

Schauen Sie sich doch Ihren eigenen Gesetzentwurf mit der Überschrift "Abschaffung der Studiengebühren" an. Das ist eine Forderung der Opposition. Die Kompensation

ist ebenfalls eine Forderung der Opposition. Wer hat den Meisterbonus, den Pflegebonus, den Schulgeldersatz bei der Altenpflege, in Kinderpflegeschulen und Fachakademien für Sozialpädagogik seit Jahren gefordert? Das waren doch nicht Sie. Sie haben blockiert. Das Sozialministerium und das Kultusministerium haben zwei Jahre lang blockiert, bis es überhaupt zu einer Verbesserung bei der Altenpflege gekommen ist. Forderungen, die die SPD seit Jahren gestellt hat, haben Sie abgelehnt und jetzt durch dieses Bildungsfinanzierungsgesetz aufgegriffen.

(Beifall bei der SPD)

Bis zur letzten Minute waren Sie nicht in der Lage, einen gescheiterten Antrag zur Heilerziehungspflege einzubringen. Der Antrag wurde erst während der Beratungen zum Einzelplan 10 schnell vorgelegt.

(Beifall bei der SPD)

Die Beitragsentlastung und die Verlängerung des Sonderinvestitionsprogramms sind Forderungen der Opposition, die Sie jetzt in diesem Zusammenhang aufgreifen. Im Grunde genommen regieren wir schon mehr, als Sie sich das vorstellen können.

(Beifall bei der SPD)

Genauso ist es mit der Verbesserung der Situation der Asylbewerber in Bayern gelaufen. Die SPD hat im Doppelhaushalt zusätzliche Mittel gefordert, für das Haushaltsjahr 2013 1,5 Millionen Euro und für das Haushaltsjahr 2014 3 Millionen Euro. Das haben Sie noch vor vier Monaten abgelehnt. Jetzt kommen Sie mit diesem Bildungsfinanzierungsgesetz und haben genau die Mittel aufgenommen, die wir im Dezember beantragt haben. Das haben Sie zum damaligen Zeitpunkt abgelehnt.

Sie greifen den Ausbau der Kinderbetreuung und die Qualitätsverbesserung jetzt auf. Das sind genau die Forderungen, die wir im Doppelhaushalt gestellt haben. Exakt diesen Betrag haben Sie mit dem Bildungsfinanzierungsgesetz für das Jahr 2014 übernommen. Leider Gottes haben Sie das Jahr 2013 vergessen. Deswegen haben wir

einen Änderungsantrag eingereicht. Diesem können Sie heute noch zustimmen. Dann hätte das Ganze noch Sinn. Sie haben sich nur auf das Jahr 2014 und nicht auf das Jahr 2013 konzentriert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute nehmen Sie die längst erforderliche Korrektur an Ihrer eigenen Regierungspolitik vor. Leider machen Sie das nur halbherzig; denn mit Steuergerechtigkeit haben Sie nach wie vor wenig am Hut. Das sieht nicht nur die SPD so. Der Oberste Rechnungshof schreibt das jedes Jahr seit 1998 in jeden Bericht. Erst letzte Woche haben wir im Haushaltsausschuss wieder über den Bericht des Obersten Rechnungshofes diskutiert. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft hat sich ebenfalls zu Wort gemeldet: Bayern zeichnet sich traditionell durch eine eher laxen Praxis aus. Das sage nicht ich, sondern der ehemalige Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Dieter Ondracek. Er ist jedem hier im Hohen Haus bekannt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Ist Herr Söder noch da? Sie spielen sich als Goldesel auf und verteilen die Dukaten, die Ihnen gar nicht selber gehören, mehr als großzügig über das Land. Eine Einweihung jagt die andere. Auf der anderen Seite tun Sie nichts, aber auch gar nichts, um die Steuereinnahmen zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD)

Bayern ist beim Einsatz von Personal im bundesweiten Vergleich Schlusslicht, ob bei der Betriebsprüfung, der Steuerfahndung oder der Umsatzsteuer-Sonderprüfung. Kleine Betriebe werden nur noch alle 40,8 Jahre, mittlere Betriebe alle 19,9 Jahre und Großbetriebe alle 4,9 Jahre geprüft. Nicht umsonst wird Bayern als Paradies für Steuersünder bezeichnet. Die Unehrliehen profitieren – solche Schlagzeilen lesen wir jeden Tag. Heute in "Spiegel online": Das weiß-blaue Steuerparadies. Der ehemalige Finanzminister Huber hat sich dieser Tage mit der Forderung zu Wort gemeldet, Bayern brauche mehr Steuerfahnder. Da muss man schon fast lachen. Kolleginnen und Kollegen, das ist mehr als makaber.

(Beifall bei der SPD - Susann Biedefeld (SPD): Volksverdummung!)

Wer ist dafür verantwortlich, dass derzeit ein rechnerischer Personal Fehlbedarf von fast 5.000 Stellen in der Finanz- und Steuerverwaltung besteht? Das ist ein Skandal, den Sie und Ihre ehemaligen Finanzminister Huber, Falthäuser und Fahrenschohn und Sie, Herr Staatsminister Söder, zu verantworten haben.

(Beifall bei der SPD)

Allein beim Finanzamt München besteht im Rahmen der Betriebsprüfung eine Unterbesetzung von 25 %. Dieses kleine Steuer-FBI, das Sie auf den Weg gebracht haben, ist mehr als lachhaft im Verhältnis zu dem, was auf den Weg gebracht werden müsste.

Obwohl Bayern Schlusslicht im bundesweiten Vergleich bei der Betriebsprüfung ist, wurde die Zahl der Betriebsprüfer um das Doppelte reduziert. Herr Huber hat früher der Opposition vorgeworfen, eine "Neiddiskussion zu führen", als wir immer wieder das Thema Steuervollzug thematisierten, "und den Standort Bayern schlechtzureden". Mir klingen noch die Ohren. Ich kann mich noch ganz gut erinnern. Selbstverständlich haben wir als Opposition, als SPD, Anträge eingebracht, um die Steuer- und Personalsituation zu verbessern. Das milliardenschwere Staatsversagen ist Realität im Freistaat Bayern. Deswegen wollen wir mehr Steuergerechtigkeit hervorrufen.

Ich möchte mich bei den Beschäftigten bedanken, die trotz dieser widrigen Umstände ihr Bestes tun. Dabei denke ich nur daran, dass Sie den Pensionsfonds kappen wollen. Das wäre aber für die Beschäftigten wichtig. Ich gebe Ihnen den Rat: Stimmen Sie heute unseren Anträgen zu. Damit tragen Sie endlich zu mehr Steuergerechtigkeit bei. und dann könnten Sie heute Nacht etwas ruhiger schlafen.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herrn Strobl von der SPD verbleiben 3 Minuten und 26 Sekunden Redezeit. Das schaffen Sie.

Reinhold Strobl (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) - Das schaffe ich.

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Klein, Sie haben gesagt, wir machten Schulden, und Sie würden die Schulden tilgen. Ich möchte eines feststellen: In Bayern haben wir noch keinen einzigen Euro Schulden gemacht. Das waren Sie, CSU und FDP. Damit das mal klar ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Widerspruch bei der CSU und der FDP)

- Je größer der Aufschrei, desto besser gefällt es mir.

Herr Kollege Herold, Sie haben ein Loblied auf die Landesregierung gesungen. Sie haben die Verdienste und neuen Aktivitäten ausgeführt. In Wahrheit war das eine Aufzählung der bisherigen Versäumnisse. Das muss man auch einmal feststellen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben nach wie vor Probleme: Wir haben zu wenig Lehrer. Wir haben zu große Klassen. Wir haben an vielen Orten eine ruhende Mittelschule. Wir haben das G 8. Gescheite Leute von der CSU sagen: Es muss jetzt wieder Ruhe in die Bildungspolitik kommen. Haben wir Unruhe in die Bildungspolitik gebracht? All das, was täglich an Pressemeldungen und Rundschreiben kommt, kommt aus dem Kultusministerium.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt habe ich ein Problem, weil meine Redezeit nur noch 1 Minute und 54 Sekunden beträgt. Eines muss auch klar sein: Geht es um Bildung, oder geht es um Haushalt? Das ist vorhin schon einmal gesagt worden. Selbstverständlich gibt es einen Zusammenhang zwischen der Finanzpolitik und dem, was man für die Bildung tun muss. Wenn man auf Finanzprüfer verzichtet und keine Steuer-CDs kaufen will, hat das Auswirkungen auf den Haushalt. Wenn man keine gerechte Steuerpolitik betreiben will, hat das Auswirkungen. Um eine vernünftige Bildungspolitik machen zu können, braucht man die entsprechenden Finanzmittel. Das hat überhaupt nichts mit Neid zu

tun, sondern damit, dass jeder nach seinen Möglichkeiten an der Finanzierung unseres Staates zu beteiligen ist. Darum geht es und um nicht weniger.

(Beifall bei der SPD)

Das A und O in unserem Land ist eine gerechte Steuerpolitik. Wenn man die betreiben würde, wäre vieles zu finanzieren. Während die Sportvereine – das ist noch nicht angesprochen worden – bei uns auf die Auszahlung der seit Jahren zugesagten Finanzmittel warten müssen, hat man schon vor ein paar Jahren im Bereich Jugend und Sport verschiedene Maßnahmen finanziert. Das muss man auch noch einmal in Erinnerung rufen. Bayern war beim kostenfreien Kindergartenjahr nicht dabei. Das ist nicht bei uns, sondern in Kärnten erfolgt. Wir haben 1.000 Euro Begrüßungsgeld finanziert, aber nicht bei uns, sondern in Kärnten.

(Beifall bei der SPD)

Bayern hat dazu beigetragen, dass ein neues Fußballstadion gebaut wurde, aber nicht bei uns, sondern in Kärnten. Das alles muss man in Erinnerung rufen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es gibt wirklich noch viel zu tun. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Sportvereine jetzt mehr bekommen. Endlich bekommen die Sportvereine ihre Gelder schneller, auf die sie vorher jahrelang warten mussten. Das ist gut. Jedoch ist eine weitere Verbesserung der Situation nach wie vor notwendig.

(Thomas Hacker (FDP): Also stimmen Sie jetzt zu!)

Das werden wir nach dem 15. September auch machen. Dann werden wir die Schulden, die Sie über Jahrzehnte aufgebaut haben, zurückzahlen müssen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die Staatsregierung hat Staatsminister Söder um das Wort gebeten.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe dieser Debatte sehr ausführlich zugehört. Wenn noch mehr Bürger als heute hier im Saal die Debatte verfolgt hätten, hätten sie – so könnte ich es mir vorstellen – gehört: Bayern ist Schlusslicht, Bayern ist schlimmer als die Schweiz; in Wahrheit regiert die SPD schon. Die Bürger bekämen bei der Vorstellung, dass Bayern Schlusslicht ist und die SPD schon regiert, wirklich Angst. Gott sei Dank aber ist die Situation in der Realität eine andere.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es stimmt, Bayern macht nicht alles perfekt. Bayern macht es aber besser als alle anderen, und das lässt sich belegen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erst gestern hat die international anerkannte und hoch kritische Agentur Standard & Poor's Bayern erneut ein Triple A bescheinigt, weil sie in der Finanzpolitik eine der großen Stärken Bayerns sieht. Das sollten Sie endlich zur Kenntnis nehmen. Bayern ist auch international stark und anerkannt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie rätseln über die Motive und Fragen: Was treibt die Staatsregierung jetzt an? Eines kann ich Ihnen schon sagen: Die Opposition nicht. Neue Ideen habe ich nicht gehört. Von Ihnen kommen kontinuierlich nur Vorschläge dafür, wie man Geld ausgeben kann. Eines sage ich Ihnen schon, Herr Strobl: Sie haben recht, Sie haben noch keine Schulden gemacht. Sie möchten aber Schulden machen, und das werden die Bayern nicht zulassen. Wir machen keine Schulden. Wir lassen das nicht zu.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD: Und was war mit der Landesbank?)

Neue Ideen bei der Opposition sehe ich nicht.

Stehen wir so im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern, dass Bayern Angstschweiß hat, weil uns die anderen auf den Fersen sind? Einmal ganz ehrlich, meine Damen und Herren: Beim Vergleich der Finanzdaten war der Abstand zu den anderen Ländern, den wir haben, noch nie so groß. Selbst das ehemals so starke Baden-Württemberg, das früher zu den Musterländern finanzpolitischer Solidität und Seriosität gehört hat, geht den Weg der Verschuldung. Bayern ist mit einer soliden Finanzpolitik in Deutschland einsam an der Spitze.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Gesetzentwurf, den wir heute behandeln – Kollege Klein und Kollege Herold haben es sehr gut ausgeführt, wie ich finde –, ist nicht ein Signal der Angst, sondern ein Signal der Stärke. Wer kann denn in diesen Zeiten national wie auch international ein solches Werk vorlegen? Das ist doch keine Flickschusterei, sondern ein Konzept, um dieses Land Bayern voranzubringen.

Wir können dieses Konzept aus zwei Gründen vorlegen: Erstens sind die Bayern ganz besonders fleißig. In anderen Bundesländern gibt es zwar auch fleißige Menschen. Der Unterschied besteht aber darin, dass in Bayern eine bessere Politik gemacht wird, und darum kann der Fleiß der Menschen auch die entsprechende Rendite zeigen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweitens haben wir das Geld, das wir jetzt einsetzen, mit Steuermehreinnahmen, einem besseren Haushaltsvollzug und einer guten Finanzpolitik erwirtschaftet. Diese Verbindung aus gutem Wirtschaften, Fleiß der Menschen und einer effektiven und effizienten Finanzpolitik ergibt die Möglichkeit, neue Ansätze zu finden. Was tun wir? Wir

– das finde ich als das eigentlich Faszinierende – verteilen nicht nur Geld. Wir setzen einen Teil des Geldes ganz bewusst ein, um Schulden zu tilgen.

Jetzt kommt die Kritik, ob das sein muss, ob es nicht besser wäre, das Geld irgendwie zurückzulegen. Eines muss jedem klar sein: Geld, das man zur Verfügung hat, auf einem Konto anzulegen und dafür wenig Zinsen zu bekommen, anderswo aber für Schulden hohe Zinsen zu bezahlen, ist schlechtes kaufmännisches Verhalten. Wir verhalten uns wie jeder gute Kaufmann: Wir bauen Schulden ab und keine neuen auf.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deswegen ist die Schuldentilgung, die erneut erhöht wird, so wichtig. Vor eineinhalb Jahren haben wir gemeinsam in der Koalition die Schuldentilgung zu einem Topthema gemacht. Am Anfang haben manche gesagt: Da wird nebenbei ein Bisschen, das übrig bleibt, in die Schuldentilgung gesetzt. So haben wir es früher auch schon gemacht; was ist neu daran? Wir haben uns ganz bewusst dazu entschlossen, der Schuldentilgung Priorität einzuräumen, weil wir in der europäischen Schuldenkrise das Signal setzen wollten, dass wir Bayern in diesem weltweiten Wettbewerb um gute Standortbedingungen unabhängig, autark und stabil sind. Deswegen haben wir nicht nur die erste Milliarde investiert, sondern wir haben mit 1,5 Milliarden zusätzlich insgesamt einen Betrag von 2,5 Milliarden Euro investiert. Das sind 11 % der Schulden im allgemeinen Haushalt. Dies haben wir in eineinhalb Jahren erreicht, wobei unser Ziel das Jahr 2030 ist. Man darf an vielem zweifeln. Die Tilgung, die wir geleistet haben, ist aber nach unserer Überzeugung ein klares Signal dafür, dass es keinen Zweifel daran gibt, dass Bayern die Schuldentilgung als erstes und einziges Land in Europa schaffen wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Christa Naaß (SPD): Steueroase!)

Nicht nur das haben wir erreicht, sondern wir investieren auch. Die Bildungspolitik steht zu Recht im Fokus der Diskussion. Was ist das Beste, das wir für die Bildung tun können? Ich glaube, darin sind sich alle einig. Neben vielen guten pädagogischen

Konzepten ist auch die Quantität eine Herausforderung. Trotz der Pensionsrücklagen und trotz des Länderfinanzausgleichs geben wir jeden dritten Euro in Bayern für die Bildung aus. Zusammengerechnet war das zwischen 2008 und 2013 ein Plus von 25 %. Zeigen Sie mir ein Land in Deutschland, das die Bildung so stärkt und dabei noch Schulden tilgt. Sie werden kein anderes finden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es geht nicht nur um die Abschaffung der Studienbeiträge, denn wir in Bayern beachten anders als in anderen Ländern nicht nur einen Teil der Bildung. Wir unterscheiden nicht zwischen Schule und Hochschule, sondern bauen beide Einrichtungen auf und verbessern die Bedingungen. Das müssen wir auch. Wir haben uns dazu entschieden, die Studiengebühren abzuschaffen. Dennoch gibt es das für die Qualität der bayerischen Hochschulen bemerkenswerte Signal, dass trotz der Studiengebühren in ganz Deutschland der Wunsch bestand, entweder in den Vereinigten Staaten von Amerika oder in Bayern zu studieren. Das ist doch ein Mustersiegel für die Qualität der bayerischen Hochschulen. Auch dafür sollte man dankbar, darauf sollte man stolz sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mit dem Pflegebonus und dem Meisterbonus setzen wir ein Signal dafür, dass uns die berufliche Bildung genauso am Herzen liegt. Wir setzen ein Signal dafür, lieber Kollege Breitschwert, dass das Handwerk die Basis für wirtschaftlichen Erfolg in Bayern ist. Alte Bundesregierungen haben die Handwerksmeister eher getriezt, geärgert und geschwächt. Wir setzen dagegen ein Signal der Stärkung. Der Meisterbonus ist nicht nur ein Zuckerle, sondern das tiefe Bekenntnis des Freistaats Bayern zu seinem Handwerk.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Pflegebonus mit der Ergänzung für die Heilberufe und die Gebärdendolmetscher ist sozialpolitisch ein wichtiges Signal. Er zeigt nicht nur, dass Bayern auf harte Fiskal-

daten setzt und dass wir bei Analysten, Bankern und Finanzexperten einen guten Ruf haben wollen, sondern er zeigt auch, dass uns der menschliche Zusammenhalt in der Gesellschaft mindestens genauso wichtig ist. In Bayern lohnt es sich nicht nur, jung zu sein und Perspektiven zu haben. In Bayern soll man auch seinen verdienten Lebensabend genießen können. Deswegen stärken wir all diejenigen, die im Land Heil- und Pflegeberufe ergreifen und sich mit Menschen mit Behinderung und mit älteren Menschen auseinandersetzen. Wir wollen in Bayern ein Signal dafür setzen, dass jede Generation eine gute Zukunft hat. Das tun wir mit dem heutigen Gesetzentwurf.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Lassen Sie mich noch einen Satz zur frühkindlichen Bildung sagen. Sie liegt uns allen, uns, der CSU, aber auch der FDP sehr am Herzen. Das möchte ich an der Stelle ausdrücklich erwähnen. Das, was wir für die frühkindliche Bildung leisten, ist auch bemerkenswert. Warum? Anders als in den ganzen Schreidebatten über Familienpolitik leisten wir unmittelbar vor Ort dort, wo es um die Familie und um das Wohl der Kinder geht, Hilfestellung. Wir zeigen für alle Formen der Hilfe eine offene Hand. Wir haben für Migrantenkinder, aber nicht nur für sie, sondern auch dort, wo Familien einen Stärkungsbedarf haben, Angebote für Sprachförderung entwickelt.

Meine Damen und Herren, die Kooperationen zwischen den Grundschulen und den Kindertageseinrichtungen sind Meilensteine der Zusammenarbeit. Liebe Christine Haderthauer, Karsten Klein und Hans Herold haben es bereits angesprochen, aber ich möchte es ebenfalls sagen: Ich erinnere daran, wo wir beim Krippenausbau angefangen haben. Da soll mir einmal jemand ein Bundesland in Deutschland zeigen, dem es gelungen ist, innerhalb einer Legislaturperiode von einem hinteren Platz so nach vorn zu kommen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir wären schon viel weiter, wenn in einigen Städten, wie zum Beispiel München, der zuständige Oberbürgermeister nicht mehr Zeit mit anderen Dingen als mit seiner Kommunalpolitik verbringen würde.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Noch ein Wort zum Personal, das bei Frau Kollegin Naaß und vielen anderen ein wichtiges Thema war. Wir werden über dieses Thema heute Abend noch reden, aber einige Aspekte möchte ich anführen. Eines ist für mich schizophran: Sie sagen, wir hätten einen laxen Steuervollzug, hier würden Vorfälle bewusst ignoriert. Gleichzeitig sagen Sie, die Finanzbeamten seien toll. Meine Damen und Herren, der Steuervollzug wird nicht von diesem Parlament, sondern von den Finanzbeamten gemacht. Wenn sie ihre Arbeit gut machen, gibt es auch keinen laxen Steuervollzug. Bei uns wird nach Recht und Gesetz gearbeitet. Alle anderen Behauptungen sind eine Unverschämtheit, die wir zurückweisen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bei uns gibt es die meisten Steuereinnahmen. Bei uns gibt es die höchsten Prüfergebnisse. Sie behaupten, wir hätten nichts getan. Alles zusammengerechnet haben wir in den letzten Jahren bis zu 1.300 Stellen geschaffen und eine Sonderkommission eingerichtet, deren Stellen wir verdoppeln. Die Finanzgewerkschaft kritisiert uns zwar immer wieder, lobt aber dieses Engagement ganz besonders. Ich möchte aber nicht nur von den neuen Finanzbeamten sprechen, sondern auch darauf eingehen, wie Bayern seine Fürsorgepflicht für alle Beamten, nicht nur die Finanzbeamten, wahrnimmt.

Wir werden nachher kurz über die Besoldungsbezüge reden. Für unsere Beamten und die Finanzbeamten ist vieles wichtig, dabei auch, wie ihre unmittelbare Lebenssituation aussieht. Wir in Bayern übernehmen nicht nur für Angestellte, sondern auch für Beamte und Versorgungsempfänger die Erhöhung der Tarifbezüge. Andere Bundeslän-

der, wie Baden-Württemberg, setzen hier auf zeitliche Verschiebungen oder differenzierte Staffellungen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das haben Sie doch auch gemacht!)

Nordrhein-Westfalen spricht von Null-Runden. Meine Damen und Herren, es ist besser, in Bayern Finanzbeamter zu sein, als unter Rot-Grün oder Grün-Rot.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Sie sprechen hier über Dinge, die Sie selbst gemacht haben!)

Liebe Frau Stamm, weil wir gerade über Demonstrationen sprechen. Ich würde mir wünschen, dass in Deutschland nicht nur für mehr Geld da oder dort demonstriert wird, sondern dass überall Demonstrationen gegen Schulden organisiert würden. Ich schlage vor, dann einmal vor den Staatskanzleien in Stuttgart, Düsseldorf, Mainz, Kiel und Potsdam zu demonstrieren und vor der Senatskanzlei in Berlin ein Lager aufzuschlagen. Dort muss gegen Schulden demonstriert werden. Bayern muss gelobt werden. Das ist die Lage aus unserer Sicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich respektiere, dass Sie eine andere Auffassung haben. Ich akzeptiere, dass Sie gerne Vorschläge für viele neue Schulden machen. Eines sage ich Ihnen aber schon: Sie erwecken hier den Eindruck, dass Sie ab September regieren würden, da die Umfragen ja toll seien. Ich kenne keine solche Umfrage für Sie, aber das ist nicht entscheidend. Lassen Sie am Ende einfach die bayerischen Bürgerinnen und Bürger darüber entscheiden, wo es ihnen gut geht und wo sie glauben, dass es ihnen am besten geht. Fragen Sie die Bürger, was die Zukunft ist. Allein mit einem Schlechtrenden wird man dieses Land nicht regieren können. Ich glaube nicht, dass Sie die Chance dazu erhalten werden. Wir werden alles tun, dass Sie diese Chance nicht bekommen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Naaß.

Christa Naaß (SPD): Herr Staatsminister, ich glaube, Sie haben vorhin nicht richtig zugehört. Ich habe den ehemaligen Bundesvorsitzenden der Deutschen Steuergewerkschaft, Herrn Dieter Ondracek, zitiert, der Folgendes gesagt hat: Bayern zeichnet sich traditionell durch eine eher laxen Praxis aus. Wenn dies sogar der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft sagt, hat er dafür sicherlich seine Gründe.

Ich wiederhole es: Bayern ist Schlusslicht beim Personal, bei der Betriebsprüfung, bei der Steuerfahndung und bei der Umsatzsteuersonderprüfung. Dafür können die Beschäftigten nichts. Sie könnten noch wesentlich mehr herausholen. Sie haben jedoch bisher nicht mehr Personal zur Verfügung gestellt.

Kleinbetriebe werden nur noch alle 40,8 Jahre geprüft, Mittelbetriebe alle 19,9 Jahre und Großbetriebe alle 4,9 Jahre. Das sage nicht ich, sondern das sagt der Oberste Rechnungshof, der dies erst letzte Woche im Haushaltsausschuss wiederholt hat. "Der Freistaat Bayern als Steuerparadies", so lautete die Schlagzeile einer Zeitung. In der "Welt" war zu lesen: Eigentlich leiden wir immer noch unter den Folgen der Regierungszeit von Franz Josef Strauß. In dem Artikel wird zum Beispiel der Vorsitzende der Bayerischen Finanzgewerkschaft zitiert: Damals sei kein Hehl daraus gemacht worden, dass Bayerns Finanzbeamte nicht so genau hinschauten, um finanzstarke Leistungsträger anzulocken. Das sage nicht ich, ich habe nur zitiert. Heute, nach zwei Jahren, muss ich feststellen: Der Geist von Franz Josef Strauß ist immer noch in Ihren Köpfen. Ein Beispiel dafür ist die Selbstbedienungsmentalität, über die wir heute schon gesprochen haben.

Herr Staatsminister, ich bringe es nochmals in Erinnerung: Jeder Prüfer bringt wesentlich mehr ein, als er kostet. Hier geht es um die Steuergerechtigkeit in diesem Land. Das rechnerische Mehrergebnis pro Prüfer bei einer Betriebsprüfung beläuft sich auf

1,4 Millionen Euro, bei der Steuerprüfung auf 740.000 Euro und bei der Umsatzsteuer-sonderprüfung auf 1,2 Millionen Euro.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Kollegin, Ihre Zeit ist um.

Christa Naaß (SPD): 1.000 zusätzliche Steuerfahnder würden bedeuten, dass wir Steuermehreinnahmen in Höhe von 300 Millionen Euro für Bayern bekommen würden. Herr Staatsminister, darauf verzichten Sie. Das machen wir Ihnen zum Vorwurf.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident! Frau Kollegin Naaß, Sie haben noch einmal das Gleiche vorgelesen, was Sie schon in Ihrer Rede gesagt haben. Nur weil Sie dies festgestellt haben, muss ich es nicht auch so sehen.

(Susann Biedefeld (SPD): Es ist so!)

Ich halte das für einen am Rande des Skandalösen liegenden Vorgang. Sie zitieren Zeitungsartikel, nach denen bayerische Finanzbeamte früher nach anderen Gesichtspunkten entschieden hätten. Entweder sind die bayerischen Finanzbeamten hervorragend, dann würden sie das nicht tun, oder das andere gilt. Ich sage ganz offiziell: In Bayern wird besser gewirtschaftet als anderswo. Die bayerischen Steuerbeamten machen einen klasse Job, und zwar nach Recht und Gesetz.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich weiß, dass Sie das ärgert: Die Ergebnisse der bayerischen Steuerfahnder und Betriebsprüfer sind nun einmal überdurchschnittlich.

(Markus Rinderspacher (SPD): Mehr davon!)

Ich will das nicht ändern. Ich vergleiche das einmal mit einer Mannschaftsleistung: Wir haben vielleicht drei Spieler weniger als andere. Unser Kader ist kleiner. Die Situation

auf der Tabelle ist aber besser. Lieber ein besseres Ergebnis als einen aufgeblähten Kader!

(Beifall bei der CSU und der FDP - Widerspruch bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Aggressivität, mit der Sie seit Wochen versuchen, in diesem Parlament einzelne Persönlichkeiten anzuzeigen, stößt bei mir auf Verständnis, wenn ich gewisse Umfragewerte ansehe.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister, ich möchte Sie nur darauf aufmerksam machen - -

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Ich möchte noch einen Satz sagen.

Diese Umfragen rechtfertigen nicht die Diffamierung einzelner Persönlichkeiten in Ton und Inhalt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, mehr Niveau in diesem Parlament würde uns allen guttun.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Jetzt muss ich Sie um Aufmerksamkeit bitten, denn wir kommen jetzt zum Abstimmungsprozedere. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den im Gesetz als Anlage beigefügten Nachtragshaushaltsplan. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2013/2014 sowie Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/16150, 16151, 16153 mit 16155, 16180, 16188 mit 16191, 16228 mit 16243, 16535 und 16536 sowie die entsprechende Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses auf Drs. 16/16397 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die eingebrachten Änderungsanträge abstimmen. Zunächst lasse ich über die Änderungsanträge der SPD auf Drucksache 16/16535 und 16536 abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag auf der Drucksache 16/16535 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 16/16536 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltung? – Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

Den Nachtragshaushaltsplan empfiehlt der federführende Ausschuss zur Annahme, allerdings mit der Maßgabe von Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 16/16397.

Wer dem Nachtragshaushaltsplan mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

- Der kommt später! Vor der Schlussabstimmung. Wir sind jetzt beim Nachtragshaushaltsplan. Ich glaube, es ist korrekt.

Wir stimmen jetzt über den Nachtragshaushaltsplan mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen ab. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN sowie zwei Kollegen aus den Reihen der FDP-Fraktion. Dem

Nachtragshaushaltsplan 2013/2014 ist mit den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt worden.

Frau Kollegin Gote, hat sich das klären lassen?

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Nicht? Wir machen weiter. Kein Einspruch? – Gut.

Die sich auf den Nachtragshaushaltsplan beziehenden, vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge sind gemäß § 126 der Geschäftsordnung als erledigt zu betrachten. Insoweit verweise ich auf den Teil I der Ihnen vorliegenden Liste.

(Siehe Anlage 1 Teil I)

Zum Nachtragshaushaltsplan 2013/2014 soll außerdem noch folgender Beschluss gefasst werden:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Nachtragshaushaltsplans 2013/2014 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das waren alle Fraktionen bei einer Stimmenthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf - Drs. 16/16397 - weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/16151, 16155, 16190 und 16228 damit ihre Erledigung gefunden haben. Das Hohe Haus nimmt davon zustimmend Kenntnis.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das Haushaltsänderungsgesetz 2013/2014 selbst. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/15926 sowie Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/16181, 16192, 16193, 16244 und 16534 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 16/16485 zugrunde.

Vorweg ist über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge abzustimmen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/16181 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wer möchte ablehnen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/16192 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wer möchte ablehnen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gibt es hier ein Problem? – Nein, offenbar kein Problem. Damit ist dieser Änderungsantrag der SPD-Fraktion abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/16244 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wer lehnt ab? – Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der SPD und der FREIEN WÄHLER. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

Einzelnen abstimmen lasse ich auch über den nach Abschluss der Ausschussberatung eingereichten Änderungsantrag auf Drucksache 16/16534. Das ist der Änderungsan-

trag, zu dem namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Mit dieser namentlichen Abstimmung beginnen wir jetzt. Es sind fünf Minuten Zeit zur Stimmabgabe.

(Namentliche Abstimmung von 17.17 bis 17.22 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Die namentliche Abstimmung ist abgeschlossen. Wie angekündigt, unterbreche ich die Sitzung, bis die Stimmen ausgezählt sind, denn erst dann können wir die Schlussabstimmung durchführen.

(Unterbrechung von 17.22 bis 17.25 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben noch einen langen Tag und eine lange Nacht vor uns, deshalb wollen wir bitte zügig weitermachen. Ich bitte um Aufmerksamkeit. Die namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat ergeben: 65 Ja-Stimmen, 89 Nein-Stimmen und eine Stimmenthaltung.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Damit ist der Änderungsantrag 16/16534 abgelehnt worden.

Der federführende Ausschuss empfiehlt nun den Gesetzentwurf auf Drs. 16/15926 zur Annahme mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Ich verweise auf Drucksache 16/16485. Als Inkrafttretenszeitpunkt in § 9 Abs. 2 soll der "2. Oktober 2013" eingefügt werden. Wer dem Gesetzentwurf mit den vom Haushaltsausschuss empfohlenen Änderungen und mit dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Inkrafttretens zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind CSU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das ist das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich? – Das sind die SPD und die FREIEN WÄHLER und die Kolleginnen Meyer und Bulfon von der FDP. Damit ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Dagegen er-

hebt sich kein Widerspruch. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses mit dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Inkrafttretens seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich nun vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Bulfon. Wer Enthält sich? – Das sind die Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER sowie Frau Kollegin Meyer. Danke schön. Damit ist der Gesetzentwurf in der zur Abstimmung gestellten Fassung angenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Das Gesetz hat den Titel "Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 und weiterer Gesetze mit dem Ziel der Finanzierung von Bildungsausgaben (Haushaltsänderungsgesetz 2013/2014 – Bildungsfinanzierungsgesetz)". Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der Änderungsantrag auf Drucksache 16/16193 seine Erledigung gefunden.

Die Beratung des Haushaltsänderungsgesetzes ist damit fast abgeschlossen, denn Frau Kollegin Bulfon hat sich zu einer Erklärung zur Abstimmung gemeldet, die nun bitte erfolgen möge. Frau Kollegin Bulfon, Sie haben das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung.

Dr. Annette Bulfon (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Spare in der Zeit, so hast du in der Not. Das weiß nicht nur die bayerische Hausfrau, sondern viele Wirtschaftsökonomen geben ihr in dieser Hinsicht recht. Mir geht es vor allem um Folgendes: Ich bin jetzt viereinhalb Jahre für Studienbeiträge eingestanden. Das hatte auf der einen Seite hochschulpolitische Gründe, das hatte in meinen Augen aber auch immer haushaltspolitische Gründe. Darauf war ich stolz, ich habe das wirk-

lich mit Verve vertreten. Ich denke, es ist wichtig, dass wir auch hier Nachhaltigkeit weiterhin vorantreiben. Die Ausgaben müssen immer wieder von den Einnahmen gedeckt werden. Sicherlich, Bayern darf es gut gehen. Das liegt an den sprudelnden Steuereinnahmen. Ich möchte Sie trotzdem darauf hinweisen, dass sich diese Situation auch wieder ändern kann. Ich trete dafür ein, dass wir auch künftigen Generationen Handlungsspielräume ermöglichen. Ich möchte, dass auch künftige Generationen dafür eintreten können, dass frühkindliche Bildung gelebt wird und dass wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter vorantreiben. Das ist mir persönlich ein ganz besonderes wichtiges Anliegen. Ich bitte deshalb die Kritik des Obersten Rechnungshofes, die sehr differenziert ist, ernst zu nehmen. Insofern kann ich diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Damit haben wir die Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 14.05.2013

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)